

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

2591804

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

7. Jahrgang — Heft 10 — Preis 10 Pfg.

Dezember 1957

Verlagsort Frankfurt a. M.

Aus dem Inhalt:

Mister X und Deutschland — Jenseits von Oder und Neiße — Ans Messer geliefert — Politische Stipendien

Phantom Einheitslehrer

Seit über hundert Jahren fordern die deutschen Volksschullehrer eine vollakademische Ausbildung für ihren Beruf, von dem sie glauben, daß er eine mindestens ebenso wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllt wie etwa der Kleintierarzt oder der Diplomkaufmann, der als akademisch gebildeter Buchhalter die Gewinne einer Aktiengesellschaft errechnet.

Daß sie dabei nicht zuletzt an eine finanzielle Besserstellung denken, wird ihnen oft zum Vorwurf gemacht. Das gesellschaftliche Prestige, von dem das Wohlbefinden der Menschen in unserer Zeit abzuhängen scheint, ist nun aber ohne finanzielle Angleichung an andere akademische Berufe nicht zu erlangen.

Wer kann also außer den Finanzministern der Länder und den „Abstandstheoretikern“ des Philologenverbandes mit gutem Gewissen den Volksschullehrern dieses Recht streitig machen?

Von diesem Hintergrund her ist der Gesetzentwurf des Hessischen Kultusministeriums zur Errichtung einer zentralen „Hochschule für Erziehungswissenschaften“ zu begreifen, in dem der Versuch unternommen wird, die genannte Forderung mit der Notwendigkeit einer modernen Lehrerbildung in Übereinstimmung zu bringen.

Der nächstliegende Weg dahin schien den Interessenvertretern der Volksschullehrer die Eingliederung in die Universitäten, die ihnen als der Inbegriff ihrer Aspirationen erscheinen. Jeder, der die Universitäten kennt, weiß aber, daß die philosophischen Fakultäten nicht in der Lage sind, Volksschullehrer auszubilden.

Die Fakultäten in Marburg und Frankfurt haben daher auch diesbezügliche Anfragen der Landesregierung negativ beantwortet. So wurde dann die „Hochschule für Erziehungswissenschaften“ aus der Taufe gehoben. Der Entwurf weist drei wesentliche Merkmale auf: Die Zentralisierung an einen Ort, der nicht genannt wird, eine starke Abhängigkeit von der Ministerialbürokratie und das Promotionsrecht.

Die CDU argumentiert gegen die Zentralisierung und möchte am liebsten noch ein drittes kleines Institut ein-

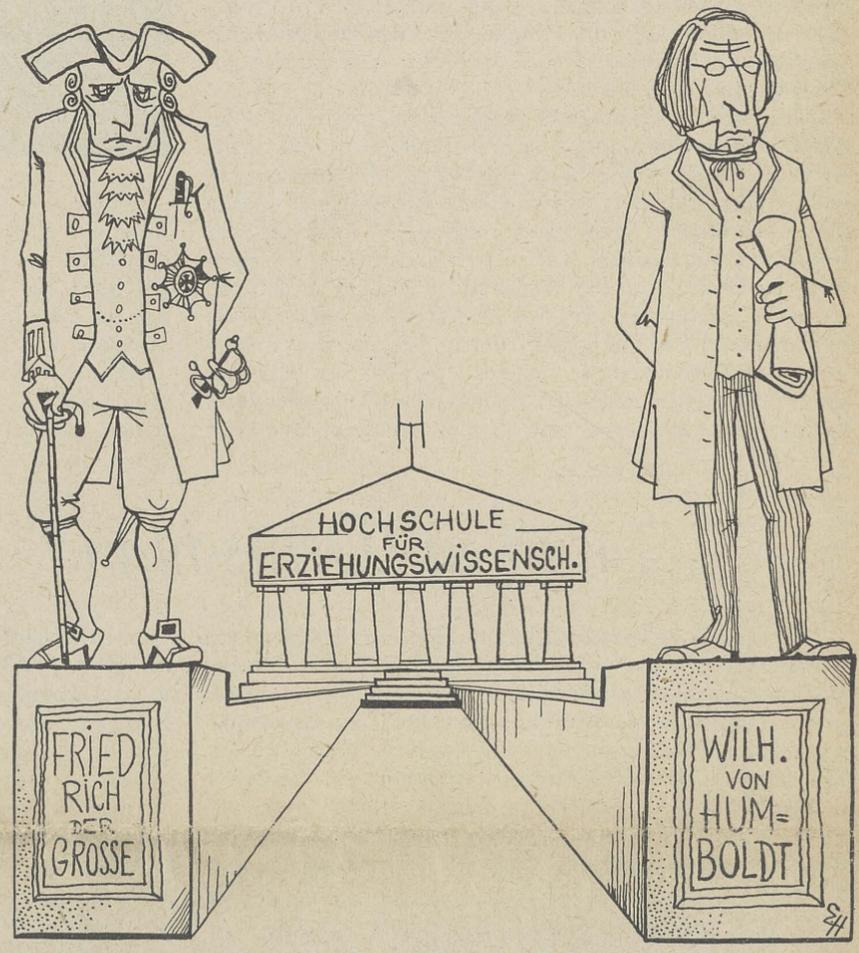
richten. Es wäre falsch, zu leugnen, daß die seminarähnlichen, landschaftlich verschiedenartig gegliederten Ausbildungsstätten nicht auch gewisse Vorzüge haben könnten. Studenten aus Weilburg und Jugenheim beklagen sich aber unter den dortigen Umständen schon über den „idyllischen“ Charakter ihrer Ausbildung. In diesen landschaftlich sehr schön gelegenen Instituten herrscht oft ein religiös verschleierter Geist, der zum Vergleich mit der Blubo-Ideologie unseliger Vergangenheit reizt. Sind also die Absolventen einer nur spärlich ausgestatteten, von den Brennpunkten der gesellschaftlichen Entwicklung entfernten Ausbildungsstätte geeignet, Kinder in eine von der Technik entscheidend bestimmten Zeit und Gesellschaft einzuführen, in der selbst die Landkinder unmittelbar von der Dynamik der Entwicklung affiziert werden? Man muß das wohl verneinen.

Sicher entscheiden nicht zuletzt die Professoren über die Gehalte der Ausbildung, und diese können wenigstens in geschlossenen und fortschrittlich gesonnen sein. Wer aber möchte bezweifeln, daß nicht auch die Umgebung den Menschen entscheidend prägt?

Somit kann man also gegen eine Zentralisierung nicht mit diesen Argumenten angehen.

Vielmehr muß man fordern, daß die geplante Hochschule mit den modernsten Hilfsmitteln und Einrichtungen ausgestattet wird, daß durch eine großzügige Finanzierung die Einrichtung vieler Lehrstühle ermöglicht wird und daß schließlich die Studenten in theoretischer und praktischer Hinsicht das an Universitäten übliche Maß an akademischer

(Fortsetzung Seite 6)



Erziehung ist auch eine Frage des Ahnherren

Redakteure als Vorhut

Wer in den vergangenen Monaten das Mißgeschick hatte, als Studentenvertreter oder als Mitarbeiter einer Studentenzeitung mit dem Verband Deutscher Studentenschaften zusammenarbeiten zu müssen, wird nach der Erklärung der Delegiertenkonferenz in Passau über Ostkontakte wahrscheinlich erleichtert aufatmen. Endlich scheint es wieder einmal gelungen zu sein, die Öffentlichkeit für die Studenten zu interessieren. Selbst die weniger seriöse Presse wurde aufmerksam. Ist hier nicht Vorsicht geboten? Sollten etwa die Beschlüsse, die eine Erweiterung der Kontakte mit den Ostblockstaaten und namentlich mit der UdSSR nur den Sinn gehabt haben, dem ins Unbedeutende abgleitenden Verband erneut publicity zu geben? Dies würde die an sich wichtige Entscheidung belasten. Es hieße aber die Integrität eines Gremiums wie die Delegiertenkonferenz anzweifeln, wollte man in der angedeuteten Weise vorschnell urteilen. Und doch ist es schon vielfach geschehen.

Die Delegierten haben sich ihre Entscheidung in Passau nicht leicht gemacht. Namentlich die Vertreter des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen opponierten heftig gegen einen Kurs, der mit der offiziellen Ostpolitik der Bundesrepublik nicht im Einklang zu stehen scheint. Was in Passau am meisten überraschte, war die unerwartete Aktivität des Landesverbandes Berlin. Von ihm hatte man solches wegen einer längeren bitteren Erfahrung mit dem Osten nicht erwartet. Bisher waren es immer wieder die Berliner gewesen, die alle Vorstöße in Richtung einer Aktivierung der Ostpolitik am schärfsten attackierten. Als an den Moskauer Weltjugendfestspielen trotz Verbotes zwei Konventsmitglieder der Berliner Studentenschaft, unter ihnen der stellvertretende Konventsvorsitzende Fuchs, teilnahmen, entstand darüber an der Berliner Universität eine heftige Auseinandersetzung, an der Ergebnisse die nun demonstrierte neue Haltung in der Ostpolitik ist. Ausschlaggebend dürfte auch die Haltung des VDS-

Veteranen Kundt gewesen sein, der schon öfters durch höchst eigenwillige Politik von sich reden machte.

In Passau wurde praktisch beschlossen, eine Delegation von fünf bis sechs Redakteuren zu einer Informationsreise nach Moskau zu schicken und gleichzeitig eine Gegeneinladung auszusprechen. Die Reise soll ausschließlich dem Austausch von Informationen dienen. Schließlich sollen nach der Meinung des 1. Vorsitzenden des VDS, Wittneben, „endlich die Ressentiments ausgeräumt werden, die im Westen beinahe zu einem Antislawismus geführt hätten“. Es sei gerade Sache der Studenten, hier beispielgebend zu wirken. Dieses Argument ist nicht neu, denn es wurde auch für den Austausch mit Polen ins Feld geführt.

Nach dem Gelingen des ersten Versuchs soll ein Austausch von Stipendiaten und Praktikanten stattfinden. Darüber wird aber die kommende Mitgliederversammlung des VDS noch ein Wort sagen. Sie wird vor allem prüfen müssen, ob der geplante Stipendiaten- und Praktikantenaustausch mit den Prinzipien des VDS vereinbar ist, die feststellen, daß der Verband nur Kontakte mit „demokratisch gewählten Repräsentanten“ ausländischer Verbände haben dürfe. Außerdem müsse Freiheit der Lehre in dem vom Verband repräsentierten Land gewährleistet sein. Auch wird noch darüber zu sprechen sein, ob der VDS an dem Besuch von Redakteuren ein sachliches, der Studentenpresse förderliches Interesse hat. Dem Vernehmen nach soll es im VDS Personen geben, die den Redakteurbesuch lediglich zum Vorwand nehmen wollen, eine Reise von Funktionären zu veranstalten. Wir erwarten von dem Vorstand die feste Zusage, daß nur Studentenredakteure nach Moskau fahren.

Zwar ist nach unseren Informationen das Auswärtige Amt nicht mit der Reise befaßt, jedoch würde es einen Kenner des „Bonner Klimas“ verwundern, wenn sich der VDS nicht des Wohlwollens eines Ministeriums versichert hätte. Hanns Schreiner

Der 16. Dezember

Noch wenige Tage trennen uns von der NATO-Konferenz in Paris. Die fünfzehn verbündeten Mächte sehen mit Spannung dieser Konferenz entgegen, denn sie wird ihre Politik für unbestimmte Zeit festlegen. Von wenigen Politikern werden Entscheidungen getroffen werden, die ein hohes Maß von Klugheit und kühler Überlegung bedürfen. Darum wird auch nicht ohne Bedeutung sein, ob die Vereinigten Staaten durch Präsident Eisenhower oder durch den Vizepräsidenten Nixon vertreten werden.

Aber ungeachtet der Person, die die Vereinigten Staaten vertritt, wird die amerikanische Politik wahrscheinlich versuchen, größere Teile ihrer militärischen Sicherung, soweit sie mit konventionellen Waffen durchzuführen ist, an die verbündeten Mächte abzugeben. Die amerikanische Öffentlichkeit hat nämlich unter dem Eindruck des sowjetischen Raketen Erfolges im großen und ganzen die Linie der amerikanischen Rüstung festgelegt, die heißt: Atombomben, Raketen, Satelliten.

Diese Arbeitsteilung in der Rüstung wird aber in dem Augenblick recht bedenklich, in dem die Amerikaner es ablehnen, vor einem Einsatz der Atomwaffen die europäischen Mächte zu konsultieren. Alle diejenigen allerdings, die von dieser Arbeitsteilung erwarten, daß Europa nun ein raketen- und atombombenfreier Raum werden würde, sehen sich getäuscht, denn die Amerikaner werden in eigener Regie auf europäischem Boden Atomwaffen haben und diese dem direkten Kommando des NATO-Befehlshabers Norstad unterstellen. Die Degradierung der europäischen Mächte zu Satelliten wäre vollkommen.

Unter diesen Gesichtspunkten sind die Forderungen des NATO-Generalsekretärs Paul Henry Spaak und Bundeskanzler Adenauers nach europäischer Selbstbehauptung von entscheidender Bedeutung. Denn wie Spaak und Adenauer ganz richtig erkannt haben, kann Europa nur weiter existieren, wenn es seinen Willen zur Selbstbehauptung nachdrücklich beweist. Das darf aber nicht bedeuten — darüber hat Adenauer uns noch keine genügende Sicherheit gegeben —, daß nun etwa die Bundesrepublik Atomwaffen für sich beansprucht.

Das wäre aber ein sehr fragwürdiger Erfolg deutscher Außenpolitik, denn deutsche Verfügungsgewalt über Atombomben würde ein neues politisches und auch militärisches Hochspannungsfeld in Europa schaffen. Die Folgen wären nicht abzusehen, sowohl politisch wie auch militärisch und wirtschaftlich. Sofort würde die Kriegspsychose in Europa neu aufleben, selbst dann sogar, wenn sich die deutsche Außenpolitik größter Zurückhaltung befleißigte.

Europa kann nicht an dem Wettlauf der Rüstungsanstrengungen der Großmächte teilnehmen. Es würde dabei über kurz oder lang wirtschaftlich zugrunde gehen. Es hat aber immer noch einen berechtigten Anspruch auf Macht; dieser darf in diesem Fall nur als wirtschaftliche Macht verstanden werden. Jede Atomrüstung würde aber seine wirtschaftliche Machtstellung erschüttern. Klaus M. Ellrodt

Stadtbibliothek
Untermarkt 14
104

5

Man sagt in Bonn ...

Es ist immer wieder amüsant, zu beobachten, welche Unsicherheit sich des amtlichen politischen Treibens in Bonn bemächtigt, sobald die morgendliche Autokavalkade aus Richtung Rhöndorf ausbleibt. Nichts scheint mehr richtig voranzugehen, die Segel sind ohne Wind, die Abgeordneten werden wortkarg und die Journalisten lustlos. „Nichts los heute“, lautet dann die stereotype Formel in den Pressebaracken gegenüber dem Bundeshaus.

So standen denn die letzten Tage in Bonn im Zeichen einer allgemeinen Flaute in der großen Politik, die zum einen wohl mit der Grippeerkrankung Konrad Adenauers zu erklären war, zum anderen aber auch einen Reflex auf den Schlaganfall Dwight D. Eisenhowers darstellte. Politische Beobachter hatten den Eindruck einer Verschnaufpause vor größeren Ereignissen.

Eines dieser sich andeutenden Ereignisse der Zukunft sieht man in dem offensichtlichen Bemühen des Kanzlers, zu einem noch engeren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenschluß der Bundesrepublik mit Frankreich zu kommen. In der Absage des Adenauerbesuchs in London sieht man das Vorspiel zu dieser neuen, umfassenden Offensive Adenauers.

Die plötzliche Erkrankung des Kanzlers, so kurz vor der geplanten London-Reise, kam für Bonn nicht nur überraschend, sondern löste auch allerlei Kombinationen aus. Die Gerüchte über eine „diplomatische Erkrankung“ wollten nicht verstummen. Nach wie vor behaupten Leute aus der Umgebung des Kanzlers, Konrad Adenauer hege einen hartnäckigen Groll gegen die Engländer in sich. Er habe seine „schnöde“ Entlassung „wegen Unfähigkeit“ als Kölner Oberbürgermeister im Jahre 1945 durch den damaligen englischen Militärgouverneur General Templar, der heute als Empire-Generalstabschef in London Dienst tut, noch nicht verwunden. Auch wenn man in den Adenauer-Memoiren

die Kapitel nachliest, die sich mit der englischen Besatzungszeit des Rheinlandes und des Ruhrgebietes beschäftigen, kann man zwischen den Zeilen auf eine aversive Grundstimmung Adenauers gegenüber England schließen.

Wenn die Behauptung, der Kanzler habe vor der London-Reise kneifen wollen, stimmen sollte, so reicht aber doch Adenauers vermuteter Groll gegen die Engländer als Erklärung nicht aus. Einen Fingerzeig, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen könnten, erhält man aus den Meldungen der letzten Tage, daß London auf einer deutschen Zahlung von 588 Millionen DM zum Unterhalt der britischen NATO-Streitkräfte auf deutschem Boden bestehe. Dabei ist interessant, daß Außenminister von Brentano noch kurze Zeit vorher verkündet hatte, die bisherigen Gespräche ließen erwarten, daß London sich in diesem Jahre mit einem geringeren Betrage zufrieden geben werde.

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 21494

In Bonn vermutet man nun, daß Konrad Adenauer die Reise, vor allem deshalb absagen ließ, um sich in London nicht festlegen zu müssen. Denn Englands Premier Macmillan hätte mit Sicherheit nichts unversucht gelassen, mit Konrad Adenauer eine mehr oder weniger verbindliche Abmachung über die Besatzungskosten zu treffen.

Aber der alte Mann in Rhöndorf war während der Tage seiner Erkrankung offenbar nicht untätig. Er empfing in seinem Hause, trotz der Krankheit, einen lieben, guten

Freund aus alten Tagen, den in Paris einflußreichen früheren französischen Botschafter in Bonn, François Ponet. Und hier, hinter diesem Gespräch, vermuten die Argwöhnischen den zweiten Grund für die plötzliche Erkrankung Kanzler Adenauers. Denn während des vertraulichen Beisammenseins mit François-Poncet im Rhöndorfer Häuschen ist mit Sicherheit über den Lieblingsgedanken Konrad Adenauers, über den militärischen und politischen Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten des Kontinents, gesprochen worden.

In dem gleichen Maße, in dem die Engländer ihre Absicht offenbar werden lassen, gemeinsam mit den USA und Kanada einen „Atomklub“ innerhalb der NATO zu bilden, wächst in Bonn und in Paris die Neigung, durch den Zusammenschluß der kontinentaleuropäischen Staaten ein Gleichgewicht zu bilden. Einen kräftigen Anstoß haben diese Bestrebungen noch durch den Familienkrach zwischen Paris und London wegen der englischen Waffenlieferungen nach Tunesien erhalten. Hier, so mag Konrad Adenauer gedacht haben, vollende ich es. In der Tat: Die Voraussetzungen für einen engen Zusammenschluß zwischen Frankreich und Westdeutschland waren noch nie so günstig. Deshalb, so meint man in Bonn, mag es dem Kanzler einfach als unratbar erschienen sein, kurz nach dem für die Franzosen so ärgerlichen tunesischen Waffenskandal und im Morgenrot einer heraufdämmernden deutsch-französischen „Verbrüderung“ zusammen mit Königin Elizabeth und Macmillan vor die Kamera des Londoner Hofphotographen zu treten. Wahrscheinlich wäre Adenauer zum gegenwärtigen Zeitpunkt viel lieber nach Paris gefahren.

Wie man hört, sind die Pläne für einen Zusammenschluß der nationalen NATO-Armeen auf dem Kontinent zu einer einheitlichen europäischen Armee schon wieder verhältnismäßig weit gediehen. Auf diesem Felde wird sich höchstwahrscheinlich nach den Weihnachtstagen die Aktivität des vorausschauenden alten Kanzlers in Rhöndorf entfalten.

Bgt.

... und in Deutschlands Hauptstadt

Das schnöde Selbstbewußtsein des Herrn Ulbricht ist seit einiger Zeit wieder bedenklich gestiegen. Die Bilder der Ostpresse zeigen ihn, wie er im Kreise treuer Genossen das jüngste Moskauer Manifest diskutiert. Im Ton seiner Äußerungen ist nicht mehr die wütende Angst vergangener Tage. Mit überheblicher Herablassung versichert er den Westmächten, daß nicht der Krieg, sondern der friedliche Wettstreit der beiden Systeme das Ziel „unserer“ Politik sei (als ob es auch nur im geringsten auf seine Meinung dazu ankäme).

Zweifellos ist dieses Selbstvertrauen nicht grundlos. Ulbricht hat in den letzten Wochen einige beträchtliche Erfolge erzielt. Angefangen von der diplomatischen Anerkennung durch Jugoslawien über die besonderen Ehrungen, die ihm und der ostzonalen Delegation während der 40-Jahr-Feier in Moskau zuteil wurden, bis hin zu den kürzlichen Erklärungen Gomulkas, hat er zahlreiche Rückenstärkungen erfahren. Kraft eines keineswegs rätselhaften psychologischen Gesetzes sinkt nun die Stimmung unter den Bewohnern Ostdeutschlands jeweils in dem Maße, in dem der Optimismus Ulbrichts steigt. Zahlreiche Beobachter haben in jüngster Zeit übereinstimmend erklärt, daß die allgemeine Depression in der Zone seit Jahren nicht mehr so stark gewesen sei wie im Augenblick. Ein Blick auf die Flüchtlingsstatistiken und die immer heftigere Reaktion der Ostpresse auf die sogenannte Republikflucht bestätigen diese Ansicht.

Tatsächlich verstärkt sich der Eindruck, daß Ulbricht in Moskau Zusicherungen erhalten hat, die es ihm gestatten, wieder einen schärferen Kurs einzuschlagen und das Tempo der Bolschewisierung zu beschleunigen. In dem Bestreben, einen zweiten 17. Juni möglichst zu vermeiden, wird im Augenblick mit Macht daran gearbeitet, den Zonenstaat zunächst einmal hermetisch nach Westen hin abzuriegeln. Die 1350 km lange Zonengrenze wird zur Zeit durch Drahtverhaue und die Erneuerung des zehn Meter breiten Kontrollstreifens noch fester als bisher gesichert. Durch Umleitungen des Straßen- und Schienenverkehrs sollen die Zonenbewohner von den Versuchungen des westlichen Berlins abgehalten werden. Darüber hinaus rechnet man mit dem Erlaß neuer Bestimmungen, die es den Bewohnern Mitteldeutschlands fast unmöglich machen sollen, West-Berlin zu betreten.

Zugleich damit läuft eine neue Unterdrückungswelle an. Mit dem Urteil gegen den Leipziger Studentenpfarrer Schmutzler ist der Kirchenkampf aus dem Stadium des „routinemäßigen Geplänkels“ in eine akute Phase getreten. Auswirkungen eines neuen, verschärften Kurses sind auch die jüngsten Maßnahmen gegen die Schüler und Studenten, die kulturpolitischen Auseinandersetzungen (die die Anhänger einer gemäßigten Richtung überall in der Defensive sehen) und die soeben auf der 34. Tagung des ZK beschlossenen Maßnahmen zur „Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs“ (i. e. Normenerhöhung) und der Selbstverpflichtungsbewegung.

Verschärfend auf die dadurch hervorgerufene depressive Stimmung wirkt die allgemeine wirtschaftliche Lage, die augenblicklich einen erschreckenden Tiefstand erreicht hat. Soeben erst hat die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa mitgeteilt, daß 1956 in der Sowjetzone weniger Wohnungen als in irgendeinem anderen europäischen Land (Ostblockstaaten eingeschlossen) gebaut wurden, nämlich 1,7 pro tausend Einwohner. Bedenklicher noch ist die Situation auf dem Konsumgütermarkt. Selbst die Ostzeitungen sind voll von Klagen. Vor wenigen Tagen fand sich in der (Ost-)„Berliner Zeitung“ ein offensichtlich ganz ernst gemeinter Artikel, in dem der Handel dazu aufgerufen wurde, die Wünsche der Bevölkerung für Weihnachten 1957 (siebenundfünfzig!) festzustellen und eindringlich in den Betrieben zu verbreiten, „damit die Werktätigen einen Auftrieb zu erhöhter Produktion“ erhielten. Und das zu einer Zeit, da andernorts schon die erten Tannenbäume gekauft, die ersten Weihnachtsmärkte eröffnet werden! Unter den Konsumgütern, die besonders gefragt seien, nannte die Zeitung selbst etwa Kinderbekleidung. Wie recht sie damit hatte, erfuhr man wenige Tage später aus einem Bericht über das Leipziger „HO-Warenhaus Nr. 1“. Eine Abbildung zeigte die Leiterin der Abteilung Kinderkonfektion vor einem Kleiderständer, an dem vier Kindermäntel hingen. „Unser gesamter Lagerbestand an Kindermänteln für den Winter“ hieß es dazu. Vielleicht nicht ganz so erschütternd, aber doch absolut unzureichend ist das Angebot auf anderen Sektoren der Konsumgüterindustrie, die rationierten Lebensmittel allerdings weitgehend ausgenommen.

Weihnachten naht heran. Wieder werden Pakete gepackt, Briefe geschrieben, um denen zu helfen, die vor nunmehr zwölf Jahren unter die Herrschaft nicht nur eines butalen, sondern auch eines absolut unfähigen Regimes geraten sind. Aber sollten wir nicht zugleich einmal bedenken, was wir in diesen zwölf Jahren alles getan haben, um zu verhindern, was heute in Mitteldeutschland das schlimme „Faktum“ ist? Gewiß, wir haben Pakete geschickt, mancher hat hier und da geholfen und mancher hat die Hilfe auch versagt. Aber welchen konstruktiven Gedanken haben wir uns denn zu der Frage einfallen lassen, von der die Politiker behaupten, daß sie „brennend“ sei? Beginnen sich nicht allmählich doch die Irrwege einer Politik abzuzeichnen, die viel öfter nein sagte als es angemessen schien und sich allzu rasch entschlossen zeigte, dem Provisorium das Recht auf Dauer zugestehen? Wer ist denn aufrichtig und doch — selbst vor seinem Gewissen — legimitiert, dem Geschichtspräsidenten Taylor Vorwürfe über seine offen bekundete Genugtuung über den Status quo zu machen?

Da hat der amerikanische Rußlandsachverständige George Kennan, den amerikanischen Zeitungen den „Vater der Eindämmungspolitik“ nennen, neue Vorschläge hinsichtlich der Deutschlandfrage gemacht. Die „TIMES“ hat ihm in einem vorsichtig abgewogenen Leitartikel zugestimmt und auch Aneurin Bevan (gewiß, gewiß!) hat den Vorschlägen Sym-

pathie bekundet. Mag manches daran noch unklar sein, manches schlechthin noch nicht überschaubar, aber es ist eine Anregung, die gewiß unser ganzes Interesse verdient. Das offizielle Deutschland aber weigert sich, diese Vorschläge auch nur zu diskutieren. Es gibt kein Echo. Und seine Politiker behaupten weiterhin unwidersprochen, daß die Frage, auf die diese Vorschläge sich beziehen, „brennend“ sei.

Dabei ist durchaus damit zu rechnen, daß die Vorschläge Kennans sei es auch in abgewandelter Form, einmal zur Grundlage amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen gemacht werden. Wie werden wir uns dann verhalten? Werden wir wieder einfach nein sagen? Die bloße Diskussion wirklich ernstzunehmender Vorschläge bedeutet heute schon eine große Hilfe für die Bewohner Mitteldeutschlands. Denn sie könnte ein Gefühl der Unsicherheit in ostzonale Funktionsquartiere tragen und jenes Selbstbewußtsein erschüttern, unter dem die Zone im Augenblick so sehr leidet. Nur zu gut wissen Ulbricht und seine Genossen, daß sie ihre derzeit starke Stellung nicht eigenem Verdienst, sondern der Wichtigkeit zuzuschreiben haben, die Moskau ihnen für den Moment zubilligt. Jede bloße Chance einer Lösung aber muß notwendigerweise schon ihren Wert verringern.

Wir sagten, es gäbe ein Gesetz, wonach die Depression unter den Bewohnern Ostdeutschlands umso größer ist, je stärker das Selbstbewußtsein ihrer Funktionäre sich äußert. Das gilt auch umgekehrt: Wenn Ulbricht fürchtet, darf die Zone hoffen.

jcf.

Blecherne Regel

Nicht Repetitionen allein geben für gutes Geld jene goldenen Regeln, mit denen man die Prüfung dann ganz bestimmt besteht. In kurzen Abständen ergriff jüngst auch das wohlbeamtete Mitglied eines juristischen Prüfungsamtes die Feder, um in einer weitverbreiteten Fachzeitschrift die Kandidaten (frei nach Reiners) zu belehren, wie man sich am trefflichsten der Muttersprache bediene und Stilschlamperei in Hausarbeiten und Klausuren vermeide. Deutsch möge man schreiben, hieß es, Fremdworte vermeiden, soweit entbehrlich, d. h. falls ein guter deutscher Ausdruck für sie vorhanden. Doch lauschen wir dem Autoren:

„Es gibt in der Fachsprache der Juristen feststehende Ausdrücke, die sich nicht ersetzen lassen, z. B. Hypothek, Reallast, abstrakt, kausal. Dagegen lassen sich viele Worte zwanglos verdeutschen, z. B. latent in verborgen, instruktiv in anschaulich, Aktivlegitimation in Klagebefugnis, Kausalität in Ursächlichkeit.“

Die plausible Erklärung, es handle sich um einen Druckfehler, ist bei dem Ruf der Zeitschrift leider unwahrscheinlich. Es muß also ernst damit sein, das kausal nicht etwa ursächlich, sondern auf Deutsch Unaussprechliches bedeute, daß Kausalität hingegen stets schlichte Ursächlichkeit sei. Es steht uns nicht an, Respektspersonen des offenbaren Unsinn zu verdächtigen. Da wir aber die in dieser Weise exemplifizierte Regel in der Subtilität ihrer Unterscheidung schlechthin nicht zu erfassen wissen, müssen wir wohl oder übel einstimmen in den Chor derjenigen, die es immer schon wußten: Unsere Staatsprüfungen, in denen so feinsinnige Unterscheidungen schon im Sprachlichen verlangt (und zensiert) werden, sind einfach zu schwer. Udo Kollatz

DISKUS

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Klaus M. Ellrodt, Sebastian Herkommer, Konrad Huth, Norbert Piltzing, Hanns Schreiner.

Redaktion: Herbert Heckmann, Hanns Schreiner, Oscar Strobel.

Korrespondent in Bonn: Gert Baumgarten.

Korrespondent in Berlin: Joachim Fest.

Geschäftsführung: Günter Schwank, Königstein/Ts., Adelheidstr. 24, Tel. 883

Anzeigenverwaltung: Etelca Götz, Frankfurt am Main, Leerbachstraße 92, Telefon: 55 62 61.

Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 77 07 41, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.

Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.

Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlendorf, Frankfurt am Main, Oederweg 39 a, Tel. 55 11 78.

Abonnements zum Preise von 1,50 DM für zwei Semester sind unter Einzahlung des Geldes bei der Geschäftsführung zu bestellen.

Die Redaktion hat im 8. und 9. Heft versehentlich ohne Wissen und Willen des Betroffenen im Impressum den Redakteur Herbert Heckmann mit dem Titel „Dr. phil.“ bedacht. Die Redaktion bedauert dies außerordentlich.

Mister X und Deutschland

In den letzten Wochen sind wir nicht gerade verschont geblieben von desillusionierenden Urteilen ausländischer Deutschlandexperten über unsere politischen Zukunftsaussichten. Der britische Historiker Taylor hat sich geradeheraus zum Sprecher jener unter- und hintergründigen Strömung gemacht, die mit Befriedigung und Wohlbehagen die deutsche Spaltung als ein Geschenk Gottes betrachtet und gewillt ist, auf jedes deutsche Wort, das auf die uns von den Weltmächten vorenthaltene Wiedervereinigung hinweist, mit erhobenem Zeigefinger, moralisierend zu reagieren. Das ist nun ein schon zur Gewohnheit gewordenes Spektakel, trotzdem aber aufschlußreich und heilsam, denn wir werden keineswegs im unklaren darüber gelassen, daß die offizielle Deutschlandpolitik einiger unserer Verbündeten keineswegs das Vertrauen der Öffentlichkeit der betreffenden Länder hat.

Was Taylor für England darlegte, das versuchte der amerikanische Diplomat und Historiker George F. Kennan im britischen Fernsehen für die Amerikaner zu tun, wobei wir gern von vornherein keinen Zweifel an unserer Meinung entstehen lassen wollen, daß sich Kennans Ansicht in vielem von der Taylors unterscheidet und in seinen Londoner Darlegungen wenigstens ein Kern von Achtung vor den Rechten des deutschen Volkes enthalten ist. Er respektiert den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung. Er sieht in der Spaltung Deutschlands sogar einen der Hauptgründe des Ost-West-Gegensatzes. Auch teilt er nicht ganz das im Schatten der offiziellen Politik so prächtig blühende Vorurteil vom faschistischen deutschen Nationalcharakter. Er ist mindestens so sehr geschickter Diplomat, die jungen und die alten Deutschen unterschiedlich zu beurteilen. Zwar mag hier ein Körnchen Wahrheit liegen, aber vorläufig bestimmen bei uns doch die Alten die Politik und diese ist keineswegs faschistisch unterwandert.

Angesichts unserer Vergangenheit wollen wir aber weder Kennan noch Taylor nachtragen, wenn sie unsere demokratische Zuverlässigkeit skeptisch beurteilen. Wie schwer unsere Vergangenheit wiegt, spüren wir, die wir uns in Wissenschaft und Praxis immer wieder mit ihr auseinandersetzen müssen, am eindringlichsten. Wir wollen Taylor und Kennan nicht ihre Gedanken vorwerfen, jedoch irritiert uns die Grundhaltung, der diese Gedanken entspringen. Taylor und Kennan argumentieren immer noch aus der Siegerperspektive. Für sie ist Deutschland nur Objekt der Weltpolitik. Sie werfen Pläne in die Debatte, ohne auch nur beiläufig ein Wort zu verlieren über die Wünsche, die das deutsche Volk haben könnte. Taylor unterstellt kaltblütig, die Deutschen seien froh, wenn Deutschlands Spaltung bestehen bleibe. Kennan will seine Souveränität, seine Unabhängigkeit und Freiheit einschränken. Dazu die Deutschen fragen will er nicht. Warum erscheint in den Augen der Ausländer das

politische Bewußtsein der Deutschen so unterentwickelt und deshalb nebensächlich, wie es diese Beispiele zeigen? Solange sich die Bundesregierung scheut, eigene Initiativen zur Lösung der deutschen Frage zu entwickeln, wird es den Großmächten tatsächlich leicht gemacht, so über Deutschland zu sprechen und eines Tages zu verhandeln, als ob die 65 Millionen Deutschen weder ein Recht auf Selbstbestimmung noch einen politischen Willen hätten.

Oscar Strobel

Zarabs Brille

Für wie dumm müssen die Manager der Reklame die Konsumenten schon wieder halten, wenn zum Beispiel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unter „Irrwege der Reklame“ (17. Oktober 1957) auf einen besonders krassen Fall hingewiesen wird. Handelte es sich dabei doch um die Anpreisung eines Verjüngungsmittels; als Beweis für dessen Güte wurde angeführt, daß SS-Führer Heinrich Himmler, der „weder Mühe noch Kosten scheute, wenn es galt, Mittel zu bekommen, mit denen sich die Leistungen seiner SS-Männer steigern ließen“, sich dieses Mittels zum Preise von zwei Millionen Pfund Sterling bediente. Mit dem Verjüngungsmittel vorbehandelte Versuchspersonen sollen im eisigen Wasser, wie es weiter heißt, „ein Absinken ihrer Körpertemperatur bis auf 18 Grad Celsius lebend überstanden haben, im Gegensatz zu den als Blindproben benutzten unbehandelten Personen“.

Wir leugnen nicht, daß der Kritiker der FAZ keinen Zweifel darüber läßt, daß es sich bei den Versuchspersonen um KZ-Häftlinge gehandelt hat und daß er die Reklame, die sich unverblümt auf sie bezieht, schärfstens mißbilligt. Wenn wir hier trotzdem noch einmal darauf zurückkommen, so deshalb, weil er versäumt hat, jenen „Auswuchs“ gründlicher zu bedenken, an dem sich die Reklame in ihrer bedenklichen massenpsychologischen Funktion gut hätte anschauen lassen. Gibt es doch Erscheinungen in unserer Gesellschaft, an denen einem schlagartig das Wesen des Ganzen aufgeht. Wer nur von „Irrwegen der Reklame“ spricht, gerät nolens volens in das Bezugssystem von Reklame hinein, die als solche in ihrer Existenzberechtigung überhaupt nicht in Frage gestellt wird. Er unterscheidet sie von der anderen, der „harmlosen“ Reklame, so, wie man zwischen gefährlichen und „sauberen“ Atombomben unterscheidet. Jede Vertrauensseligkeit gegenüber dem, was heute auf die Menschen losgelassen wird, ist aber fehl am Platze.

Was nun Herrn Himmler und seine Helfershelfer angeht, so scheint sich die Reklame nicht so sehr deshalb auf sie berufen zu können, weil die Konsumenten sich ihrer nicht mehr zu erinnern wissen, wie die FAZ es will, sondern weil sie mittlerweile wieder im gesellschaftlichen Bewußtsein in den Rang von zweifelhaften Prominenten aufgerückt sind. Das psychologische Schema von Reklame besteht ja gerade darin, Lieschen Müller einzureden, sie müsse unbedingt jene Brille tragen, wie man sie an Zarah Leander habe bewundern können.

Alfred Schmidt

SPIEGEL-Scherben

„Konferenzen, Besprechungen füllen den Geschäftstag. ‚Geschäftsleben‘ bedeutet meist rastlose Arbeit, bedeutet viel zu wenig Ruhe. Aber man kann manchmal Geschäft und Erholung vereinen — zum Beispiel, wenn man zu Schiff nach den USA reist...“, was die drei Herren denn auch tun, die sich im „SPIEGEL“ Nr. 49, 4. Dezember 1957, gegenüber von Seite 66 in die Sessel der United States Lines gesetzt haben, um uns zu zeigen, was Schachspielen ist. Sehr wirkungsvoll heben sich die roten und gelben Figuren vom Blau der Sessel und Tapete ab. Blaßrote Nelken und Biergläser lassen es so behaglich werden, daß es fast zu schön für diese Welt und erst recht für ein Schachspiel ist.

Ein Blick auf das Spielfeld, das zum Glück (oder leider) gut zu übersehen ist, zeigt denn auch, daß die rastlosen Manager sich hier eine geradezu mörderische Schlacht liefern. Der Königsflügel der gelben Bauern zog von der Grundstel-

lung geschlossen um zwei Felder vorwärts und hängt nun völlig in der Luft. Ungeschützt ist der gelbe König dem roten Angriffskeil ausgesetzt, der sich in die Front des hoffnungslos unterlegenen Gegners schiebt. Die Roten spielen viel besser und sind auf dem Vormarsch, hier freilich ohne jeden politischen Hintergedanken zu verstehen, der dann ganz gewiß nicht im Sinn aller beteiligten Spieler liegen würde, die ja laut Anzeige ausgeruht und frisch „drüben“ ankommen wollen, um doppelt erfolgreich zu sein. Im Schachspiel ist es inzwischen zu dem Erfolg gekommen, daß der Gelbe zwei Offiziere (Läufer und Springer) und vier Bauern, der Rote aber nur drei Bauern verloren hat. Der letzte Akt muß ein Damenaustausch gewesen sein. Da dies jedoch mit so ruhigem und unbeteiligtem Gesicht geschieht, wurden wir stutzig; denn jeder Schachspieler freut sich doch diebisch, wenn er die Dame des Gegners (auf dem Schachfeld natürlich) zu fassen kriegt. So ahnten wir nichts Gutes, als wir uns das Spielfeld näher besahen. Und der schönste Fehler ist, daß das ganze Brett verkehrt liegt, indem hier das rechte Eckfeld — vom Spieler aus — schwarz statt weiß ist!

Dies alles deutet darauf hin, daß sich die Herren lieber erst unseren Kommilitonen hätten anvertrauen sollen, die vor unserer Redaktion im Gang des Studentenhauses mit mehr Verstand spielen, um sich von ihnen wenigstens die elementarsten Grundkenntnisse zeigen zu lassen. Nun ist die Blamage vollendet! Doppelt schön, wenn es an so ausgezeichnete Stelle wie im „SPIEGEL“ geschieht, dessen Anzeigenchef wahrscheinlich auch mehr das bunte Bild bewundert als auf das Spiel geachtet hat. Geist schließt sich also wieder einmal mit Geschäft und Reklame aus. Dies können sich alle Beteiligten ruhig hinter den Spiegel stecken, falls er nicht inzwischen zerbrochen ist.

Horst Helmut Kaiser

Hund um die Welt

Wir wissen es nur nicht: auch ein westlicher Hund umflog den Erdball! Über dem Ruhm der östlichen „Laika“ ist sein Ruhm jedoch zu sehr verdunkelt worden, obwohl das Schicksal des westlichen Hundes mindestens ebensoviel Aufschlußreiches über den Zustand der Welt bietet wie das der russischen Raketenhündin. Denen, die so sehnlich darauf warten, daß auch der Westen seinen Hund um die Welt schickt, können wir also mit gutem Gewissen versichern: Es ist bereits geschehen! Und zur Beruhigung für die Freien Tierfreunde: Er hat es lebend und mit guter Gesundheit überstanden. Nämlich als Passagier erster Klasse eines Flugzeugs der Pan American Airways.

Selbstverständlich hat sein Flug eine Vorgeschichte, die wir auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen erfuhren und auf die wir zum besseren Verständnis kurz eingehen müssen. Der Besitzer jenes Hundes war ein sehr vermöglicher Unternehmer, der sein Erbe nicht seiner Frau, sondern dem Hund, seinem liebsten Gefährten, übertrug. Nach dem Tode des Mannes ist die Witwe nun berechtigt, am Vermögen des Hundes „teilzuhaben“. Aber nur unter der Bedingung, daß sie ihm die bestmögliche Pflege gibt. Stößt ihm durch ihr Verschulden — vorsätzlich oder fahrlässig — etwas zu, fällt das gesamte Geld einem Fonds für wohltätige Zwecke zu. Diese Aussicht läßt sie den Hund wie einen Augapfel hüten. Er hat es dabei nicht schlecht und bekommt die Welt zu sehen. Ärzte überwachen seinen Gesundheitszustand, während er auf dem Schoß der Frau, die ihn kaum aus den Augen läßt, von Ort zu Ort fliegt: Frankfurt — Rom — Beirut — Karachi. Zu vollem Fahrpreis erster Klasse.

In dieser Hinsicht ist uns also der Rang noch nicht abgelaufen. Unsere Hunde fliegen menschlich um den Erdball. Die Tierschutzfreunde können beruhigt sein. Kein blinder Ehrgeiz opfert die Kreatur einem ungewissen Schicksal. Welch eine Welt, in dem die Frau im Gefolge eines Hundes den Erdball umkreist! So sind auch wir schließlich zum und auf den Hund gekommen. Applaudite!

Caesar

Nächster Redaktionsschluß: 4. Januar 1958.

Eine Frage?



Kennen Sie die vielen
Situationen des täglichen
Lebens, in denen Ihnen
Ihre Bank helfen kann?
Besuchen Sie uns,
wir beraten Sie mit
großer Erfahrung.



DRESDNER BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
Frankfurt a. M., Gallusanlage 7

Jenseits von Oder und Neiße

Geht es, was in allgemeinen Wendungen stets aufs neue proklamiert wird, dem Westen und besonders der Bundesrepublik um eine Entspannung des Verhältnisses zum Ostblock, so müssen — wie in der letzten Nummer an dieser Stelle dargelegt wurde — die polnischen Chancen genutzt werden, die sich aus der Entwicklung im Ostblock nach dem „polnischen Oktober“ und der ungarischen Revolution ergeben. Zum ersten Male seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bietet sich, nimmt man die europäische Situation als Ganzes, die Möglichkeit, das politische Terrain im Osten gleichsam aufzulockern, indem der Westen die von den nationalkommunistischen Strömungen ins Werk gesetzte schrittweise Emanzipation der osteuropäischen Staaten von der sowjetischen Herrschaft zu unterstützen sich bemüht. Doch jeder Versuch, vor allem von Seiten der Bundesrepublik, den so vorgezeichneten Weg zu beschreiten, in Polen einen Anfang zu machen, Kontakte aufzunehmen, Gespräche zu beginnen und die Voraussetzungen für ein entspanntes Verhältnis zu schaffen, scheint von vornherein durch den Gegensatz blockiert, in dem sich beide Staaten in der Frage der Oder-Neiße-Linie befinden. Hat die Bundesregierung wiederholt darauf hingewiesen, daß die Lösung dieses Problems gemäß den Potsdamer Beschlüssen einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müsse, so hat Gomulka erklärt, daß diese Frage endgültig geregelt sei und niemals Gegenstand von Verhandlungen, zwischen welchen Partnern auch immer, sein könne. Die beiden Standpunkte erweisen sich als unvereinbar miteinander.

Mag eine Isolierung des Problems der Oder-Neiße-Linie von der augenblicklichen Entwicklung in Polen unter völkerrechtlichen oder formaljuristischen Aspekten hingehen, so ist sie unter realpolitischen Gesichtspunkten gänzlich ausgeschlossen. Nichts wäre unrealistischer, zumal vor dem weltpolitischen Hintergrund der Ost-West-Spannung, als den Zusammenhang zwischen der begonnenen nationalkommunistischen Emanzipation in Polen und dem realpolitischen Gewicht des westdeutschen Anspruchs auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie übersehen zu wollen. In seinen Äußerungen über die Stellung Polens im Ostblock hat Gomulka mehrfach angedeutet, daß ein enges Bündnis zwischen seinem Lande und der Sowjetunion schon deshalb notwendig sei, um die polnische Westgrenze gegenüber westdeutschen Ansprüchen und Interventionen zu schützen. Die Sowjetunion habe als bisher einzige Macht diese Grenzlinie garantiert. Nur der, der die Verbrechen und die Ausplünderung in Polen während der fünfjährigen deutschen Besetzung leugnet, wird die Gefühle der Furcht und des Mißtrauens gegenüber den Deutschen verkennen können, die in solchen Erklärungen zum Ausdruck kommen; nur der, der politische Manifestationen nach der Art der politischen Psychologie, die der Kalte Krieg hervorgebracht hat, nach der Himmelsrichtung beurteilt, aus der sie stammen, anstatt sie auf ihren sachlichen Begründungszusammenhang zu prüfen, wird sie als bloße Propagandaflöskeln abtun können. Aber davon abgesehen, besitzen diese Äußerungen des polnischen Parteichefs eine spezifische Bedeutung für die aktuelle Politik. Die Feststellung, daß Rußland allein bisher die Westgrenze Polens garantiert habe und damit auch als bisher einzige Schutzmacht gegenüber westdeutschen Forderungen aufgetreten, enthält einen Hinweis oder sogar eine versteckte Aufforderung an die Adresse der Westmächte, die nichts weniger besagt, als die Oder-Neiße-Linie auch ihrerseits anzuerkennen und zu garantieren. Die Absicht einer solchen Aufforderung ist deutlich: kämen die Westmächte ihr nach, so folgte für Polen daraus, daß es sich in die Lage versetzt sähe, seine von der weltpolitischen Situation bestimmte zwangsläufig einseitige Bindung an die Sowjetunion mindestens zu lockern, wenn nicht zu revidieren. Ein solcher Gedankengang ist im Sinne einer nationalkommunistischen Politik nur konsequent.

Es kann als sicher gelten, daß diese Hinweise Gomulkas von den Westmächten, vor allem von den Vereinigten Staaten als dem weltpolitischen Gegenspieler der Sowjetunion, keineswegs überhört, sondern sorgfältig analysiert werden. Noch finden sich, was amtliche Erklärungen oder die offizielle Politik angeht, keine Anzeichen dafür, daß die vom polnischen Parteichef angedeuteten Möglichkeiten bereits von der Ostpolitik der Westmächte ins Auge gefaßt würden. Doch ganz abgesehen davon, ob der Westen willens ist, die durch die nationalkommunistische Emanzipation Polens gebotenen Chancen zu ergreifen und diese Emanzipation seinerseits zu unterstützen oder nicht, liegt auf der Hand, daß der westdeutsche Anspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie um so mehr an realpolitischer Bedeutung einbüßt, je unabhängiger und freier Polen wird und je weniger es als ein bloßer Satellit der Sowjetunion erscheint — ungeachtet der Tatsache, daß die Zeit ohnehin gegen den westdeutschen Anspruch arbeitet. Kommt nun die Möglichkeit hinzu, den Polen durch eine Garantie der Westgrenze auch von Seiten der Westmächte einen Stein auf dem Wege zur relativen Unabhängigkeit von der Sowjetunion beiseite zu räumen und ihnen damit gegenüber ihrem übermächtigen Nachbarn und Bündnisgenossen Spielraum zu verschaffen, so schrumpft die westdeutsche Forderung vollends zu einem abstrakten Rechtsanspruch zusammen.

Dennoch ist nicht anzunehmen, daß eine solche Politik von den Westmächten — sofern sie dazu willens sind — allein betrieben werden könnte. Die Haltung der Bundesrepublik ist mit dieser Frage zu eng verknüpft, als daß es möglich wäre, den westdeutschen Staat bei einer solchen Politik völlig außer acht zu lassen und gleichsam über seinen Kopf hinweg zu handeln. Haben wir keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß das polnische Mißtrauen gegenüber einem zu neuer wirtschaftlicher und auch gewisser politischer und militärischer Stärke aufgestiegenen Westdeutsch-

land seine guten und gerechtfertigten Gründe hat, so ergibt sich daraus, daß ein relativ freies und unabhängiges Polen so lange nicht vorstellbar ist, wie die Furcht vor Deutschland bewirkt, daß es sich von der Sowjetunion nicht lösen kann und will.

Unter der Voraussetzung, daß der status quo überwunden, das Verhältnis zu Polen entspannt und die nationalkommunistischen Strömungen im Ostblock genutzt werden sollen, stellt sich deshalb für eine westdeutsche Politik, die sich an einem solchen Versuch beteiligen will, eine klar umrissene Aufgabe. Sie muß Möglichkeiten finden, auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie entweder ganz zu verzichten oder ihren bisher absoluten Anspruch auf diese Gebiete so zu modifizieren, daß Furcht und Mißtrauen auf der Seite Polens aufgelöst werden. Von der Bedeutung eines solchen Schrittes für eine Konsolidierung der politischen Lage in Osteuropa und für den Abbau der Ost-West-Spannung abgesehen, ist auch denkbar, daß es dann gelingen könnte, Polen für eine aktive Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung unter für beide Teile Deutschlands tragbaren Bedingungen zu gewinnen. Heute muß ein einheitlicher deutscher Staat die Polen vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts und des westdeutschen Anspruchs auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie als eine entscheidende Bedrohung nicht nur der geographischen Existenz ihres Landes anmuten; kein Wunder, wenn sie allein deshalb die offizielle sowjetische und Ost-Berliner Haltung in dieser Frage teilen.

Auf der anderen Seite kann Deutschland sich nicht ohne weiteres des Anspruchs auf Gebiete begeben, die seit Jahrhunderten zu seinem territorialen Bestand zählten, die in jeder Hinsicht aufs engste mit ihm verbunden waren und aus denen Millionen Deutsche zwangsweise ausgesiedelt und vertrieben worden sind. Niemand, auch den Polen nicht, kann im Interesse einer dauerhaften Befriedung ganz Europas daran gelegen sein, daß diese Fakten aus der Geschichte gestrichen und die neugeschaffenen künstlichen Verhältnisse nachträglich legitimiert werden. Gerade Europa kennt zu viele Beispiele dafür, daß solche Lösungen nicht endgültig sind und nur den Grund für neue Konflikte legen. Aber angesichts der weltpolitischen bedeutsamen Möglichkeit, den unmittelbaren russischen Druck auf Europa dadurch zu verringern, daß die westliche Politik den nationalkommunistischen Emanzipationsbemühungen im Ostblock in bestimmter Weise entgegenkommt, stellt sich die Frage, in welcher Rangordnung sich die Probleme befinden, deren Lösung für eine Konsolidierung der osteuropäischen Situation wichtig wäre. Aus dem Dilemma, die Oder-Neiße-Linie nicht zum unüberwindlichen Hindernis für eine solche Konsolidierung werden zu lassen, sie aber gleichzeitig nicht bedingungslos anerkennen zu können,

Pankows „Diplomaten“ in Bonn

Im lichtdurchfluteten Raum, den man durchschreiten muß, wenn man auf die Presstribüne des Deutschen Bundestages am Bonner Rheinufer gelangen möchte, herrscht an den „großen Tagen“, an den Tagen der Regierungserklärungen und Debatten, buntes Treiben. Journalisten, alte, junge, bekannte und noch nicht bekannte, kurzberockte hübsche Damen und würdige ältere Herren eilen betriebsam hin und her, begrüßen sich lachend, tauschen ein paar Höflichkeiten aus, diskutieren oder machen sich eifrig Notizen. Der aufmerksame Beobachter gewinnt den Eindruck, jeder kennt jeden ... ziemlich genau.

Bei genauerem und längerem Hinsehen entdeckt er dann ein paar Gestalten, die sich äußerlich zwar von den übrigen nicht unterscheiden, aber dennoch etwas Besonderes sind und entsprechend behandelt werden. Sie werden kaum angesprochen, entweder gar nicht oder nur knapp begrüßt. Kommt es gelegentlich mal zu einem Gespräch mit ihnen, kann man irgendwo in der Runde einen Beobachter vermuten, der Länge und Art des Gespräches gewissenhaft registriert. Das sagen einige überängstliche Vertreter des „freien Worts“ und glauben dafür Beweise zu haben.

Bei den sonderbaren „Respektspersonen“ handelt es sich um die beim Deutschen Bundestag amtlich akkreditierten Pressevertreter Ost-Berlins. Es gibt deren in Bonn so gegen acht bis zwölf. Sie vertreten in Bonn unter anderem das amtliche Nachrichtenbüro „ADN“, verschiedene Rundfunksender der Zone, das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ und die dem SED-Magistrat von Ost-Berlin nahestehende „Berliner Zeitung“. Absolut sicher ist, daß sie unwandelbar treue Diener ihrer Ost-Berliner Auftraggeber sind.

Ihre, trotz gegenteiliger Beteuerung („Ach, wissen Sie, ich war gerade mal wieder in Ost-Berlin, da ist doch wenigstens was los!“), sicherlich nicht als unangenehm empfundene Versetzung nach Bonn verdanken die Pressefunktionäre Pankows einem Abkommen, das 1955 auf dem Evangelischen Kirchentag in Leipzig geschlossen wurde. Damals einigten sich der verstorbene Bundestagspräsident Hermann Ehlers, der an dem Leipziger Treffen als Mitglied seiner Kirchengemeinde teilnahm, und Ost-Berlins Volkskammer-Präsident Dr. Johannes Dieckman (LDP) auf die gegenseitige Zulassung einer bestimmten Zahl von Pressevertretern bei den Parlamenten in Bonn und Ost-Berlin. Seitdem sitzen die Vertreter des „Neuen Deutschland“ im Bonner Bundestag, während in der Ost-Berliner Luisenstraße, dem Sitz der Volkskammer, die Korrespondenten der „Welt“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ auf Zwischenrufe der Volkskammer-Abgeordneten lauern.

Sozusagen der Doyen der Pankower Bundestagsbeobachter, und die beachtlichste Erscheinung unter ihnen, ist Wilhelm Karl

führt nur eine Modifizierung des bisher absoluten westdeutschen Anspruchs. Denkbar ist ein territorialer Ausgleich, der Polen das für seine Wirtschaft unersetzliche oberschlesische Industrieviertel beläßt; denkbar ist, falls dies nicht möglich sein sollte, der Aufbau einer für Polen ausreichenden wirtschaftlichen Grundlage mit Hilfe der westeuropäischen Staaten, vor allem Deutschlands; denkbar ist schließlich die Möglichkeit, für deutsche Rückwanderer eine Art von heimatrechtlichem Status unter der staatsrechtlichen Hoheit Polens auszuhandeln. Modelle für eine wirksame Garantie der Eigensphäre eines bestimmten Bevölkerungsteils innerhalb eines Staates gibt es genug. Mit der Gründung und Unterstützung der „Deutschen Sozial-Kulturellen Gemeinschaften“ (DS-KG) in den Gebieten mit einer deutschen Restbevölkerung versucht Polen seit einiger Zeit, mit ersten Voraussetzungen für eine solche Eigensphäre zu experimentieren.

Welche dieser Möglichkeiten oder welcher andere Vorschlag die meiste Aussicht hat, von beiden Seiten akzeptiert und verwirklicht zu werden, läßt sich im Augenblick nicht absehen. Das Gespräch zwischen der Bundesrepublik und Polen hat noch nicht begonnen, und nirgends finden sich bisher Anzeichen dafür, daß der absolute westdeutsche Anspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie modifiziert werden soll. Im Gegenteil, alle westdeutschen (und ausländischen) Politiker, die das Tabu durchbrechen, das Dogma des absoluten Anspruchs in Zweifel zogen und unorthodoxe Gedanken über die Lösung des Problems der Ostgebiete vortrugen, haben sich bisher unverzüglich dem wütenden Protest der Vertriebenenverbände aussetzen und als „Verzichtspolitiker“, ja, sogar als „Vaterlandsverräter“, titulieren lassen müssen. Solche Reaktionen verraten, wie weit die Verdrängung oder Negierung der jüngsten deutschen Vergangenheit bereits gediehen ist. Ihnen gegenüber muß stets daran erinnert werden, daß der vorläufige und vielleicht endgültige Verlust der Ostgebiete eine direkte Folge des deutschen Überfalls auf Polen und Rußland ist. Aber darüber hinaus sind solche Reaktionen wie auch das Dogma des absoluten Anspruchs unrealistisch. Das Beispiel des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien lehrt, welche realpolitischen Nachteile das starre Festhalten an einem im wesentlichen formaljuristisch motivierten politischen Dogma (in diesem Falle: von der Existenz nur eines deutschen Staates) nach sich ziehen kann. Beharrt die Bundesregierung auf ihrem zunehmend abstrakten, absoluten Anspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie, so läßt sie nicht nur ihre Ostpolitik im entscheidenden Maße und arbeitet damit am Ende der Sowjetunion in die Hand. Angesichts der politischen Chancen, welche die Entwicklung im Ostblock dem Westen bietet, ließe sie auch Gefahr, als Störenfried dazustehen, der einen national begrenzten Vorteil über einen Beitrag zur Entspannung in Europa stellt. Die Welt würde dann Ausschau nach Möglichkeiten halten müssen, ihre Probleme ohne Berücksichtigung der deutschen Interessen zu lösen.

C. Ch. K.

Gerst. Wüßte man nicht, wer er ist, so könnte man ihn für den Vertreter eines honorigen Schweizer Blattes, vielleicht des „Berliner Bund“, halten. Seine betont gutbürgerliche Kleidung und die lange, wallende schlohweiße Künstlermähne lassen diesen Sechziger als einen Gelehrten erscheinen. Er gehört zu den alten Antifaschisten Ost-Berlins, wurde 1945 in Hessen von den Amerikanern verhätschelt und war einmal Mitlizenzträger der zweiten von den Amerikanern wieder zugelassenen deutschen Zeitung, der „Frankfurter Rundschau“. Später wollten die sozialistischen Herausgeber der Zeitung ihn loswerden, was ihnen auch gelang. Gerüche wollen wissen, daß ein westdeutscher Heißsporn Gerst einmal in einem Artikel „Kommunist“ nannte. Er verlor daraufhin den von Gerst angestregten Verleumdungsprozeß, denn vor Gericht zog Gerst mit lässiger Eleganz das Mitgliedsbuch der Ost-CDU Otto Nuschkes aus der Rocktasche.

Hervorstechendstes Merkmal aller Ost-Berliner Pressevertreter in Bonn ist ihre große Freundlichkeit und Zuvorkommenheit gegenüber westlichen Kollegen. Sie sind stets um Kontakte, gleich welcher Art, eifrig bemüht, erweisen Gefallen, knüpfen Fäden zu Stellen in Ost-Berlin und sind so bestrebt, als „nette“ Menschen zu erscheinen. Von Seiten der westlichen Kollegen werden solche Bemühungen zumeist mit säuerlicher Förmlichkeit quittiert.

Die „Pankower“ sind offizielle Mitglieder der „Bundespressekonferenz e. V.“ geworden. Eine Aufnahmekommission entschied über ihre Zulassung. Nun gut, damit sind sie formal gleichberechtigte Kollegen geworden und können beanspruchen, als solche behandelt zu werden. Man hat sich daher auf eine Koexistenz geeinigt, deren wesentlichstes Merkmal auf westlicher Seite vornehme Zurückhaltung ist. So legen es die Korrespondenten der großen, seriösen, bürgerlichen westdeutschen Blätter aus, während man die Vertreter der westdeutschen Boulevardpresse schon eher einmal bei belanglosem Gespräch mit den „Pankowern“ über Wetter und Bonner Freibademöglichkeiten beobachten kann.

Angsthasen und Presseleute mit dem „sechsten Sinn“ meinen aber, es sei nicht gut, mit den Ost-Berlinern allzuoft zusammen gesehen zu werden, denn überall im Bundeshaus wache der Verfassungsschutz oder die „Sicherungsgruppe Bonn“ der Kriminalpolizei, ganz abgesehen von den „Inoffiziellen“. Die Tatsache, daß solche Gerüchte sich unter den Pressevertretern halten können, ist ein bedenkliches Zeichen Bonner Klimas.

Besonderes Gewicht legen die Presseleute aus Ost-Berlin auf Beziehungen zur Industrie an Rhein und Ruhr. Trifft man sie nicht in Bonn, so sind sie wahrscheinlich gerade in Düsseldorf oder Essen. In Düsseldorf ist man nämlich nicht so kleinlich und engherzig wie in Bonn. „Dort finden wir in den Direktionszimmern jederzeit offene Türen.“ Man knüpft Handelsfäden von Düsseldorf bis nach Peking, bahnt Kontakte an und macht sich auch sonst auf jede Art nützlich.

Über Geldsorgen haben die „Gesandten“ aus Ost-Berlin, soweit man weiß, noch nie geklagt. Sie werden in harter D-Mark besoldet. Nur ein Teil ihres Gehaltes wird ihnen in Ost-Mark in Ost-Berlin beim „Stadtkontor“ gutgeschrieben. Durch Bonns Straßen rollen einige von ihnen in schwarzen Mercedes-220-Limousinen. Auf diese Weise soll ihnen, wie man hört, das „Leben im abscheulichen kapitalistischen Westen erträglicher gemacht werden“.

Bgt.



Ein Werk der Großchemie ist ohne Forschung nicht denkbar; denn sie ist die Grundlage für die Entwicklung neuer Erzeugungsverfahren. Deshalb haben die FARBERWERKE HOECHST AG. und ihre Tochtergesellschaften in den letzten vier Jahren für Forschungszwecke 211 Millionen DM aufgewendet, davon allein 1955 69 Millionen DM, das sind 5,4% vom Umsatz.

Die Voraussetzungen für unsere Forschungsarbeiten sind nicht zuletzt auf die Tätigkeit der deutschen Universitäten und Hochschulen zurückzuführen, aus deren Hörsälen jetzt wieder gut ausgebildete junge Naturwissenschaftler und Techniker zu uns kommen. Darüber hinaus erkennen wir dankbar die an den Lehrstätten und Instituten betriebene Forschung an, auf der die Praxis aufbaut.

FARBERWERKE HOECHST AG. vormals Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M) - HOECHST

Ans Messer geliefert

Der in Hamburg erscheinende „Studentenkurier“ — seit November „konkret“ genannt — vertritt mitunter Meinungen, deren Tendenzen manchen Leser ob ihrer Hintergründigkeit und offensichtlichen Undurchschaubarkeit verwirren. Schon immer ist es eine Preisfrage, wer den „Studentenkurier“ macht und wer die Finanzen für dieses Blatt aufbringt.

Wir — die Mitarbeiter des DISKUS — kennen den Chefredakteur Claus Rainer Röhl und seine Mitarbeiter recht gut und halten sie für sehr intelligente, geschulte Journalisten, die genau wissen, was sie wollen und die über die publizistischen Raffineszen — um nicht zu sagen Tricks — verfügen, um sicherzugehen, daß ihre Schreibe ankommt.

Das sei ihnen — nicht ganz — neidlos zugestanden. „konkret“ erscheint uns als Sprachrohr der heimatlosen Linken und „druckt das, was andere Zeitungen ablehnen zu drucken“, wie Herr Röhl einmal sagte.

In der November-Nummer gibt es einen Beitrag, über den wir ehrlich betroffen sind. Ein „Exklusivinterview mit PO PROSTU-Redakteur“ wird dort folgendermaßen eingeleitet:

Selten hat eine Studentenzeitung in der Weltöffentlichkeit ein solches Echo gefunden wie die polnische (frühere) Studentenzeitung PO PROSTU, die als Massenblatt einen entscheidenden Einfluß auf die Ereignisse des polnischen „Oktober“ genommen hat und die kürzlich gegen den Protest der Studenten und der Jugendlichen von Warschau verboten wurde. Von einer Reihe bundesrepublikanischer Presseorgane, besonders vom „Rheinischen Merkur“, wird die bewußt falsche Behauptung aufgestellt, es handele sich bei den PO PROSTU-Redakteuren um „Junge, überzeugte Sozialisten bzw. Kommunisten“. Offensichtlich dienen diese Behauptungen dem Zweck, den Freiheitskampf der PO PROSTU-Redakteure zu diffamieren. Wir sind heute in der Lage, ein EXKLUSIV-Interview mit dem Stellvertretenden Chefredakteur von PO PROSTU zu bringen, aus dem hervorgeht, daß es sich bei dem jungen Rebellen nicht um Kommunisten, sondern um echte Freiheitskämpfer im ungarischen Sinne gehandelt hat. Das Gespräch wurde im Beisein sämtlicher Mitglieder des damaligen STUDENTEN-KURIER im Sommer dieses Jahres in Hamburg geführt. Konferenzsprache war englisch.

Mit einigen Zitaten sei dargestellt, was die Einleitung schon versprochen hat, daß nämlich jener polnischer Rebell nicht Kommunist sei.

STUDENTEN-KURIER: „Sie sind doch Stellvertretender Chefredakteur, Sie sind natürlich Sozialist, also Marxist?“

PO PROSTU: „Wissen Sie, ich würde gern Sozialist sein, aber ich bin Realist.“

STUDENTEN-KURIER: „Und das schließt einander aus?“

PO PROSTU: „Der Sozialismus ist eine gute Sache auf dem Papier. Aber es geht nicht. Es geht nicht mit dem Sozialismus.“

STUDENTEN-KURIER: „Und wie Sie, denkt so das polnische Volk auch?“

PO PROSTU: „Oh, das denkt noch viel schlimmer über den Sozialismus.“

Und in dieser Tonart geht es weiter, bis jener Pole am Ende sagt:

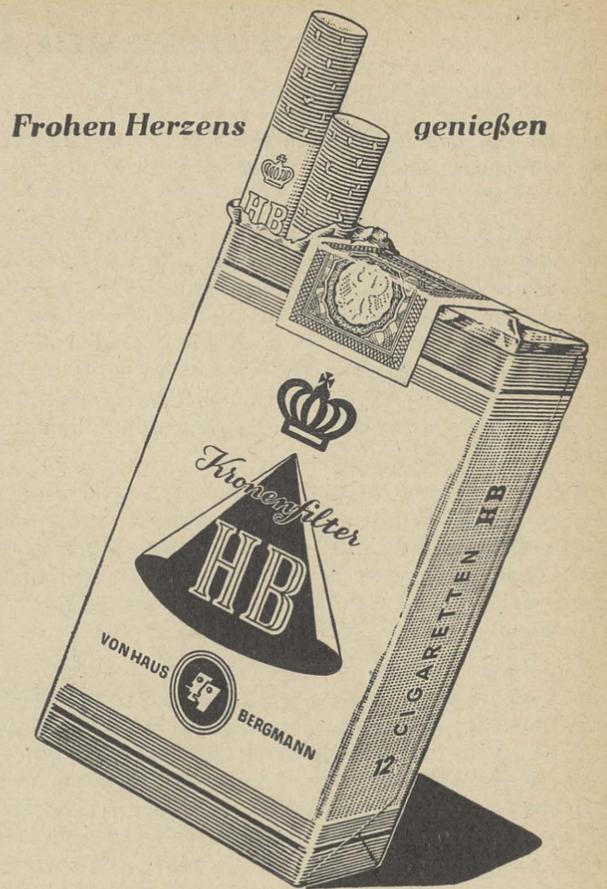
„Was ist eigentlich Sozialismus? Wissen Sie es? Ich weiß es nicht. Ich will Ihnen sagen, was ich denke: Sozialismus ist gut leben und möglichst viel Freiheit. Und das ist am meisten in Amerika.“

Herr Röhl hat mit dem Abdruck dieses Interviews tatsächlich den traurigen Ruhm gewonnen, etwas gedruckt zu haben, was andere Zeitungen ablehnen würden zu drucken, jedenfalls heute. Es kann ihm nicht entgangen sein, daß PO PROSTU verboten wurde mit Begründungen, die auf der Linie der in dem Interview gemachten Aussagen liegen: der zersetzenden Kritik jener Studentenredakteure, die auch nach dem Oktober immer neue Unruhe stifteten und nicht begriffen, daß es zunächst darauf ankomme, das Erreichte zu sichern, um die Gratwanderung zwischen Ost und West lebend zu überstehen.

Herr Röhl's linkes Ohr reicht weit, zeichnet sich durch die Sensibilität für Untertöne aus. Deshalb muß er auch gewußt haben, daß sich polnische Studenten um die Aufhebung des Verbotes von PO PROSTU bemühen. Herr Röhl aber spielt der polnischen Regierung ein Interview in die Hand, das im Juli aufgenommen wurde, als PO PROSTU noch nicht unmittelbar durch ein Verbot bedroht war, jetzt aber Argumente liefert, das Verbot aufrechtzuerhalten. Jeder — auch Herr Röhl — der mit polnischen Studenten in Kontakt gekommen ist, weiß, wie fassungslos sie zunächst dem westlichen Überfluß gegenüberstanden, weil er in ihr Denkklimma vom morbiden kapitalistischen Westen nicht paßte. Wer aber kann von sich behaupten, noch nie unter dem Einfluß extremer Erlebnisse spontane, emotional überlagerte Behauptungen aufgestellt zu haben? Wahrscheinlich sind auch die Äußerungen des PO PROSTU-Redakteurs so zu verstehen. Und der Alkohol hat mitunter nachgeholfen, manchem westdeutschen Kommilitonen „Wahrheiten“ zu liefern, die seine Klischeevorstellungen von gesellschaftlicher Wirklichkeit befriedigten.

Wir haben Fragen. Warum veröffentlicht Herr Röhl dieses Interview erst jetzt? Den „Rheinischen Merkur“ vorzuschieben, den kaum eine Studentenzeitung als sachlichen Gesprächspartner betrachtet, ist als Begründung zu billig. Wollte Herr Röhl beim „Rheinischen Merkur“ etwa eine Lanze für die polnische Opposition brechen? Selbst eine noch größere journalistische Begabung als die des Herrn Röhl reichte dafür nicht aus. Oder hat er die Funktion übernommen, östliche Sozialisten hinterher mit „Geständnissen“ zu konfrontieren, um sie damit ans Messer zu liefern? Oder hat die Freude am Knüller Herr Röhl den politischen Verstand verdunkelt? Eine solche Politik spricht für sich selbst.

Klaus M. Ellrodt



...eine Filter-Cigarette die schmeckt

Kuba. Temistocles Fuentes, ein Studentenfürer aus der Ost-Provinz, ist kürzlich beim Verlassen eines Flugzeugs auf dem Flugplatz von Havanna von der politischen Polizei verhaftet worden. Fuentes ist Präsident der Vereinigung der Oberschüler und mußte vor einem Jahr das Land verlassen, nachdem er verschiedene Male wegen seiner entschiedenen Gegnerschaft zum kubanischen Diktator Batista ins Gefängnis geworfen worden war. Seitdem lebte er im Exil in Haiti. Höchstwahrscheinlich ist er gegen seinen Willen nach Kuba zurückgebracht worden, da er genau wußte, was ihn dort zu erwarten hatte. In der Tat wurde Fuentes unmittelbar nach Betreten kubanischen Boden von der politischen Polizei festgenommen und nach schweren Mißhandlungen ins Gefängnis gebracht. Der Nationale Studentenverband von Kuba (FEU) appelliert an alle Nationalverbände, die ihnen geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen, um zur Erhaltung des Lebens dieses in großer Gefahr schwebenden Studentenfürers beizutragen.

Frankreich. Ohne Angabe von Gründen verhaftet wurde am 12. November in Montpellier der Generalsekretär der Union Générale des Etudiants Musulmans Algériens (UGEMA), Mohammed Khemisty. Er wurde zusammen mit anderen von den französischen Behörden verhafteten Algeriern sofort nach Algerien transportiert. — Im Anschluß an Zwischenfälle vom 11. November haben die französischen Behörden in Algerien eine Reihe von Franzosen gemäßregelt. Unter anderem wurde die Zurückstellung vom Wehrdienst widerrufen und damit die sofortige Einberufung angeordnet für den Präsidenten des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Algier, Gautrot, und mehrere andere Vorstandsmitglieder.

Südafrikanische Union. Ein neues Gesetz über die Rassentrennung an den Universitäten soll nach Presseberichten in Vorbereitung sein, nachdem die erste Fassung von der Regierung zurückgezogen worden war. Das neue Gesetz soll u. a. die Regierung ermächtigen, den Unterhalt, die Verwaltung und die Kontrolle des University College von Fort Hare zu übernehmen und über die Zulassung der Studenten und ihre Ausbildung am College zu bestimmen. Ebenfalls unter Regierungskontrolle sollen die Studentenheime des College kommen. In einer Stellungnahme zu diesen Presseberichten sagte der Präsident des südafrikanischen studentischen Nationalverbandes (NUSAS): „Wir sind überrascht, daß die Regierung weiterhin so töricht ist anzunehmen, ein Staat könne befehlen, was an den Universitäten gelehrt, gelernt und gedacht wird.“

Rund um die Welt

Panama. Eine regelmäßige Revision der Posten der Lehrstuhlinhaber wird schon seit längerer Zeit von den Studenten Panamas gefordert. Damit soll vermieden werden, daß die Professoren im Schutz der materiellen Sicherheit ihrer Lehrstühle sich in ihren Vorlesungen an älteren Ausarbeitungen festhalten und die jüngsten Forschungen auf ihrem Fachgebiet außer acht lassen. Nachdem bereits die 2. Universitätskonvention im Jahre 1956 eine Resolution in diesem Sinn angenommen hatte, haben die Studenten der juristischen Fakultät sich jetzt erneut mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß ihre Forderung in die Universitätsstatuten aufgenommen wird.

USA. Entsprechend den steigenden Inskriptionszahlen an den amerikanischen Colleges und Universitäten ist auch das Stipendienangebot ständig erhöht worden. So stiegen nach einem Bericht, den das Erziehungsministerium der Vereinigten Staaten kürzlich veröffentlicht hat, in den letzten fünf Jahren Betrag und Zahl der Stipendien für Studenten um das Zweieinhalbfache. In diesem Jahr steht ungefähr eine Viertelmillion Stipendien mit einem Gesamtwert von 65 700 000 Dollar zur Verfügung. Gleichzeitig haben sich die Forschungsstipendien ungefähr verdoppelt. Diese Mittel, die größtenteils aus privater Quelle stammen, erleichtern die Ausbildung der jetzigen Rekordzahl von drei Millionen Studenten an amerikanischen Hochschulen. Der nationale Studentenverband USNSA äußerte sich sehr befriedigt über die großartige Zahl von Stipendien und erklärte, er werde auch noch weiterhin für eine Erhöhung der Stipendienzahlen eintreten.

England. 300 russische Studenten und Jugendliche hat der englische studentische Nationalverband NUS gemeinsam mit dem British Council und andere Organisationen für drei Wochen nach England eingeladen. Der Besuch der jungen Russen soll im Laufe des nächsten Jahres erfolgen.

Holland. Eine Konferenz über das Thema „Student und Politik“ hielt der Niederländische Studentenrat (NSR) kürzlich in Woudschoten ab. Bereits 1947 hatte eine ähnliche Konferenz stattgefunden; ferner war diese Frage immer wieder diskutiert worden, wenn politische Ereignisse die grundsätzlich unpolitische Einstellung des NSR in Frage stellten. (Bei politischen Debatten muß im Rat zunächst mit Mehrheit abgestimmt werden, daß die vorgebrachte Frage überhaupt im NSR besprochen werden darf, und außerdem ist noch eine Abstimmung darüber nötig, ob der NSR zur Stellungnahme befugt ist.) Auch diese Konferenz konnte dem NSR nur Empfehlungen unterbreiten, und zwar folgende: 1. Es wird festgestellt, daß Student und Universität nicht isoliert werden können von der sie umgebenden Welt, und daß der Student sich deshalb mit staatskundlichen, nationalen und internationalen Problemen beschäftigen muß, um sich zu einem Bürger mit politischer Einsicht zu entwickeln. 2. Da der NSR auf der Anerkennung der gesellschaftlichen Verantwortung des Studenten basiert, muß er sich bemühen, bei den Studenten politisches Interesse im weitesten Sinn des Wortes zu wecken.

Polen. Nach den Idealen der polnischen Studenten hat sich die Redaktion der Studentenzeitung „Wyboje“ mittels eines Fragebogens erkundigt. Aus den eingegangenen Antworten ging hervor, daß absolute Toleranz, Gerechtigkeit und Kampf um die Freiheit als höchste Ideale angesehen wurden. Auf die Frage, wessen Gebote beachtet werden müßten, wurden genannt: die einer gerechten Regierung, des Gewissens, der Religion, der Wissenschaft und der öffentlichen Meinung. Als vorbildliche Persönlichkeiten wurden von den Studenten meistens polnische Nationalhelden gewählt, jedoch wurden auch Namen wie Goethe, Byron, Christus und Lenin genannt.

In Zusammenarbeit mit dem Kunstgeschichtlichen Institut der Universität Frankfurt am Main und der Vermittlungsstelle für Europäische Studienreisen

Studienfahrten mit wissenschaftlichen Führungen:

- Ägypten, 21 Tage, 6. 3.—26. 3. 1958, Fahrpreis 487,— DM. Athen (24 Stunden Aufenthalt) — Alexandria — Kairo — Luxor — (Abydos — Assuan).
- Griechenland, 21 Tage, 3. 4.—23. 4. 1958, Fahrpreis 286,— DM. Große Rundfahrt ab Athen, 8 Tage auf Kreta oder Rhodos.
- Spanien-Marokko, 24 Tage, 3. 4.—23. 4. 1958, Fahrpreis 288,— DM. Schweiz — Südfrankreich — Barcelona — Murcia — Granada — Malaga — Tetuan (Tanger) — Sevilla — Cordoba — Madrid — Toledo — Escorial — Avila — Salamanca — Burgos — S. Sebastian — Burgund — Vézelay — Saargebiet.
- Italien, 12 Tage, 2. 4.—13. 4. 1958, Fahrpreis 139,— DM. Rom (5 Tage über Ostern) — Florenz (3 Tage). Ferner nach Frankreich, England, Jugoslawien etc.

Auch Nichtstudenten können teilnehmen. Weitere Einzelheiten im neuerschienenen Jahresprogramm 1958. Bitte anfordern! STUDENTISCHER AUSLANDSDIENST (STAD) an der Universität Frankfurt am Main, Raum 105, I. Zwischenstock. Sprechzeiten: dienstags und freitags 12.00—13.30 oder: Freiherr-vom-Stein-Straße 49, Telefon 70 60 05.

VII. Internationale Skilager 1957/1958

im Kleinwalsertal und Montafon (Österreich)

Von Weihnachten bis Ostern: 12-, 14- und 15-tägige Skikurse für Anfänger und Fortgeschrittene · Ideale Höhenlagen (1220—1500 m) · Lawensichere gepflegte Unterkünfte · Fl. Warm- und Kaltwasser · Zentralheizung · Beste Verpflegung · Frühstück mit Ei und Kakao

Teilnahmepreise ab 105,— DM ohne Fahrt, ab 137,— DM mit Fahrt.

Sonderbusse (Luxusausführung mit Sesselsitzen) ab Köln, Marburg, Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe etc.

500.000.— DM



Phantom Einheitslehrer

(Fortsetzung von Seite 1)

Freiheit erhalten. Die Studenten müssen zwischen Professoren auswählen können, damit wissenschaftlich etwas geleistet wird.

Wenn dies alles vorhanden wäre, so bliebe immer noch die sehr umstrittene Frage des rechtlichen Status dieser Hochschule. Ganz sicher beanstandet die CDU das Übergewicht der Ministerialbürokratie bei der Verwaltung der Hochschule zu Recht. Der Wunsch der staatlichen Stellen, die Lehrer „nach ihrem Bilde“ zu formen, ist bedenklich, denn die negativen Erscheinungen in der bürokratisierten Schule sollten nicht auch noch in die Lehrerbildung eingeführt werden.

Eine modifizierte Senatsverfassung scheint demnach die richtige und notwendige Rechtsform zu sein. In ihr sollten die Freiheit der Forschung und Lehre vor Eingriffen der wechselnden politischen Konstellationen gesichert sein. Zugleich sollten aber auch Möglichkeiten zur Bildung von Professorenfraktionen verhindert werden.

Ein weiterer wesentlicher Gesichtspunkt wird von Vertretern der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ angeführt: der bedenkliche Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs für die Lehrerbildung selbst könnte durch eine solche Hochschule mit Promotions- und Habilitationsrecht behoben werden. Denn in der Tat mißt man in allen Teilen der westlichen und auch der östlichen Welt der wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrer und Erzieher größere Bedeutung bei als bei uns. Diese Hochschule könnte mithin einen Beitrag zur Beseitigung der Mängel im deutschen Bildungswesen überhaupt leisten.

Doch alle diese Dinge haben nicht so viel Echo gefunden, wie der von der FDP ins Feld geführte Holzsäbel, auf dem geschrieben steht: Die Hochschule bringt uns den Einheitslehrer!

Das deutsche Schulwesen und mit ihm die Gesamtheit der Lehrerschaft ist in drei Teile aufgegliedert. Wie immer in der Geschichte, entsteht dann eine rechtfertigende Ideologie des Bestehenden, wenn das Herkömmliche schon sehr fragwürdig geworden ist. Analog zu dieser historischen Binsenweisheit entsprangen in jüngster Zeit den Köpfen der Apologeten des Alten folgende Gedanken: In jeder Gesellschaft gibt es Planer, diese werden auf den Universitäten ausgebildet, nachdem sie das Gymnasium absolviert haben. Dann gibt es eine Gattung Mensch, die das ausführt, was die Planer befahlen. Diese geht in die Mittelschule, und schließlich gibt es Dienende — in der Bundesrepublik 85% aller Menschen —, die auf der Volksschule ihre Ausbildung erhalten. Entsprechend dieser Einteilung folgt für die an diesen doch so grundsätzlich verschiedenartig angelegten Schulen unterrichtenden Lehrer, eine ebenso unterschiedliche Funktion, die sich in verschiedenartiger Ausbildung und Bezahlung kundtun muß. Getreu dieser Auffassung stehen sich die in getrennten Kolonnen marschierenden Lehrer einander gegenüber, eifersüchtig darüber wachend, daß sich am Stand des Standes nichts verändert. Mittelalterlichen Zünften gleich werden von ihnen herkömmliche Rechte gewahrt und die Eigenart der jeweiligen Schulform betont. Studienräte wahren den „Abstand“ in der Weise, daß sie den Volksschullehrern nicht mehr als 80% ihrer Bezüge zukommen lassen wollen. Mittelschullehrer bemühen sich redlich, allenthalben als quasi-Studienräte angesehen zu werden, Volksschullehrer befehlen Mittelschullehrer, und schließlich kommen sie alle in die Versuchung, zu vergessen, daß sie Menschen für eine demokratische Gesellschaft ausbilden sollen.

Hier kann nicht die ganze Problematik der deutschen Schulpolitik abgehandelt werden. Die Dreigliederung des Schulwesens hat sich vorläufig verfestigt und ist nur schrittweise zu verändern. Bei dieser schrittweisen Veränderung aber hat gerade diese geplante Hochschule sicher eine positive Aufgabe zu erfüllen. In ihr liegt nämlich die Chance, die antiquierten Vorstellungen von der starren Dreigliederung innerhalb der Lehrerschaft allmählich abzulösen und die Gemeinsamkeit der Bildungsaufgaben aller Schularten zuerst den Lehrern klarzumachen und dann erst institutionelle Veränderungen vorzunehmen.

Angesichts der Opposition des Philologenverbandes, und wohl auch sachlicher Gründe wegen, hat man die Ausbil-

dung der Gymnasiallehrer nicht an die geplante Hochschule verlegt. Sie bleibt weiterhin an den philosophischen Fakultäten, und man hat auch sicher keinen Grund, das zu ändern. Daß eine fachlich fundierte Ausbildung des Lehrers an höheren Schulen den Vorrang vor allem anderen haben muß, kann von keiner Seite bestritten werden. Wer aber könnte behaupten, daß die jetzige Art der Ausbildung an den Universitäten die bestmögliche sei? Nicht selten gibt es in manchen Fächern wegen der allgemeinen schlechten Arbeitsbedingungen — zuwenig Dozenten und Professoren, mangelhafte Bibliotheken etc. — einen nicht wiedergutzumachenden Leerlauf. Und kommen nicht oft mit bloßem Wissen eingedekkte, überarbeitete und devitalisierte Studenten in die Studienseminare? Sie haben nicht die geringste theoretische oder praktische pädagogische Vorbildung, denn weder die achtwöchige Hospitation noch die bildungstheoretischen Vorlesungen an den Fakultäten haben für die Berufspraxis viel praktischen Sinn.

Der mit „Einheitslehrer“ beschriftete Holzsäbel löst diese Fragen nicht, ja er ritzt sie noch nicht einmal an. Man hat ganz sicher in erster Linie an die Gefahr gedacht, daß die Fachausbildung zu kurz kommen könnte, aber nicht daran, daß in den Studienseminaren oft nichts anderes als ein Abklatsch der pädagogischen und soziologischen Wissenschaften geboten wird und daß es schade um die Zeit ist, die der Referendar verliert.

Aus dieser Erwägung heraus sollte man eine Verkürzung der Referendarzeit auf ein Jahr zugunsten eines einjährigen Studiums an der geplanten Hochschule anstreben, in dem der Referendar sowohl eine wirklich wissenschaftliche Soziologie und Pädagogik als auch in ausgedehnter Schulpraktika eine genügende Vorbildung erhält. In dieser Zeit müßte er die Stellung eines Referendars haben, d. h. finanziell völlig gesichert sein. Er müßte wahrscheinlich dort mehr arbeiten und auch sinnvoller als es jetzt in den Studienseminaren geschieht. Vor allem müßte er wirklich Gelegenheiten haben, bei fähigen Tutoren, die in den verschiedenen Schulen und nicht nur in den sogenannten Anstaltsseminaren tätig sind, in eine Meisterlehre zu gehen, denn so mancher Referendar hat bisher in seinem ersten Jahr nicht viel mehr gelernt, als daß er den Dienstweg einhalten müsse. Diese Übel herrschen sicher nicht überall vor, sind aber doch bei der jetzigen Art der Ausbildung nicht zu vermeiden.

Der Hessische Landtag wird allem Anschein nach die Hochschule Wirklichkeit werden lassen. Das Beste, was vorsichtige und kritische Leute tun können, ist, die in ihr angelegten Möglichkeiten für eine Verbesserung des Schulwesens überhaupt wahrzunehmen. Die zukünftigen Lehrer an Gymnasien haben Gelegenheit, sie in der richtigen Weise zu

... fliegen im Geiste mit!

Zwölf Jahre sind seit Kriegsende ins Land gegangen — wir „jagen“ immer noch, schon wieder. Der offizielle, der Heiße Krieg ist eingestellt, die Produktion der Heldensagen, die die Erinnerung an ihn wachhält, läuft auf Hochtouren. In München z. B. erscheinen die „Fliegergeschichten“. Sie kosten heute 50 statt 20 Pfennig, erzählen von den Nachtjagden und Bombenangriffen. „Stukas greifen Malta an“, bramarbasierte Nr. 97 der NS-Kriegsbücherei, „Der neue Kurs heißt Malta“, verkündet schlicht Nr. 64 der „Fliegergeschichten“. Und außerdem gibt es noch: „Werner Mölders — unbesiegt“, „Rivalen am Himmel“, „Der Tod flog mit“, „Sieg der Zähigkeit“, „Und setzt ihr nicht das Leben ein“, „Parole: Durchhalten!“ und so weiter.

Worin der Unterschied zwischen beiden Heftreihen besteht, läßt sich schwer angeben, er existiert nämlich nicht. Hier wie dort werden Mut und Männlichkeit, eiserne Zucht und blinder Gehorsam und Heldentod gefeiert. Nichts hat sich geändert — und wie sollte es auch? Herausgeber der Fliegergeschichten von 1957 ist Dr. Peter Supf, ehemaliges Mitglied einer NS-Propagandakompanie und Mitherausgeber der Kriegsbücherei von anno 40. Der Schuster blieb also bei seinem Leisten. Der wakkere Kriegsreporter hat sich selbständig gemacht. Den Supf freilich hat's nicht erwischt wie die Helden seiner Hefte, und er hat sich auch nicht erwischen lassen. Heute läßt er seine Helden mühelos von den Toten wiederauferstehen, damit sie noch einmal als „leuchtendes Beispiel“ den Jugendlichen vorangeistern können, so u. a. Walter Oesau, Jagdflieger mit hundert Abschüssen

und Ritterkreuz-Brillant. Sein Leben ist in Heft 85 erzählt. Allein auf einer von 30 Seiten finden sich Sätze wie:

„In seinem festen, schon jetzt männlichen Gesicht mit dem gewellten Blondhaar und der charakteristischen Einkerbung am Kinn sind Energie und Unbeirrbarkeit zu lesen.“

„Vorerst aber führt ihn der Weg auf ein halbes Jahr in den Arbeitsdienst, der ihn lehrt, was er später brauchen wird, um selbst befehlen zu können: gehorchen.“

„Er beißt die Zähne zusammen, hört ohne Neid von den Freunden, die als Studenten den Rausch ungebundenen Lebens auskosten, und unterwirft sich weiter der strengen Zucht militärischer Disziplin, die seine Persönlichkeit reifen läßt, statt sie zu zerstören.“

Na also, gelobt sei, was hart macht. Wä'r das nicht ein Rezept, um die „Halbstarken“ gefügig zu machen, fragt man sich. Natürlich läßt da auch der kurze Haarschnitt nicht lange auf sich warten. Schon auf Seite fünf begegnet er einem in Zusammenhang mit jungen Männern, die als „straffe, sportgestählte Gestalten“ auftreten. Und damit auch jeder merkt, daß die erwähnte harte Zucht von Vorteil ist, wird Oesau mit dem Gefreitenwinkel dafür belohnt:

„... ein kleines Pflaster auf die Wunden, die der Dienst schlägt.“

Wenn das auf Seite vier geschieht, was soll da später werden?

(Fortsetzung Seite 14)

FREUDE
UND
FREIZEIT
SCHENKEN

Brotröster
Kaffeemühle
Küchenuhr
Küchenmaschine
Regelbügeleisen
Heizkissen
Heizgeräte
Elektroherde
Kühlschränke
Waschgeräte
Staubsauger
Rundfunkgeräte

Ob Sie andere
oder sich selbst
bescheren: Stets sind
es Geschenke, die
jeden Tag von neuem
Freude bereiten

AEG
HELPER IM
HAUSHALT

Erhältlich überall im Fachhandel

STAHLROHR-GERÜSTBAU BACHMANN & CO.

Praunheimer Landstraße 80

Frankfurt am Main

Telefon 774381

Erstellung von Stahlrohr-Gerüsten für Neu- und Umbauten, Tribünen und allen sonstigen Zwecken

Chawer — Etonboy Israels

Wenn man mit einem Israeli durch das heilige Land fährt, kehrt bei der Erklärung der Landschaft das Wort „Kibbutz“ immer wieder. Damit meint der Begleiter kleine ländliche Ansiedlungen, von denen man von der Straße aus nur Baracken oder einstöckige Häuser wahrnimmt. An dem Klang seiner Stimme hört man aber, daß „Kibbutz“ etwas Besonderes sein muß, mehr als ein gewöhnliches Dorf, deren es auch in Israel genügend gibt. Es währt in der Regel nicht lange, bis der Israeli von „seinem“ Kibbutz zu berichten anfängt und häufig betont, wie lange und in welchem Kibbutz er tätig war. Manche berichten voll Stolz, daß sie einem Kibbutz angehören, andere legen Wert auf die Feststellung, daß sie einem Kibbutz angehört haben und noch Beziehungen zu ihm unterhalten. Einige erklären einem auch, warum sie nicht mehr im Kibbutz sind, und zwar so, als ob sie sich dafür entschuldigen müßten.

Lernt man dann ein Kibbutz kennen, so sieht man in der Tat das wohl Interessanteste des an Interessantem wirklich nicht armen Landes.

Wer von einem Kibbutz liest und hört, neigt gerne dazu, es mit dem Begriff „Kolchose“ abzutun und zugleich zu verurteilen; denn die Kolchosen sind durch die brutale und blutige Enteignung des Landes in den sowjetischen Staaten und durch die ausbeuterische Ausnutzung der Kolchosarbeiter kompromittiert. Bis auf einige Antisemiten weiß aber jeder, daß der Staat Israel nicht kommunistisch ist. Die kommunistische Partei spielt in Israel keine Rolle. Die Regierungspartei und die sehr mächtige Gewerkschaft sind sozialdemokratisch. Aber auch nicht sozialistische Israelis sind begeisterte Kibbutzniker. Dagegen ist in kommunistischen Staaten kaum einer stolz darauf, in einer Kolchose gearbeitet zu haben. In Israel wird die ehemalige Mitgliedschaft in einem Kibbutz in einer Weise vorgekehrt, die vielleicht nur mit jenem fast unverständlichen Stolz verglichen werden kann, mit dem sich Amerikaner und Engländer ihrer exklusiven Erziehungsanstalt, die sie besucht haben (Eton, Harvard, Yale), rühmen.

Was ist das Kibbutz?

Das Kibbutz ist eine besondere Gemeinschaft. Eine Gründung geht heute etwa folgendermaßen vor sich: Eine Reihe junger Menschen beiderlei Geschlechts beschließen, in der Wüste, dem Negev, ein Stück Land (billig) zu kaufen und urbar zu machen. Das geschieht nicht aus persönlicher Not. Arbeitslosigkeit gibt es in Israel kaum, und die Urbarmachung der Wüste wirft nicht viel Geld ab. Es geschieht nicht nur aus Idealismus; denn die jungen Menschen wissen, daß die durch Einwanderung ständig zunehmende Bevölkerung Israels nicht nur in den fruchtbaren Gebieten Palästinas leben kann. Die jungen Menschen gründen nun eine Genossenschaft, legen alle ihre Mittel zusammen und gehen an die Arbeit. Sie erhalten vom Staat, von einer oder mehreren Parteien, der Gewerkschaft, Banken oder Organisationen, unter Umständen auch von anderen reichen Kibbutzim Geldzuwendungen oder langfristige, unverzinsliche Kredite. Sie errichten auf dem gekauften Land Baracken, prüfen, ob Ackerbau und Viehzucht in dieser Landschaft vorgenommen werden können, oder ob etwa Bodenschätze vorhanden sind, deren Ausbeutung lohnenswert erscheint. Sie wählen in einer Mitgliederversammlung einen Vorstand (meist auf ein Jahr), der die als nützlich und notwendig beschlossenen Arbeiten verteilt und ihre Durchführung überwacht. Alle verzichten auf Lohn und persönliches Eigentum, erhalten aber freie Unterkunft und Verpflegung, ärztliche Unterstützung, Urlaubsgeld und überhaupt alles, was sie brauchen. Dafür gibt es eine Gemeinschaftskasse. Da nun die Gemeinschaftskasse zu Anfang sehr wenig Inhalt hat und vordringlich Geräte, Vieh, Traktoren usw. angeschafft werden müssen, leben die jungen Kibbutzim in ziemlicher Armut bei harter Arbeit.

Mitten im Negev, 50 Kilometer von der nächsten bewohnten Ansiedlung (Beersheva) entfernt, liegt das Kibbutz Sede Boker, das etwa in dieser Weise von jungen Menschen gegründet worden ist. Die Ältesten unter ihnen sind Anfang 30. Es hat sich ihnen allerdings ein älterer „Chawer“ angeschlossen, der Ministerpräsident Ben Gurion, der von Zeit zu Zeit einige Tage dort unter den Bedingungen der übrigen Chawerim zubringt.

Dieses Kibbutz muß militärisch gesichert werden; obwohl weit von der Grenze entfernt, lebt man in Sede Boker gefährlich. Nachts durchziehen Nomaden, meist schwer bewaffnet, die Wüste. Manche von ihnen sind friedlich, andere sind räuberisch. Auch ägyptische oder jordanische Infiltranten können auftauchen, die hügelige bis gebirgige, unbewohnte Wüste kann nicht überwacht werden und erlaubt es den Infiltranten, sich ziemlich gefahrlos in israelischem Staatsgebiet aufzuhalten. Als die jungen Menschen in Sede Boker mit ihrer Arbeit anfangen, waren Überfälle nicht selten; inzwischen haben die Nomaden den Standort des Kibbutz und seine Verteidigungskraft kennengelernt und meiden offene feindselige Berührung. Aber es kommt vor, daß morgens auf der Straße, die Sede Boker mit den bewohnten Landesteilen verbindet, eine Tellermine liegt. So haben die Kibbutzim in der Wüste oder an der Grenze nicht nur den Sinn der Urbarmachung, sondern auch den, das Land zu bevölkern und zu sichern. Man beabsichtigt, die ganze Wüste mit Kibbutzim zu durchsetzen, um die dort liegenden Ölleitungen zu sichern und eine Eisenbahnlinie von Beersheva zum Hafen des Roten Meers, Elath, legen zu können. Es liegt auf der Hand, daß sich unter den geschilderten Umständen ein einzelner nicht in der Wüste ansiedeln kann, auch die Bildung eines „normalen“ Dorfes würde auf Schwierigkeiten stoßen. Ein so entbehrungsreiches, gefährliches und schwieriges Unternehmen kann nur eine Gemeinschaft verwirklichen. Nach außen ist das Kibbutz völlig frei. Es kann sich größeren Kibbutzverbänden anschließen. Zwangsglieder gibt es im Kibbutz nicht. Jeder kann austreten, wann er will. Wer allerdings austritt, steht mittellos auf der Straße; denn eine Auszahlung von Anteilen oder eine Rückgabe etwa eingebrachter Vermögenswerte ist in den Genossenschaftsverträgen nicht vorgesehen. Demnach kommt ein Austritt nur für junge Menschen in Frage, die ohne weiteres an anderer Stelle Arbeit finden, während alte Menschen beim Austritt aus einem Kibbutz praktisch ohne Altersversorgung dastehen.

Ein junger Chawer, der Ideologe von Sede Boker sein dürfte, konnte aber nicht recht erklären, wie Sede Boker jemals ein rentables Kibbutz werden könne, aber er war in dieser Beziehung optimistisch, und wenn man sieht, welche früher trostlosen Landstriche heute in Israel rentabel bewirtschaftet werden, dann kann man seinen Optimismus verstehen.

Vorposten am Gaza-Streifen

Die Rentabilitätsfrage ist dagegen in dem Kibbutz Kissufim gelöst. Kissufim liegt unmittelbar an der Grenze zum in ägyptischen Händen sich befindlichen Gazastreifen, über den hinweg man mit bloßem Auge das Mittelmeer sehen kann. Auch hier ist alles primitiv, aber doch schon erheblich wohllicher. Die Landwirtschaft wird in Kissufim in großem Stil betrieben, es gibt eine moderne Viehzucht, Orangenplantagen, Weizenfelder. Hier ist die Arbeit wohl auch hart, aber der ganze Betrieb ist geregelt. Normalerweise arbeitet niemand mehr als 8 Stunden am Tag. Ein alter „Instruktor“, den ein großes, berühmtes und sehr reiches Kibbutz dem jungen Kissufim geschickt hat, berät den Vorstand.

Die persönlichen Differenzen, falsches Benehmen der einzelnen, Ehebruch oder ständiger Wechsel der „Lebens“-gefährten, die man zunächst in einer unbeaufsichtigten Gruppe junger Menschen vermutet, kommen sehr selten vor. Die Moralbegriffe der Gemeinschaft sind streng, und wenn es auch praktisch an Strafmöglichkeiten fehlt, so kann doch fast jeder Disziplinverstoß friedlich (ohne Ausschluß des betreffenden Chawer oder der betreffenden Chawera) gereget werden.

Für vier Tage arbeitete ich in einem Kibbutz im Landesinnern, wo ich in dem riesigen Entenstall eine nützliche und befriedigende Beschäftigung fand. Dieses Kibbutz war ein wohlhabendes Unternehmen, es besaß mit einem anderen Kibbutz zusammen eine große Marmeladen- und Fruchtsaftfabrik, seine Ländereien waren fruchtbar, und die Chawerim führten bereits ein Leben, das mit dem des europäischen Bauern bequem konkurrieren kann. Ja, ich möchte sagen, nur wenige Bauern können sich das Leben der Bewohner „meines“ Kibbutz leisten. Der Junggeselle hat ein hübsch eingerichtetes Zimmer (selbstverständlich mit Radio), Duschraum und WC für sich. Je zwei solcher Junggesellenwohnungen und zwei Verheiratetenwohnungen (zwei Zimmer etc.) bilden ein in einem schön gepflegten Garten liegendes niedriges Häuschen. Das im großen und luftigen Speisesaal servierte Essen ist sehr gut; die Bibliothek enthält Tausende von Büchern in allen Sprachen der Welt sowie zahllose Zeitschriften. Abends gibt es, wenn man bei einem Chawer eingeladen ist, Kaffee und Kuchen, manche haben schöne Plattenspieler mit vielen Platten oder auch eigene Bibliotheken, woran man erkennt, daß auch ein „Taschengeld“ an jeden Chawer ausgezahlt wird. Es wird darauf geachtet, daß möglichst jeder einen freien Tag in der Woche hat. Die Kinder leben — wie übrigens in den meisten Kibbutzim, wenn auch keinesfalls in allen — nicht bei den Eltern. Sie sind ihren Altersgruppen entsprechend unter Aufsicht in den Kinderhäusern untergebracht und erfahren eine ausgezeichnete, fachkundige Betreuung. Die Schulen in den Kibbutzim sind sehr gut und führen die Jugendlichen bis zum Abitur. Daneben wird versucht, in den Kindern schon früh das Verhältnis zur Landwirtschaft zu wecken, indem man ihnen erlaubt, kleine Landstücke selbst zu bebauen und auf einem kleinen Hof selbst Vieh zu halten. Die Jugendlichen werden von 14 Jahren an auch zur Arbeit auf dem Felde angehalten, aber höchstens vier Stunden am Tag. Die Schule hat Priorität gegenüber der Arbeit. In der Schule spielen die naturwissenschaftlichen Fächer eine besondere Rolle. Obwohl die Kinder von der Geburt an nicht bei den Eltern wohnen, ist eine sehr enge Beziehung zwischen Eltern und Kindern festzustellen. Die Eltern holen die Kinder nach Arbeitsschluß im Kinderhaus ab und verbringen den Nachmittag und — je nach dem Alter der Kinder — auch den Abend mit den Kindern. Nach dem Abendessen werden die kleineren Kinder von ihren Müttern oder Vätern in das jeweilige Kinderhaus geleitet und dort ins Bett gebracht. Da die Eltern mit ihrem Haushalt keine besondere Mühe und Sorge haben (das Essen wird gemeinschaftlich in dem großen Speisesaal eingenommen, in dem die Chawerim turnusgemäß Dienst haben, die Wäsche wird in der Wäscherei gewaschen, in der Schneiderei geflickt), können sie sich ihren Kindern in der Freizeit intensiver widmen.

Intellektuelle Bauern

In den Kibbutzim lebt nur eine Minderheit der Bevölkerung Israels. Die Chawerim sind fast ausnahmslos Juden europäischer Herkunft und gebildete Leute. In den jungen Kibbutzim leben die Kinder gebildeter europäischer (oder amerikanischer) Eltern. Der frühere Handwerker, der Bauer, der primitive Einwanderer aus Marokko und Osteuropa ist in dem Kibbutz nicht zu finden. Soweit diese Menschen auf dem Land arbeiten, wählen sie nicht die Gemeinschaftsform des Kibbutz; sie gehen auch nicht an die Grenze oder in die Wüste. Das Kibbutz ist daher tatsächlich der Sammelpunkt der israelischen Elite. Die Juden, die Theodor Herzl und den Aufrufen des Zionismus folgten, sich in Palästina eine Heimstadt zu gründen, sowie diejenigen, die nach der Balfour-Deklaration im Jahre 1917, als die siegreichen Engländer und Franzosen das ehemals türkische Palästina den Zionisten als Heimstatt anboten, in das heutige Israel kamen, waren vorwiegend gebildete junge Leute, die die zionistischen Gedankengänge begriffen hatten. Die meisten von ihnen wußten nichts von Landwirtschaft. Es gab zwar in Europa landwirtschaftliche Schulen für diese jungen Zionisten, und manche von ihnen haben diese Schulen besucht. Diese Menschen siedelten sich in der Kibbutzform an, weil sie in dem fremden Land aufeinander angewiesen waren, und weil der Boden fast überall erst urbar gemacht werden mußte. (Das fruchtbare Land wurde bereits von Arabern bewirtschaftet und stand den Einwanderern daher nicht zur Verfügung.) Als dann durch die nationalsozialistischen Verfolgungen die Einwanderung nach Israel zunahm und auch Menschen dort eine Zuflucht suchten und fanden, die aus freien Stücken niemals nach Palästina gegangen wären, da ergab es sich von selbst, daß die

Intellektuellen, die in großer Zahl kamen und in Israel keine Beschäftigung in ihren früheren Berufen finden konnten, sich den bereits vorhandenen Kibbutzim anschlossen oder neue Kibbutzim gründeten. Sie verstanden ja nichts von der Landwirtschaft und konnten daher sowieso nur in Gemeinschaft mit gelernten oder angelernten Landwirten tätig werden, als Bauern auf dem eigenen Hof zu leben war schon wegen ihrer mangelnden Vorbildung unmöglich. Im Kibbutz versorgt der ehemalige Rechtsanwalt die Enten, der frühere Rabbiner melkt die Kühe, die frühere Justizratsgattin kocht für 150 Personen das Mittagessen. Viele von ihnen empfinden für ihre frühere Tätigkeit jetzt eine gewisse Verachtung und überschätzen die bäuerliche Handarbeit außerordentlich. Ob nun die Verachtung, mit der mancher Chawer von der Arbeit der Journalisten, Juristen usw. spricht, wirklich daher rührt, daß er selbst in der körperlichen Arbeit mehr Befriedigung findet, oder ob da noch andere Gründe mit im Spiel sind, ist nicht leicht zu beurteilen. Es fällt jedenfalls auf, daß die antisemitische These, die Juden seien intellektuell und scheuten redliche Handarbeit, von der Kibbutzbewegung insoweit aufgegriffen worden ist, als man nur redliche Handarbeit anerkennt und Menschen, die in Israel Handel treiben oder berufsmäßig nachdenken, nicht so schätzt, wie sie es bei objektiver Betrachtung verdienen.

Ein Hotelier, der früher in Deutschland Rechtsanwalt war und sich vom Kellner heraufgearbeitet hat, dem der Staat Israel wegen seiner Förderung des für den Staat äußerst lukrativen Fremdenverkehrs viel verdankt, erzählte mir nicht ohne eine gewisse Verbitterung, daß nur die Leistung des hemdsärmeligen Kibbutznikers gewürdigt werde. Er wolle ein Buch schreiben „Chaluz im Frack“. „Chaluz“ heißt „Pionier“, und mein Gewährsmann glaubt eben zu Recht, daß Pioniere im Aufbau des Staates Israel nicht unbedingt Schafe hüten müssen und keine Krawatten besitzen dürfen.

Ihrer akademischen und intellektuellen Herkunft fühlen sich aber die Kibbutzim insoweit verpflichtet, als sie keine Ausgabe scheuen, ihre Kinder ordentlich auszubilden. Die Schulen, meist mit zwölf Klassen für etwa hundert Kinder, belasten den Etat des Kibbutz außerordentlich. Es denkt aber selten jemand daran, an dieser Stelle zu sparen. Gerade die Kibbutzim haben einen besonderen Anteil an der Schaffung eines israelischen Volkes; denn nur in den Kibbutzim wurde von Anfang an einigermaßen konsequent hebräisch gesprochen. Wenn auch die eingewanderten Chawerim sich untereinander noch oft in der Sprache ihres Herkunftslandes unterhalten, so haben sie doch hebräisch gelernt und ihren Kindern eine einwandfreie hebräische und israelische Ausbildung angedeihen lassen. In den Städten und Ortschaften findet man im Gegensatz dazu Familien, in denen die Kinder ganz in der Weise erzogen werden, in der ihre Eltern in Berlin, Prag, Warschau oder Frankfurt aufgewachsen sind.

Ideales Übergangsstadium

Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Kibbutzim in Israel in mehrfacher Hinsicht eine bedeutende Aufgabe erfüllen: Sie sichern das Land. Sie gewinnen neues Land in der Wüste. Sie haben zahllosen entwurzelten Flüchtlingen aus den intellektuellen und geistigen Berufen ein neues, befriedigendes Leben geboten. Sie haben ihre Kinder zu „Israelis“ erzogen. Das Kibbutz ist bis jetzt die einzige Form, in der man Projekte solcher Schwierigkeit in größtmöglicher persönlicher Freiheit durchführen kann. Es fragt sich aber, ob das Kibbutz, eine so schöne und erfolgreiche Erfindung, auch in einer Gesellschaft seinen Platz hat, die das Land nicht mehr vor Überfällen sichern muß, die über eine Armee verfügt, die die Grenze verteidigen kann, und die die Wüste, soweit das möglich ist, erschlossen hat. Schon heute stellt sich der Chawer im Landesinnern diese Frage. Es macht einen etwas peinlichen Eindruck, wenn der Direktor einer großen Fabrik, der viel ins Ausland reist und morgens von seinem Chauffeur abgeholt wird, mit seiner Familie im Kibbutz lebt. Er gibt sein Einkommen natürlich ab, aber er lebt nicht mehr das Leben eines Pioniers. Man sieht nicht recht ein, warum die Kinder in Kinderhäusern leben müssen, warum jeder gleichviel Zimmer haben muß, warum jeder den gleichen Arbeitsanzug trägt, warum jeder immer in der Kantine essen muß und sich nicht auch einmal sein Essen zu Hause kochen kann, wenn einmal ein gewisser Grad an Luxus erreicht ist, wie das heute in Givat Brenner, Degania (dem ersten Kibbutz des Landes, 1911) und anderen Kibbutzim der Fall ist. Warum sollen diese Landarbeiter nicht in ihren individuellen Häusern leben, warum nicht ihre Kinder bei ihnen wohnen? Warum soll nicht jeder das Geld, das er verdient, so anlegen können, wie er es will? Auf diese Fragen bleiben die Chawerim die Antwort schuldig. Freilich nicht alle. Manche, die in einem solchen Kibbutz leben, empfinden den Widerspruch zwischen dem Ideal und der Wirklichkeit. So erklärte ein Lehrerehepaar, das in einem der wohlhabenderen Kibbutzim in einer gepflegten Atmosphäre wohnte, sie seien noch nicht alt und wollten deshalb in ein junges Kibbutz in der Wüste. Auf die Idee, außerhalb eines Kibbutz' zu leben, waren sie nicht gekommen, aber es war ihnen klar, daß das Kibbutz und der Chawer an die — politische oder zivilisatorische — Grenze gehört. Während der Israeli, der nicht im Kibbutz lebt, wie jeder andere Mensch sich um seine Familie kümmern muß, im tagtäglichen Lebenskampf steht, führt der Chawer eines gesicherten Kibbutz ein sorgloses Leben.

Es ist nur zu verständlich, daß die Menschen, die in der Wüste ein Kibbutz errichtet und es durch Entbehrungen und Gefahren zu einem rentablen und wohlhabenden Unternehmen gemacht haben, nichts davon wissen wollen, daß jetzt für ihr Kibbutz die Zeit der völligen „Verdörflichung“ gekommen ist. Sie hängen an ihrer Idee, für die sie gelebt haben und leben, obwohl sie einsehen müssen, daß mit jedem neuen wirtschaftlichen Erfolg zwangsläufig die kibbutzische Gemeinschaft mehr und mehr zerfällt.

Der Besucher Israels steht aber — gleichgültig wie er zur Zukunft der Kibbutzidee eingestellt ist — in fassungslosem Staunen vor der fast unglaublich erscheinenden Leistung der Pioniere (ohne Frack), der Chawerim in den Kibbutzim, die, überwiegend aus akademischen Berufen und aus Europa stammend, meist in ständiger Bereitschaft, feindliche Überfälle abzuwehren, trostloses und steinigtes Wüstenland in Felder, Weiden und Orangenplantagen verwandelt haben und verwandeln. A. Böhm

Politische Stipendien

Nach dem Zusammenbruch hat sich in Mitteldeutschland keine wohlhabende Mittelschicht bilden können. Im Gegenteil wurde auch der letzte Rest an Besitz direkt oder indirekt, durch überhöhte Besteuerung, enteignet. Eine Folge davon ist, daß praktisch keiner in der SBZ ohne staatliche Unterstützung studieren kann, denn es gibt keinen elterlichen Wechsel mehr. Durch eigene Arbeit kann man sein Studium, das ja nicht weniger kostet als in Westdeutschland, nicht finanzieren. Die Löhne sind gering, sowohl absolut als auch im Verhältnis zu den Preisen. Es bleibt also nur der Weg über Staatsstipendien. Pankow hat im Jahre 1956 107 Millionen an Stipendien ausgeworfen, und von 10 Studenten bekamen 9 staatliche Unterstützung.

Für die Vergabe von Stipendien gilt jetzt die Stipendienverordnung vom 1. 6. 1956, die mit Beginn des Studienjahres 1956/57 in Kraft getreten ist. Nach ihr können Stipendien bekommen: Arbeiter und deren Kinder, Kleinstbauern und Mitglieder der sowjetzonalen Kolchosen (LPG), andere Werktätige (das bedeutet kleinere Angestellte vor allem in der „volkseigenen“ Wirtschaft), Angehörige der schaffenden Intelligenz, Personen, denen auf Grund der Gesetze und Verordnungen eine besondere Förderung zugesichert ist (Nationalpreisträger, Inhaber des Karl-Marx-Ordens usw.), und Voll- und Halbwaisen. Hier nicht genannte Personenkreise haben keine Aussicht, ein Stipendium zu bekommen. Als Stichtag wurde der 8. 5. 1945 festgelegt. Das führt z. B. zu folgender Konsequenz: Ein Student, dessen Vater am 8. 5. 1945 Arbeiter war, dann Funktionär wurde und jetzt ein Einkommen von monatlich 1000 Mark bekommt, erhält ohne weiteres ein Stipendium. Ein anderer Studentenvater war am Stichtag Unternehmer, er wurde im Laufe der nächsten Jahre enteignet und ist jetzt Arbeiter mit einem Einkommen von nur 200 Mark im Monat. Dieser hat keine Aussicht auf ein Stipendium für seinen Sohn, denn er gilt nicht als Arbeiter. Es werden also weitgehend jene Personengruppen berücksichtigt, die schon bei der Zulassung bevorzugt wurden.

Ist schon eine starke politische Auswahl bei dem Kreis der Stipendienempfänger festzustellen, so wird dies in den Voraussetzungen für die Stipendiengewährung noch stärker sichtbar. Stipendien können gewährt werden, wenn der Stipendiat

- fest zur Arbeiter- und Bauernmacht in der SBZ steht und das Volkseigentum achtet und schützt;
- innerhalb und außerhalb der Ausbildungsstätte aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnimmt;
- alle Maßnahmen zur Sicherung und zum Schutz der SBZ aktiv unterstützt;
- eine gute Studiendisziplin zeigt und den Zwischenprüfungen voll entspricht.

Jedes Jahr im Herbst werden die Studenten aufgefordert, freiwillige Erntearbeit vor allem auf den schlecht bewirtschafteten LPGs zu leisten. Für diese Arbeiten wird ein bescheidener Lohn versprochen, aber nur selten ausgezahlt. Daher ist der Andrang nach dieser Art von Ferienbeschäftigung nicht groß. Das System hilft dann mit etwas Zwang nach — durch die Androhung der Entziehung des Stipendiums. Eine derartige Maßnahme ist völlig legal und in den Stipendienrichtlinien vorgesehen. Danach kann das einmal gewährte Stipendium ganz, teilweise oder auf Zeit entzogen werden, wenn der Stipendiat nicht mehr die geforderten Bedingungen erfüllt. Zu diesen Bedingungen gehören nicht nur Ernteeinsätze, sondern auch Propagandatätigkeit im Rahmen der Nationalen Front.

Über die Gewährung eines Stipendiums entscheidet eine Stipendienkommission. Ihr gehören unter anderen an: der Kaderleiter (SED), ein Vertreter der FDJ und ein Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung. Diese drei, die zusammen die Mehrheit der Stimmen haben, wachen darüber, daß kein „Staatsfeind“ ein Stipendium bekommt. Die Berechnung des Stipendiums

wurde mit der jetzt gültigen Stipendienverordnung vereinfacht, ist aber auch jetzt noch recht umständlich. Das Grundstipendium beträgt für die drei Gruppen: Vollwaisen, Arbeiter und deren Kinder sowie Kleinstbauern und deren Kinder 150 Mark monatlich, alle anderen bekommen 100 Mark. Auf dieses Grundstipendium wird für Berlin ein Ortszuschlag von 15 Mark monatlich gezahlt. Das Leistungsstipendium wird ebenfalls als Zuschlag zum Grundstipendium gezahlt und beträgt für sehr gute Leistungen 60 und für gute Leistungen 30 Mark monatlich. Nach den Stipendienrichtlinien dürfen jedoch nur 10% aller Stipendienempfänger ein Leistungsstipendium für sehr gute Leistungen und nur 30% eins für gute Leistungen bekommen. Die Zensuren müssen entsprechend manipuliert werden, aber diese Beurteilung ist nicht entscheidend, weil die Vergabe der Leistungsstipendien fast ausschließlich nach dem Grad der gesellschaft-

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts lebte an der Universität Oxford ein Dozent, der besonders gute Beziehungen zu den umliegenden höheren Schulen hatte. Er vermittelte deshalb an diese Schulen jüngere Lehrkräfte, die bei ihm als Studenten ihr Examen gemacht hatten. Diese Praxis sprach sich bald herum, so daß aus fast ganz England die Leiter der höheren Schulen sich wegen ihres Lehrernachwuchses an Oxforder Dozenten wandten. Das war der Anfang einer Stellenvermittlung für Studenten. Allerdings bedurfte es noch einiger Jahrzehnte, bis nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Stellenvermittlung für Jungakademiker zu einer festen Einrichtung der englischen Universitäten wurde.

Hier kann nicht untersucht werden, wie weit diese Stellenvermittlung durch die Vollbeschäftigung in England bedingt ist. Natürlich erstreckt sich die Vollbeschäftigung auch auf die höheren Berufe, wenn man sie von oben her zum Prinzip erhoben hat. Außerdem wird die Entwicklung der Zahl der englischen Studenten ihren Einfluß auf die Stellenvermittlung gehabt haben. Seit dem Jahre 1951 lag der Jahresdurchschnitt an Studenten in England etwa bei 85 000. Der Zustrom zu den englischen Universitäten blieb diese Jahre hindurch konstant, während er in Westdeutschland im gleichen Zeitraum immer größer wurde.

Die 85 000 Studenten, der englischen Universitäten sind in kleinen überschaubaren Gruppen gegliedert. Das Zahlenverhältnis zwischen Dozenten und Studenten liegt viel günstiger als bei uns. Obwohl keine amtlichen Vorschriften über einen numerus clausus bestehen, nimmt in England keine Fakultät mehr Studenten auf als sie verantworten kann. In vielen Orten konnte man z. B. ein emsiges Bauen von Instituten, Bibliotheken usw. beobachten, ohne daß in den bisherigen Räumen auch nur annähernd das Gedränge herrschte, wie wir es in Frankfurt gewohnt sind. Erst wenn die Gebäude fertig sind, werden diejenigen immatrikuliert, die dort einen Platz haben sollen. Die Stellenvermittlung für Studenten wird durch solche Maßnahmen erleichtert; denn man baut in der Regel erst neue größere Institute, wenn wiederum die Nachfrage nach Akademikern entsprechend zugenommen hat.

Im ganzen gesehen werden in England mehr Jungakademiker gebraucht als die Hochschulen ausbilden können. — Den westdeutschen Besucher überrascht außerdem, wie weit man in England vom Spezialistentum entfernt ist. Fast die Hälfte der Studierenden der Kulturwissenschaften (Sprachen, Geschichte, Philosophie usw.) gehen in Industriestellungen. Sie haben zwar noch eine zwei- bis dreijährige Ausbildung vor sich, können später aber, wie viele Beispiele zeigen, in fast allen Stellungen mit den Kollegen der anderen Fakultäten konkurrieren. Nur ein kleiner Teil unumgänglicher Spezialisten ist von dieser Regelung ausgenommen. Alles dies erleichtert natürlich die Arbeit einer solchen Stellenvermittlung, die gleichzeitig eine Berufsberatungsstelle ist.

Gewöhnlich geht ein Student zu Beginn des letzten Studien-

lichen Betätigung erfolgt. Nach diesen Stipendiansätzen kann also ein Student im Höchstfall 240 Mark im Monat bekommen, der Mindestsatz beträgt 100 Mark.

An jeweils 200 Studenten und Fachschüler wird einmal im Jahr, am 3. Januar, das „Wilhelm-Pieck-Stipendium“ verliehen. Es wird im Gegensatz zu den normalen Stipendien für die Dauer des Studiums verliehen und beträgt 300 Mark. Bedingung ist, daß sich der Kandidat politisch besonders bewährt hat. Es ist ausschließlich eine Auszeichnung für besondere Linientreue; die fachlichen Leistungen sollen zwar mitberücksichtigt werden, jedoch lehnen die Beobachtungen, daß es damit nicht sehr weit her ist. Kurz vor dem Volksaufstand im Juni 1953 wurde an die ersten hundert das „Karl-Marx-Stipendium“ „für besondere Leistungen und besondere Erfolge bei der Aneignung des Marxismus-Leninismus und seine Anwendung im Fachstudium“ verliehen. Es wird ebenfalls für die Dauer des Studiums gegeben und bringt dem Träger neben einer öffentlichen Belobigung 450 Mark monatlich ein.

Hermann Müller

Jungakademiker zum Ladenpreis

jahres zu dem Sekretär des Appointment Board. Er füllt eine kleine Karteikarte aus, gibt seine Berufswünsche an; dann folgt eine längere Aussprache mit dem Sekretär. Dem Studenten werden Berufsmöglichkeiten in den verschiedensten Sparten, wie Schule, Industrie, Staatsverwaltung usw., erklärt, auch kann er ein reichhaltiges Material von Statistiken und Druckschriften einsehen. Werden Bewerber von Firmen getestet, so berät der Sekretär häufig seine Besucher und erklärt ihnen sogar, worauf bei diesen Testen am meisten Wert gelegt wird. Der ersten Aussprache können weitere folgen.

Nach dem Examen muß der Besucher sich endgültig für einen bestimmten Beruf entscheiden. Der Sekretär des Appointment Board hat inzwischen von dem Ergebnis der Prüfung Kenntnis genommen, sehr häufig liegt ihm auch eine Beurteilung von einem Professor oder Tutor vor. Er geht nunmehr daran, unter den vielen Stellenangeboten diejenigen auszusuchen, die für den Bewerber in Frage kommen. Der Student hat die Wahl. Er bewirbt sich bei mehreren Firmen und nimmt schließlich eine Stellung an. Vom Appointment Board aus wird gleichzeitig die Firma benachrichtigt, vielleicht schickt sie sogar eine kurzgefaßte Beurteilung des Bewerbers. Man sehe hierin nicht eine falsche Information, denn fast immer beurteilt der Dozent seinen Schüler besser als die Firma dies nach Monaten tut.

Es ist schon vorgekommen, daß namhafte Firmen keine Bewerbung mehr erhielten, da die Appointment Boards die Studenten über die schlechten Arbeitsbedingungen oder die schlechten Aufstiegsmöglichkeiten aufklärten. Die ganze Arbeitsvermittlung ist freiwillig. Die Mediziner z. B. bedürfen der Arbeitsvermittlung überhaupt nicht, da sie sich fast sämtlich bei dem staatlichen Gesundheitsdienst um eine Anstellung bewerben.

Entweder fordern die Firmen ihre Bewerber bei den Universitäten an, oder die Appointment Boards fordern Stellenangebote an. Das ganze Verfahren hat einen pragmatischen Charakter; man folgt den Bedürfnissen der Studenten und der Industrie oder der Behörde. In Oxford z. B. bemüht sich der Sekretär des Appointment Board darum, den weiteren Werdegang seiner Studenten zu verfolgen. Er weiß dann, welche Aufstiegsmöglichkeiten sich in der Praxis ergeben haben, welche menschlichen Fähigkeiten und welches Wissen hierzu erforderlich waren, was ihm hilft, die jungen Bewerber eingehender zu beraten. Die Firmen haben die Möglichkeit, sich gleichzeitig an mehrere Universitäten zu wenden und unter den Bewerbern verschiedener Universitäten zu wählen. Man scheut nicht diese doppelte Arbeit, weil man meint, daß nur so die größtmögliche Freiheit in der Vermittlung gewährt werden kann.

Die Appointment Boards sind Einrichtungen der Universitäten, erhalten ihre Mittel also von der Universität. Sie gehören nicht zu den auch in England existierenden Arbeitsämtern, die ein Akademiker dann aufsuchen muß, wenn er seine Stellung wechseln will. Es besteht ein freundliches Verhältnis zwischen der Arbeitsverwaltung und den Appointment Boards. Gerh. Kath

Wir vermitteln

unverbindlich, individuell und kostenfrei
Stellen für

Ärzte und Zahnärzte
Apotheker und Chemiker
Diplom-Physiker
Diplom-Mathematiker
Juristen
Diplom-Kaufleute
Diplom-Volkswirte

Interessenten werden gebeten, sich unmittelbar in Verbindung zu setzen mit der

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Frankfurt am Main
Eschersheimer Landstraße 1-7



STADTWERKE
FRANKFURT AM MAIN

*Wer klug ist,
läßt sich helfen*

Die elektrischen Geräte sind die
Heinzelmännchen unserer Zeit.
Sie erleichtern das Leben und
bereiten jahrelang immer wieder
von neuem Freude. Darum:

*Mach dir's leichter
mach's elektrisch*

Studierende

erhalten die

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“

als Abholabonnement

zum monatlichen

Sonderpreis von DM 3,-

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Entgegennahme der Bestellung

und Alleinauslieferung

für Studenten durch

PETER NAACHER

Buchhandlung und Antiquariat

für Universitätswissenschaften

Frankfurt a. M., An der Bockenheimer Warte

Hochschulnachrichten

Katholische Studentengemeinde

Gottesdienste

Ab 13. Januar 1958, jeden Sonntag um 10 Uhr in der Kapelle des Studentenhauses.

Hochschulabende

Vortragszyklus des Studentenfarrers: „Die Botschaft der Bergpredigt“

Mittwoch, 8. Januar: „Die Frau“

Mittwoch, 22. Januar: „Das Geld“

jeweils um 19.15 Uhr in der Kapelle des Studentenhauses.

Sonstige Veranstaltungen

Montag, 13. Januar: Offener Abend des Studentenfarrers (Raum 109 des Studentenhauses).

Evangelische Studentengemeinde

Gottesdienste

Dienstag, 7. Januar, 7.30 Uhr: Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.

Mittwoch, 8. Januar, 7.00 Uhr: Missa für Mediziner in der Rektorskapelle des Städtischen Krankenhauses, Ludwig-Rehn-Straße 7.

Donnerstag, 9. Januar, 19.15 Uhr: Abendmesse in der Kapelle des Studentenhauses.

Freitag, 10. Januar, 7.00 Uhr: Gemeinschaftsmesse in der Kapelle des Studentenhauses.

Exerzitien für Studenten: Donnerstag, 19. Dezember (Anreise bis 18 Uhr) bis Montag, 23. Dezember (Abreise bis 10 Uhr) in Hofheim (Taunus). Leiter: P. Dr. Günter Soballa SJ, Jakobsheim bei Bingen (Rhein).

Exerzitien für Studentinnen: Donnerstag, 19. Dezember (Anreise bis 18 Uhr) bis Montag, 23. Dezember (Abreise bis 10 Uhr) in Limburg (Lahn), Exerzitienhaus der Pallottinerinnen. Leiter: P. Dr. Herbert Kollé SJ, Bad Godesberg (Rhein).

Unterkunft in Einzelzimmern. Kosten für Unterkunft und Verpflegung 10,— DM. In Härtefällen Ersatz des Fahrpreises.

Skilager: Donnerstag, 26. Dezember (Abfahrt 18 Uhr) bis Dienstag, 7. Januar (Rückkunft 7 Uhr): Skilager in Österreich (Dachsteingebiet), Pichlmayrgut in Pichl/Enns (Oststeiermark). Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung 95,— DM sowie 13,— DM für Unfallversicherung.

Selbstverwaltung

10 polnische Flüchtlingsstudenten sind bisher in der Bundesrepublik registriert worden. Die Kommilitonen befürchten eine Gefahr für ihre Freiheit. Im Zusammenhang mit dem Verbot der polnischen Studentenzeitung Po Prostu erschien ihnen ein weiterer Aufenthalt in ihrer Heimat gefährlich. Gegenwärtig bemüht sich das Sozialamt des Verbandes Deutscher Studentenschaften für sie um die Zahlung einer Eingliederungsbeihilfe. Später sollen sie in das Honnefer Förderungsmodell eingegliedert werden.

Vom 16.—19. Dezember findet in Königstein (Taunus) das erste vorbereitende Seminar zum kommenden Deutschen Studententag statt. Zu diesem vorbereitenden Treffen sind aus Frankfurt Dr. Koberg (St. Georgen) und Hermann Schmitt (UNI Frankfurt) eingeladen. Der Studententag selbst ist vom 1.—4. Mai in Karlsruhe. Er steht unter dem Arbeitsthema: „Innere Problematik einer Hochschulreform.“ An diesem Studententag nehmen 700 Studenten teil, die vom VDS persönlich eingeladen werden.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat das Bundesinnenministerium 40 Mill. DM zur Förderung nach dem Honnefer Modell in den Haushaltsansatz des kommenden Bundeshaushaltes aufgenommen. Die studentischen Forderungen sind im Augenblick noch nicht bekannt. Sie gründen sich auf die Erfahrungen bei der Vergabe in diesem Semester. Wie der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studenten, Heinrich Wittneben, mitteilte, rechnet er, nach völligem Einlaufen der Förderung, mit einem Bedarf von rund 60 bis 70 Millionen DM.

Nicht demontierten Berichten zufolge wird der Leiter des Amtes für Gesamtdeutsche Studentenfragen, Spangenberg, in Kürze den Verband verlassen. Der Vorstand des VDS hatte Spangenberg gekündigt, dieses aber rückgängig gemacht, nachdem in einer Güterverhandlung ersichtlich wurde, daß Spangenberg in nächster Zeit zurücktrete. Diese Versicherung soll dem Verband nunmehr schriftlich vorliegen.

Gekündigt wurde ebenfalls vom Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften seinem Pressereferenten K. A. Meyer. Die Kündigung erfolgte zum 31. Dezember 1957. Die freierwerdende Stelle wurde in der Tagespresse ausgeschrieben.

Es ist möglich, daß in nächster Zeit ein Modellprozeß gegen die Universität Frankfurt über die Begrenzung des Hessenerlasses auf eine bestimmte Semesterzahl geführt werden wird. Kenner der Materie sind der Auffassung, daß die Universität in dieser Frage zwar großzügig verfahren sei, sich aber trotzdem im Gegensatz zur Hessischen Verfassung befindet, welche die Unterrichtsgeldfreiheit für das Studium gewährt. Die Hessische Verfassung mache überhaupt keine Vorbehalte. Wenn die Universität gegen das Scheinstudium vorgehen wolle, müsse sie sich anderer Mittel bedienen.

Rühriger AStA

Hoffnungsvoller Start zur Selbstverwaltung

Gleich zu Beginn seiner Amtstätigkeit hat der neue Frankfurter AStA erstaunlich viele Initiativen entfaltet. Geschäftig sieht man die Vorstandsmitglieder und die Referenten in ihren Diensträumen bei der Arbeit. Schließlich mußte die in den Ferien unerledigt gebliebene Arbeit nachgeholt werden. Außerdem häufen sich automatisch zu Semesterbeginn die Anliegen der Studenten. So standen zum Beispiel die Differenzen mit dem Filmstudio (siehe DISKUS, Heft 8) mit Vorrang auf der Tagesordnung. Der AStA bemühte sich in diesem Falle um eine gütliche Regelung. Es ist sein Verdienst, daß ein Vertrag zustande kam, der dem Standpunkt der Selbstverwaltung voll Rechnung trug, aber auch, das sei hier betont, dem Filmstudio die Zustimmung erleichterte. Demnach zahlt die Studentenschaft in Zukunft einen Pauschalbetrag von 1000 DM (früher waren es 0,15 DM pro Student) für die Herstellung einer Monats- oder Semesterschau. Der AStA behält sich das Vorschlagsrecht für die Auswahl der Themen dieser Semesterschau vor. Bei nicht ordnungsmäßiger Abrechnung kann er seinen finanziellen Zuschuß sperren. Die bisherige Sperrung des Zuschusses an das Filmstudio, wobei es sich um den Beitrag von zwei Semestern handelt, wurde aufgehoben. Die Hälfte der Mittel wurde bereits dem Filmstudio übergeben. Der Rest folgt nach Unterzeichnung der nun geschlossenen Vereinbarung.

Der AStA denkt daran, einen Filmreferenten zu bestellen, der eine Mittlerfunktion zwischen AStA und Filmstudio ausüben soll. Durch diese Regelung wurde offiziell das gute Einvernehmen zwischen Filmstudio und AStA wiederhergestellt. Die bisher auch von persönlichen Mißverständnissen getrübe Atmosphäre wurde zugunsten aller Beteiligten bereinigt.

Große Sorge bereitet der Selbstverwaltung immer noch der

werden. Der AStA hat die Fraktionen des Frankfurter Stadtparlaments von seinen Bedenken gegen die geplante Erhöhung der Tarife für Studenten unterrichtet. Die Fraktionsvorstände erklärten sich bereit, diese Frage zu prüfen. Der Hinweis, daß durch die Förderung nach dem Honnefer Modell sich die soziale Lage der Studenten entscheidend gebessert habe, konnte insofern entkräftet werden, als der AStA nachwies, daß bei der Planung der Studentenförderung folgende Richtsätze beachtet wurden: für Miete 40,— DM, für Straßenbau 7,— DM. In Frankfurt jedoch liegen die Mieten für Studentenzimmer durchschnittlich bei 80,— DM, die Straßenbahnnetzwerke kostete immer schon 12,— DM.

Gegen die Stimme des Vorsitzenden beschloß der AStA, auch



im kommenden Jahr das Faschingsfest Quartier Latin durchzuführen. Als Termin wurde die zweite Februarwoche genannt. hs.

Professor Edelhagen?

Der Musiker Kurt Edelhagen wird in diesem Wintersemester an der Kölner Musikhochschule eine Vorlesung über „Entstehung und Wesen der Jazzmusik“ halten. Für den Ausbau des Tonstudios der Hochschule für Musik hat der Westdeutsche Rundfunk einen Betrag von 100 000,— DM zur Verfügung gestellt. Der Lehrplan wird außerdem durch ein Seminar für Rundfunktechnik, eine Klasse für Gebrauchsmusik in Film und Funk sowie ein von Walter Friedländer geleitetes Seminar für Musikkritiker erweitert.

Das Bundesausgleichsamt teilt mit:

Auszahlung von Hauptentschädigung für Zwecke der Ausbildung

Die Erste Weisung über die Erfüllung des Anspruches auf Hauptentschädigung läßt die Auszahlung der Hauptentschädigung auch für Zwecke der Ausbildung zu. Der breiteren Öffentlichkeit sind die näheren Einzelheiten offenbar nicht bekannt geworden. Um für die Hauptentschädigungsberechtigten Nachteile durch Unterlassung rechtzeitiger Beantragung der Auszahlung zu vermeiden, werden nachstehend die wichtigsten Voraussetzungen noch einmal bekanntgegeben.

Es werden Beträge bis zu 2000 DM je auszubildende Person gezahlt, ein Betrag, der auf etwa zwei Ausbildungsjahre zugeschnitten ist.

Folgende Ausbildungsstätten kommen in Betracht: Fachschulen, Berufsfachschulen, Wohlfahrtsschulen und sozialpädagogische Ausbildungsstätten, Schulen der Landwirtschaft, des Gartenbaus und der Forstwirtschaft, Hochschulen; ferner der Vorbereitungsdienst bzw. die Fachausbildung für Ärzte, Referendare, Kandidaten der Theologie und Lehramtskandidaten.

Für Zwecke der Ausbildung an mittleren und höheren Schulen oder von Lehrlingen, Anlemlingen und Praktikanten kann Hauptentschädigung vorläufig nicht ausbezahlt werden.

Die Erfüllung des Anspruches ist frühestens dann möglich, wenn der Auszubildende bereits ein Jahr bzw. zwei Semester erfolgter Ausbildung hinter sich hat. Als auszubildende Personen kommen in Betracht: der Erfüllungsberechtigte selbst, sein Ehegatte, seine unterhaltsberechtigten Angehörigen. Die Auszahlung ist ferner abhängig von der wirtschaftlichen Lage der Hauptentschädigungsberechtigten. Dabei wird für Familien mit mehr als drei Kindern keine Obergrenze festgelegt, für Familien mit einem Kind als monatliche Einkünfte der Familiengemeinschaft 888 DM, mit zwei Kindern 1056 DM, mit drei Kindern 1216 DM.

Weitere Einzelheiten können bei dem örtlich zuständigen Ausgleichsamt erfragt werden. Dort ist auch der Antrag auf Auszahlung der Hauptentschädigung zu stellen.

Offener Brief des AStA-Vorsitzenden

Liebe Freunde der Frankfurter Studenten!

Der Allgemeine Studenten-Ausschuß der Universität Frankfurt wendet sich heute mit einer ernststen Bitte an Sie. Es geht um die Frage nach Zimmern für Studenten. Die Wohnungsnot unserer Kommilitonen ist in den letzten Jahren immer größer geworden und verlangt nach einer Lösung. Unsere studentische Zimmervermittlung hat zu Beginn eines jeden Semesters einen Bedarf von über 300 Zimmern, angeboten aber werden im Höchsthalle 150. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß viele gar nicht in das Büro der Wohnungsvermittlung kommen, weil sie wissen daß der Besuch umsonst sein wird. Nur etwa 3% aller Studenten können in Wohnheimen aufgenommen werden. Die Preise der Zimmer liegen zwischen 40 DM (z. B. in Kronberg und auch an den verschiedenen Randgebieten der Stadt) und 135 DM in unmittelbarer Nähe der Universität. Besonders von ausländischen Studenten werden oft untragbare Mieten verlangt. Der AStA Frankfurt hat alles Erdenkliche versucht, um Abhilfe zu schaffen. Er hat sich an den Rundfunk gewandt und an die Wohnungsbaugesellschaften, mit der Bitte, deren Mieter die Möglichkeit zu geben, Studenten aufzunehmen. Das scheint auch einen gewissen Erfolg zu bringen. Ein Frankfurter Geschäftsmann hat sich auf Bitten bereit erklärt, den sechsten Stock seines Hauses auszubauen und so vierzig Einzelzimmer für Studenten zu schaffen, sobald die behördliche Genehmigung dazu vorliegt. So erfreulich dies ist, es bringt aber nur wenigen Hilfe.

Deshalb wende ich mich heute an alle Freunde und Förderer unserer Universität und deren Bekanntkreis. Unterstützen Sie bitte unsere Bemühungen. Nehmen Sie, wenn es Ihnen möglich ist, einen Studenten auf, oder veranlassen Sie Bekannte oder Verwandte, dieses zu tun. Helfen Sie bitte, die dringende Not zu mildern.

Wilfried Faß
1. AStA-Vorsitzender

Gönnerin gesucht

Alte Damen lesen gewöhnlich auch die Anzeigen der Lokalzeitung bis zum letzten Buchstaben. Dort werden sie kürzlich neuen Stoff für ihr Kaffeekränzchen „Jugend von heute“ gefunden haben. Da stand ganz unauffällig zwischen „Mit wem kann ich spanisch arbeiten“ (!) und „Entlaufener Hund gesucht“ folgende unerhörte Anzeige: „Mittelloser Student sucht geeignete Gönnerin“.

Wird hier die gute Tante gesucht, die einen sonntags zum Mittag einlädt? Soll die Gönnerin ein Zimmer zum Selbstkostenpreis vermieten? Oder sucht der Kommilitone etwa eine kinderlose Schlachtermeisterswitwe mit viel Geld, großer Wohnung, Auto — und einsamen Abenden?

Die meisten mittellosen Studenten klopfen Teppiche, schreiben für andere Leute Adressen, Karteikarten und Schulaufsätze, um ihr Studium zu finanzieren. Oder sie beantragen bei Vater Staat Stipendien. Warum bitten sie nicht den einzelnen Mitbürger darum? Sie sollten das Abladen und Babysitting lassen, nicht gegen geizige Behörden kämpfen, sondern dem Beispiel ihres Kommilitonen aus Darmstadt folgen.

Postscriptum: Wer's nicht glaubt, lese es nach im „Darmstädter Echo“ vom 19. 10. 1957.

Jürgen Krieg

foto WAGNER wenn es auf Qualität ankommt
BOCKENHEIMER WARTE · RUF 771657

Mangel an Studentenzimmern. Durch ein Interview mit dem Hessischen Rundfunk und einen Offenen Brief an die Freunde und Förderer der Universität, den wir in dieser Nummer veröffentlichten, versucht der 1. Vorsitzende des AStA, Fass, die Öffentlichkeit auf diesen Uebelstand aufmerksam zu machen. Außerdem wurde schon Verbindung mit verschiedenen Wohnungsbaugesellschaften aufgenommen. Man versprach dort den Studenten, ihr Anliegen wohlwollend und großzügig zu prüfen.

Es ist bekannt geworden, daß die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung in diesen Tagen eine generelle Erhöhung der Fahrpreise für die Straßenbahnen beschließen wird. Demnach werden auch die Linien- und Netzkarten der Studenten teurer

Jahrzehntelang der Universität Frankfurt am Main verbunden steht Ihnen immer das
Haus der Bücher
Gegründet: 1909
PETER NAACHER
FRANKFURT AM MAIN
Steinweg 3 (An der Hauptwache)
mit seiner
Buchhandlung für Universitätswissenschaften
Bockenheimer Landstraße 133 (bei der Universität)
Telefon 68 76 44, 2 66 41
für Ihre Bücherwünsche zur Verfügung.
Geschenkliteratur finden Sie in reichlicher Auswahl bei uns

Die Buchhandlung für den MEDIZINER
JOHANNES ALT
Fachbuchhandlung und Antiquariat für Medizin und Naturwissenschaft
FRANKFURT A. M. - SUD 10
Gartenstraße 134 · Telefon 61993
Jetzt wieder in den erweiterten Geschäftsräumen, Gartenstraße 134, Haltestelle Hippodrom, in der Nähe der Universitätskliniken

Fahrschule
G. HIRNDORF
Frankfurt am Main
Unterrichtsraum
Koselstraße 28
Telefon 526110
wünscht
allen ehemaligen FahrSchülern
ein FROHES FEST
und
gute Fahrt in's NEUE JAHR

Fackeln und Äppelwoi

Die Fachschaft Medizin hat zu Ehren von Prof. Holtz einen Fackelzug gemacht. Damit wurde eine Tradition fortgesetzt, nach der den Professoren, die den Ruf an eine andere Hochschule ablehnen, Dankbarkeit erwiesen wird. Gewöhnlich revanchiert sich dann der Professor mit einem Umtrunk.
Bild: Marschall

Gewiß war es für die Bewohner der Frankfurter Altstadt, die an Türen und Fenstern ihrer Wohnungen drängelten, ein ebenso ungewohnter wie schöner Anblick, als am Dienstagabend, dem 26. November, ein Fackelzug mit Tschingderassa vorüberzog. Aber auch den Teilnehmern selbst machte es offensichtlich Freude. Nach altem, studentischem Brauch hatten die Frankfurter Medizinstudenten einen Fackelzug veranstaltet, um einem ihrer Professoren eine besondere Ehre zu erweisen. Der Ordinarius für Pharmakologie und Toxikologie und Direktor des Pharmakologischen Instituts, Prof. Dr. med. Peter Holtz, hat den Ruf an die Universität Köln nicht angenommen. Dafür wurde ihm von seinen Studenten ein Umzug veranstaltet, erzählten sie mir, während sie ihre Fackeln entzündeten. Ob sie das jedesmal so machten? „Nee, nur wenn einer beliebt ist.“

Vom Sachsenhäuser Ufer zogen die rund dreihundert brennenden Fackeln über den Eisernen Steg, durch die Braubachstraße und durch die Altstadt. Eine Blaskapelle machte mit schneidiger Musik unermüdlich und lautstark allen klar, daß hier etwas Besonderes los sei, während der Fackelzug mit fröhlicher Feierlichkeit, dem Anlaß angemessen, sich durch die Straßen bewegte. Und die Neugierigen drängelten sich. „Ei Sie wern entschuldiche, ei können Sie mer sache, was des eichtlich bedeude duht?“ Offenbar waren manche Leute reichlich erstaunt: ein ganz unpolitischer Fackelzug? Nanu! Ganz ohne Führer, ohne Fahne, ohne Zeichen einer Partei oder eines Standes, noch nicht einmal ein Transparent? Nein, statt all dem nur ein Strauß gelber Chrysanthemen im Arm einer Studentin.

In der Großen Fischerstraße drängten sich die knisternden Fackeln eng zusammen, wo Prof. Holtz vor seiner Haustür den Zug empfing. In einer kurzen Ansprache dankte der Sprecher der Fachschaft Prof. Holtz dafür, daß er den Ruf nach Köln abgelehnt habe. Der Fackelzug sei der Dank der Studenten an ihren Professor. In dieser Stunde, antwortete Professor Holtz, gingen seine Gedanken zurück nach Rostock, seinem früheren Tätigkeitsfeld, und vor seinem Auge vermische sich das Licht der Fackeln mit einem anderen: damals hatten die Behörden einen Fackelzug der Studenten zu seinem 50. Geburtstag verboten; aber dann habe am nächsten Morgen im verdunkelten Hörsaal während seiner Vorlesung vor jedem Platz eine Kerze gebrannt. Beide Ereignisse blieben ihm unvergessen.

Entscheidung gegen die UNI

Ein Diplomkaufmann, der an der Frankfurter Universität promovieren will, klagte vor der Dritten Kammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt am Main gegen eine Entscheidung der Universität, die ihm den Hessenerlaß für die zur Promotion noch notwendigen Semester nicht gewähren wollte.

Die Universität hat diesen Prozeß verloren. Wir veröffentlichen einen Teil der Klagebegründung, weil wir glauben, daß hier Grundsätzliches zur Schulgeldfreiheit in Hessen dargelegt wurde.
Die Redaktion

Nach der Rechtsprechung der Kammer zielt der soziale Zweck dieses Grundrechtes (Schulgeldfreiheit, die Redaktion) darauf ab, dem einzelnen durch freie Gewährung aller Bildungsmöglichkeiten die Förderung seiner Persönlichkeit, seiner beruflichen Qualifikation und damit seiner Chancen im Lebenskampf zur Erreichung einer optimalen Stellung in seinem Beruf und in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Danach fällt jedes Studium unter die Garantie dieses Grundrechtes, das zur Erreichung einer materiellen Verbesserung der Lebensbedingungen und des gesellschaftlichen Standpunktes des Studierenden geeignet und beabsichtigt ist. Im Falle des Anfechtungsklägers kann ohne Bedenken bejaht werden, daß durch die weiterhin beabsichtigte Promotion sein materielles Vorwärtkommen in der Gemeinschaft gefördert wird. Dies gilt gerade für den Beruf des Diplomkaufmanns, der im allgemeinen in der freien Wirtschaft Stellung finden wird, die erfahrungsgemäß den Doktorgrad besonders honoriert. Nachdem die Anfechtungsgegnerin den Anfechtungs-



Nach dem Lied „Gaudeamus igitur“ luden Professor Holtz und seine Gemahlin zu fröhlichem, gemeinsamem Umtrunk ein und führten mit einer Fackel in der Hand ihre 300 Gäste über den Main zurück in ein Sachsenhäuser Lokal, das natürlich zum Bersten voll wurde. Den musikalischen Rahmen gab die Blaskapelle ab; unnötig ist zu betonen, daß die Enge der Räume ihrer Lautstärke durchaus keinen Abbruch tat. Nicht ungen gehört wurde auch die Mitteilung von Prof. Holtz, der Zufuhr von Bockwürsten mit Kraut, Äppelwoi und Bier sei sowohl von seiner Seite als auch — verständlicherweise — seitens der Wirtsleute keine Grenze gesetzt. Prof. Holtz, als Toxikologe natürlich auch ein Fachmann für alkoholische Intoxikationen (nur theoretisch), wies in einer Kurzvorlesung darauf hin, daß es hier wie bei anderen Betäubungsmitteln gelte, genau die Grenze zwischen dem Exzitations- und Toleranzstadium einzuhalten, wolle man schwere Schädigungen vermeiden. Und da er demnächst in seiner Vorlesung alle Stadien der Wirkung des Alkohols im Tierversuch demonstrieren werde, sei es überflüssig, heute abend schon im heroischen Selbstversuch diese Experimente vorwegzunehmen. Später erkletterten auch andere Professoren Gegenstände, teils um zu reden, teils um die Kapelle zu dirigieren, wobei ausgesprochene Talente entdeckt wurden. Die Allgemeinheit ergab sich unterdessen meist ungestört dem Genuß von Bier und Äppelwoi, nur hin und wieder vom Singsang oder Schunkeln unterbrochen. Und beim Anblick der trinkenden, fröhlich schwatzenden Menge entrang sich der Brust eines Professors, der eben einen Reitermarsch dirigiert hatte, der Seufzer: „Wie groß wird erst der Fackelzug werden, wenn der erste Nichtordinarius sein Ordinariat ablehnt!“
K. J. Marschall

kläger auch nach seiner Diplomprüfung weiterhin zum ordentlichen Studium zugelassen hat, kann sie ihn auch jetzt nicht unter den Blickwinkel der Unterrichtsgeldfreiheit auf die Gasthöreinerichtung verweisen. Dabei kommt es nicht entscheidend darauf an, daß für die Promotion nach der Promotionsordnung nur zwei weitere Semester vorgeschrieben sind. Abgesehen davon, daß allein schon wegen der Ablehnung bezüglich dieser zwei Semester die angefochtene Entscheidung rechtswidrig und aufzuheben wären, stellt diese Bestimmung auch nur eine Mindestregelung dar, die den Doktoranden nicht hindert, zum Zwecke seiner Promotion weitere Semester zu belegen. Daß der Anfechtungskläger aber, wie die Anfechtungsgegnerin vermutet, seine Promotion nicht ernsthaft betreibe, konnte zum einen die Kammer aus der bloßen Tatsache, daß er sich 1/2 Jahr lang nicht bei seinem Professor meldete, nicht feststellen, zum andern ist dies nach der genannten Rechtsprechung der Kammer für die Frage der Unterrichtsgeldfreiheit solange unerheblich, wie die Anfechtungsgegnerin selbst formell den Anfechtungskläger weiterhin als ordentlichen Studierenden ansieht, was sich in der Aufrechterhaltung der Immatrikulation ausdrückt.

Nach alledem hat der Anfechtungskläger einen Anspruch auf Gewährung der Unterrichtsgeldfreiheit für sein weiteres ordentliches Studium der Betriebswirtschaft bis zu seiner Promotion. Die angefochtenen Entscheidungen sind daher rechtswidrig und waren aufzuheben, § 79 Abs. 1 Satz 1 VGG.

Die Verpflichtungserklärung beruht auf § 79 Abs. 3 VGG. Die Kostenentscheidung folgt aus § 124 Abs. 1, 128, 129, 132 VGG.

Am Puls gefühlt

Thema: das „einnehmende“ Wesen der Frankfurter Verkehrspolizei vor dem Hauptportal der Universität, wenn es gilt, bei festlichen Anlässen „Platz zu schaffen“. Es bleibt nicht aus, daß die Universität von Zeit zu Zeit die Öffentlichkeit bemüht. So bei Immatrikulationsfeiern oder Rektoratsübergaben. Diesmal ergab es sich nun, daß zugleich Herrn Thornton Wilder die Ehrendoktorwürde der philosophischen Fakultät verliehen wurde. So begrüßenswert dies ist, so unerfreulich waren die Konsequenzen des Ereignisses für die Kommilitonen, die an jenem Tag ihren Motorroller (oder welches Gefährt auch immer) gegenüber von dem Hauptportal abgestellt hatten.

Mit gezückten Blöcken nahnten sich ihnen Verkehrspolizisten, die reihenweise Beträge von je drei Mark kassierten. Dies mit dem schlichten Hinweis, berichtete uns ein betroffener Kommilitone, daß die Fahrzeuge verkehrswidrig parken würden. In der Tat gilt die Bestimmung, daß wegen der besseren Übersicht an Straßenecken eine bestimmte Meterzahl freizubleiben hat. Der Form nach waren also die Hüter der Ordnung völlig im Recht, wenn sie jene um drei Mark erleichterten, die unmittelbar an der Straßenecke parkten. Dennoch will diese Wahrung des Rechtes nicht froh stimmen. Denn der Mangel an Parkraum hat es zu einem Gewohnheitsrecht werden lassen, die umstrittenen Ecken zu benutzen, ohne daß an gewöhnlichen Tagen von einem Polizisten jemals ein Einwand dagegen erhoben würde. Der Parkraumangel wird noch vergrößert, weil die Mertonstraße durch eine Baustelle, wegen des nichtendwollenden Neubaus Philosophenbunker, zu einem großen Teil gesperrt ist. So kam es wohl zum „Gewohnheitsrecht“, das jedoch seinem Anspruch nicht genügt, weil über den motorisierten Kommilitonen, die gegenüber von dem Portal parken,

C. SCHAPER

KUNST- UND BAUSCHLOSSEREI
KONSTRUKTIONEN IN EISEN
BRONZE UND LEICHTMETALL

FRANKFURT A. M.

JORDANSTRASSE 33 · FERNRUF 77 44 85

ständig ein Damoklesschwert schwebt, nämlich in der Gefahr eines feierlichen Ereignisses, an dem sie ihren Tribut zu entrichten haben. Das Argument, ein Fahrzeugbesitzer könne auch schon einmal drei Mark von Zeit zu Zeit locker machen, ist zu fadenscheinig, um den bestehenden Zustand rechtfertigen zu können.

Aufgabe des ASTA oder der Universität wäre es, gegen das seltsame Kassieren von „Feiertagsbeiträgen“ Einspruch zu erheben und auf eine Klärung der undurchsichtigen Verkehrsverhältnisse zu dringen. Zum anderen müßte versucht werden, ob nicht die Parkraumnot vorläufig dadurch behoben werden könnte, daß die verwilderten Gärten gegenüber der Universität zu einem Parkplatz gemacht würden. Es ist ohnehin an der Zeit, den Komplex „Universitätsstadt“ zusammenzuschließen. Gegen die Wildnis wuchernder Sträucher und verrosteter Drahtzäune schreitet die Polizei natürlich nicht ein, obwohl gewiß eine Verordnung besteht, die auch dies mit einer Strafe belegt, seine Mitbürger solchem Anblick auszusetzen, wie er sich auch einem Thornton Wilder geboten haben mag, als er zum Portal heraustrat: nämlich jene wuchernden Sträucher und eingedrückten Drahtzäune. Die Studenten aber dürfen zahlen. - hkk-

Pressekommuniké

Am 29. November 1957 stellten in Bonn die Kultusminister der Länder fest, daß alle SBZ-Abiturienten, die bei den zuständigen Stellen um Zulassung zu einem Sonderlehrgang gebeten haben, aufgenommen worden sind. Nach der Gesamtübersicht der Länder nehmen seit Herbst 1957 insgesamt etwa 2500 Abiturienten aus der SBZ an den Sonderlehrgängen in der Bundesrepublik teil. Davon meldeten sich unmittelbar bei den Länderbehörden 1070, während durch die Vermittlung des Senators für Volksbildung in Berlin weitere 770 SBZ-Abiturienten auf die Länder verteilt worden sind; die restlichen Abiturienten besuchen Sonderlehrgänge in West-Berlin.

Die Minister waren der Auffassung, daß sich die Sonderlehrgänge als Hilfe für den Übergang der Absolventen auf die Hochschulen bewährt haben.

Es wird das Bestreben aller beteiligten Bundes- und Länderbehörden sein, durch Beseitigung finanzieller und organisatorischer Hemmnisse die Unterbringung und Förderung der Abiturienten aus der SBZ weiterhin zu verbessern.

Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt der Wochenzeitung „Die Zeit“ bei. Wir bitten um Beachtung.

Luise Pollinger

PAPIER · BÜROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG-BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenb. Landstr. 131

(nächst der Universität)

Fernruf 77 55 89

Universitätsbuchhandlung BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 (Am Goetheplatz)

Telefon: 236 33 u. 25264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Ebert-Küchenhoff-Meiß DAS AMTSGERICHTLICHE DEZERNAT

begründet von Dr. EUGEN EBERT

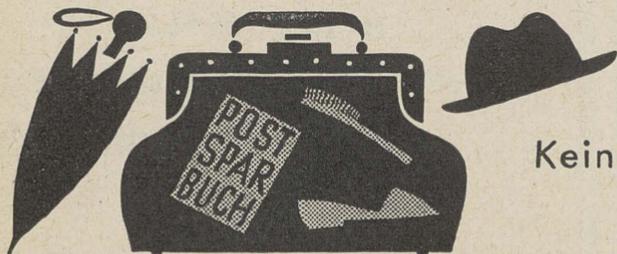
15. Auflage

Beispiele und Verfügungsentwürfe
für die gesamte amtsgerichtliche Praxis unter Anführung
der einschlägigen gesetzl. Bestimmungen und Ministerialerlasse

Das Werk erscheint in 8 Lieferungen zu je 10 Bogen zum Preise von 12,— DM je Lieferung. Das Werk kann nur als Gesamtwerk abgegeben werden.

Grundbuchwesen — Testaments- und Nachlaß-Sachen — Öffentliche Register — Rechtsstreit und Vollstreckung in das bewegliche Vermögen — Vollstreckungsschutz, Konkursverfahren, Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses — Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen — Das Strafverfahren — Familien- und Vormundschaftsrecht, Verschollenheitsrecht — Das Arbeitsgerichtsverfahren — Landwirtschaftsrecht.

VERLAG DR. GÜNTER ZÜHLSDORF
FRANKFURT A. M., OEDERWEG 39 A



Keine Reise ohne Postsparbuch

Metaphysik und Grundlagentheorie

Gedanken zum 250. Geburtstag Leonard Eulers / Von Uwe Nerlich

physische Betrachtung von der Zeit in dem Gleise der Wahrheit zu erhalten. Der berühmte Herr Euler hat hierzu . . . einige Veranlassung gegeben, allein es scheint bequemer, sich in finstern und schwer zu prüfenden Abstraktionen aufzuhalten, als mit einer Wissenschaft in Verbindung zu treten, welche nur an verständlichen und augenscheinlichen Einsichten teilnimmt.“ Es ist richtig, daß Euler seinem Talente nach nicht eigentlich Philosoph war, sondern eben der wohl fruchtbarste unter den großen Mathematikern, von dem es hieß, er rechne, wie andere Menschen atmen. Und es ist nicht bekannt, daß Euler sich vor seiner Berufung durch Friedrich den Großen an die Berliner Akademie ausdrücklich mit den Problemen der Philosophen befaßt hätte. Es gab wohl zwei Motive, die Euler dann in den Streit der Philosophen eingreifen ließen. Euler besaß eine ungewöhnliche Auffassungsgabe und den Willen, ein Wissensgebiet, das sich ihm aus irgendwelchen Gründen eröffnete, beherrschen zu wollen. Dies konnte schon Johann Bernoulli bemerken, bei dem der vom Vater zum Pfarrer bestimmte junge Euler ein mathematisches Privatissimum absolvierte. 1727 schrieb die Pariser Akademie eine Arbeit über die beste Bemastung von Schiffen aus. Der neunzehnjährige Euler beteiligte sich mit einer Schrift, die ein „Accessit“ erhielt. Er war zu dieser Zeit nie über die Grenzen Basels hinausgekommen und hatte nie ein Schiff mit Masten gesehen. 1725 hatte Katharina I. in Petersburg eine Akademie der Wissenschaften gegründet. Euler, der erst zwei Jahre zuvor seinen Plan, Pfarrer zu werden, aufgegeben hatte, erhielt die Nachricht, daß an der Akademie voraussichtlich eine Stelle für Physiologie und Anatomie frei werde. Als der kaum Zwanzigjährige im Mai 1727 in Petersburg eintraf, war er auf seine Aufgabe vorbereitet. In jungen Jahren schon hatte Euler eine mathematische Theorie des Wohlklangs entwickelt. Während der Berliner Jahre vom Kapellmeister Graun darauf angesprochen, daß die Kenntnis der Harmonielehre noch nicht den Komponisten mache, da sonst ja er, Euler, komponieren könnte, entgegnete Euler: „Vielleicht kann ich's, ich habe es nur noch nicht versucht!“ Darauf vereinbarten beide, daß jeder ein kleines Musikstück schreibe, über das dann das Publikum richten solle. Diesmal freilich erschien Euler weniger erfolgreich. Seine Musik erwies sich als „unsangbar, steif, ohne die mindeste Anmut; man war froh, als er die letzte Note anschlug“. 1741 an die Berliner Akademie berufen, brachte Euler Friedrich dem Großen eine beinah kindliche Verehrung entgegen. Friedrich pflegte seine Briefe an Euler mit „à mon professeur Euler“ zu adressieren. Begeistert schrieb Euler hierauf: „Der König nennt mich ‚meinen Professor‘, und ich bin der glücklichste Mensch auf der Welt.“ Um so mehr litt er unter der Geringschätzung, mit der Friedrich auf die Mathematik blickte. So suchte er, der berühmteste Akademiker des Königs, das Interesse Friedrichs durch Arbeiten über technische und militärische Fragen zu wecken. Er übersetzte (1745) Robins „New principles of gunnery“ aus dem Englischen und versah das Werk mit Erläuterungen. Es war etwas ganz Neues daraus entstanden. 1777 wurde das Buch wieder ins Englische übersetzt, und noch Napoleon I. studierte es als Leutnant an der Militärschule. Als Euler sich in den Streit der Philosophen einließ, wurden ihm philosophische Inkompetenz und der Wille, sich nunmehr vollends zum „Diktator der gelehrten Welt“ aufzuwerfen, nachgesagt. Christian Wolff, dessen lange Jahre an den Universitäten herrschende Metaphysik in dem von Euler angeregten Monadenstreit sehr an Ansehen eingebüßt hatte, äußerte sich: „Es nimmt ein seichtes Wesen überhand, nachdem man mit einer sogenannten New-

tonschen Philosophie das französische Fladderwesen verknüpft . . . Herr Euler . . . will nun mit Macht in allen Wissenschaften dominieren, darauf er sich doch niemals geübt, und es ihm wohl an den ersten Gründen, als an Belesenheit fehlet, . . . wovon der durch ihn angeregte Monadenstreit eine klare Probe ablegt.“ In Voltaires „Dr. Akakia“, einer eigentlich gegen Maupertuis gerichteten Spottschrift, findet auch die philosophische Tätigkeit Eulers ein Echo: Im Artikel 19 gibt „unser Generalleutnant Euler durch unseren Mund folgende Erklärung ab. Er bekennt offen, daß er nie Philosophie gelernt hat und es aufrichtig bereut, von uns zu der Meinung verführt worden zu sein, man könne sie verstehen, ohne sie gelernt zu haben, und daß er sich künftig mit dem Ruhm begnügen will, unter den Mathematikern von Europa derjenige zu sein, der in einer gegebenen Zeit das Maximum von Rechnung aufs Papier wirft“. Und diese Urteile sind paradigmatisch. Durch Chr. Bartholmæss und A. v. Harnack gewannen sie einen scheinbar definitiven Charakter. Aber es steht das eine Urteil Kants dagegen. Und es ist leicht zu zeigen, daß Euler vor allem durch ein sachliches Motiv zur Philosophie geführt wurde. In die ersten Berliner Jahre fällt Eulers Ringen um Klarheit über die Beschaffenheit der Materie wie über Raum und Zeit. Er suchte nicht nur eine klare Darstellung der Theorie der Materie zu geben („Anleitung zur Naturlehre“), sondern auch die metaphysischen Voraussetzungen zu bestimmen. Dies ließ ihn die metaphysischen Theorien seiner Zeit studieren, also vor allem Chr. Wolffs „Vernünftige Gedanken von Gott, der Welt und Seele des Menschen“. Er fand, daß Wolffs Theorie, nach der die Elemente der Materie, die Monaden, fähig sein sollen, ihren eigenen Zustand zu verändern, keine Erklärung des Naturgeschehens möglich mache. Die von ihm angeregte Preisfrage der Berliner Akademie, die in der Öffentlichkeit lebhafteste Anteilnahme fand — ganz Berlin spräche nur von Monaden, so schrieb das Akademiemitglied Merian —, sollte hierüber Aufklärung geben. Es fanden sich zwar Gegner der Wolffschen Metaphysik, denen schließlich auch der Preis zufiel, doch wurde in keiner der eingesandten Arbeiten der Gedanke Eulers aufgenommen, der eben nichts anderes als das Resultat der Deduzibilität bedeutete, daß nämlich eine Metaphysik die Ableitung der Prinzipien der Mechanik gestatten müsse, und daß eine solche Metaphysik eine Notwendigkeit sei. Eulers spätere Schriften, in denen er eine Metaphysik zu begründen suchte, führten Kant zur ausdrücklichen Anerkennung jenes Postulats, das man mit gutem Grund das Eulersche Postulat nennen mag. Und es war dieser Gedanke, der Kant zur Begründung der kritischen Philosophie führte.

Die Schwierigkeit in der Philosophie ist, sinnvoll lösbare Probleme zu stellen. Das Eulersche Postulat gibt vielen Aufgaben der philosophischen Erkenntnis eine sinnvolle Formulierung. Und es macht deutlich, das zwischen der Philosophie und den mathematischen Wissenschaften ein unauflöslicher Problemzusammenhang besteht. Freilich lassen sich in der Philosophie auch andere als theoretische Interessen verfolgen.

„Es ist einmal das Loos des menschlichen Verstandes so bewandt; entweder er ist grüblerisch und geräth auf Fratzen, oder er hascht verwegen nach zu großen Gegenständen und baut Luftschlösser. Von dem großen Haufen der Denker wählt der eine die Zahl 666, der andere den Ursprung der Thiere und Pflanzen, oder die Geheimnisse der Vorsehung. Der Irrthum, darin beide gerathen, ist von sehr verschiedenem Geschmack, so wie die Köpfe verschiedenen sind.“ (Kant)

„Ich sah, daß, wo es den Mathematikern gelungen ist, ein neues Feld zu eröffnen, das die Philosophen bis dahin ganz angebaut zu haben glaubten, erstere nicht nur alles wieder umkehren mußten, sondern es so aufs einfachste und gleichsam aufs einfältigste brachten, daß das Philosophische darüber ganz unnütz und gleichsam verächtlich wurde.“

„Man kann sicher sein, so spröde oder geringschätzend auch diejenigen tun, die eine Wissenschaft nicht nach ihrer Natur, sondern allein aus ihren zufälligen Wirkungen zu erklären wissen, man werde jederzeit zu ihr (der Metaphysik) wie zu einer mit uns entzweiten Geliebten zurückkehren.“

„Mathematik, Naturwissenschaft, haben einen hohen Wert als Mittel, größtenteils zu zufälligen, am Ende aber zu notwendigen und wesentlichen Zwecken der Menschheit, aber alsdann nur durch Vermittlung einer Vernunft-erkenntnis aus bloßen Begriffen, die, man mag sie nennen wie man will, eigentlich nichts als Metaphysik ist.“

Kant (Kritik der reinen Vernunft)

Durch eine Inschrift am Portal seiner Akademie hatte Platon alle Lernbegierigen wissen lassen, daß nicht eintreten solle, wer nicht in der Geometrie bewandert wäre. Für die Schüler Platons wird dieser numerus clausus ganz selbstverständlich gewesen sein. Der Erziehungsplan des Meisters, wie er im „Staat“ überliefert ist, sieht als abschließendes Studium das der Dialektik, der Philosophie, vor. Und daß die Dialektik von den Gegenständen der Mathematik handle, weiß im „Euthydemos“ das Bürschlein Kleinias zu erzählen. Heute wird diese Inschrift sicher meist als historisches Kuriosum gelten. Etwas Erfahrung im akademischen Curriculum der deutschen Universitäten lehrt, daß zwischen dem Studium der mathematischen Wissenschaften und dem der Philosophie kaum noch Verbindungen bestehen. Noch vor einigen Jahrzehnten gab es eine Reihe von Ordinariaten für Naturphilosophie. Gegenwärtig genügen einige Lehraufträge. Dem institutionellen entspricht natürlich der theoretische Zustand. Die heute an deutschen Universitäten gelehrt Philosophie ist fast ausnahmslos an den historischen Wissenschaften orientiert. Die von Prinzipienfragen geplagten Mathematiker und Physiker finden entweder Kant passabel oder sie versuchen sich in provisorischen Spekulationen. Dieser Zustand hat seine Geschichte. Sie beginnt im 17. und 18. Jahrhundert.

Zu keiner anderen Zeit findet man die Mathematik wegen der Strenge ihrer Beweise und der Gewißheit ihrer Sätze in ähnlichem Ansehen. Philosophen sahen in ihr das Ideal der Wissenschaft realisiert, nach dessen Leitbild denn auch die Metaphysik einzurichten sei; Theologen suchten sich der Zweifler und Freidenker durch den Beweis zu erwehren, daß den Glaubenswahrheiten gleiche Gewißheit zukomme wie den mathematischen Theoremen. Napier, der Erfinder der Logarithmen, hatte schon im 16. Jahrhundert eine Auslegung der Apokalypse mit Propositionen und mathematischen Beweisen verfaßt. In Lehrsatz 26 etwa wurde der erstaunten Christenheit demonstriert, daß der Papst der Antichrist sei, Lehrsatz 36 sollte darüber Gewißheit geben, daß mit den Heuschrecken niemand anders als die Türken und Mohammedaner gemeint waren. Christian Wolff, in Deutschland der berühmteste Philosoph seiner Zeit und Autor vielbenutzter mathematischer Lehrbücher, würde zu einer Anthologie solcher Früchte mathematisierenden Denkens besonders Erheiterndes beisteuern. So heißt es in des Philosophen Anfangsgründe der Baukunst: „Achter Lehrsatz: Ein Fenster muß so breit sein, daß zwei Personen gemächlich nebeneinander in demselben liegen können. Beweis: Denn man pflegt sich öfters mit einer anderen Person an das Fenster zu legen und sich umzusehen. Da nun der Baumeister den Hauptabsichten des Bauherren in allem Genüge tun soll (nach § 1), so muß er auch das Fenster so breit machen, daß zwei Personen gemächlich nebeneinander in demselben liegen können. W. z. b. w.“ Aber in solchen Kuriositäten spiegelt sich nur

das auch den größten Forschern der Zeit selbstverständliche unbegrenzte Vertrauen in die Sicherheit und den Wert der mathematischen Methode. Als Voltaire seinem der Mathematik weniger geneigten königlichen Freund gefällig sein wollte, zitierte er spottend eine Äußerung Eulers aus der Analytischen Mechanik von 1736: „Wenn dies auch der Wahrheit zu widerstreiten scheint, so müssen wir doch der Rechnung mehr trauen als unserem Verstand.“

Es war die Epoche eines stürmischen Fortschreitens der mathematischen Wissenschaften zu immer neuen Entdeckungen. Beziehungsreich heißt es 1761 bei Euler: „Es scheint, daß wir viel mehr bestimmt sind, unsere Fähigkeiten zu gebrauchen, als ihre Natur und die eigentliche Art ihrer Wirkungen zu ergründen.“ Ein Verlangen nach methodischer Sicherung und kritischer Grundlegung der neuen Theorien findet sich in dieser Blütezeit der Mathematik selten. So nimmt es nicht wunder, daß manche Voraussetzung und manche Begriffsbildung späteren Mathematikern unzureichend erschien und verworfen wurde. Schon Bischof Berkeley hatte 1734, durch freidenkerische Anhänger Newtons verärgert, nachgewiesen („The Analyst, or a Discourse adressed to an Infedel Mathematician“), daß der Begriff des Inkrements, ein Grundbegriff in Newtons Infinitesimalrechnung, ganz widerspruchsvoll gebildet sei. Als Macaulay die Sicherheit des mathematischen Wissens gegenüber der so viel weniger glücklichen Philosophie auseinandersetzen hatte, fragte er triumphierend, wer denn schon von einem Einwand gegen den Taylorschen Lehrsatz gehört hätte. Er hätte heute ein anderes Beispiel wählen müssen. Denkwürdig ist eine Episode aus dem letzten Jahrzehnt dieser Epoche. Augustin-Louis Cauchy, mit dem man heute gern die moderne Mathematik beginnen läßt, hatte sich 1811 mit seiner Erstlingschrift über die Theorie der regulären Körper um den Preis der Pariser Akademie beworben. Er fand den Beifall Legendres und reichte eine zweite Abhandlung ein. Die Referenten waren Legendre und Etienne-Louis Malus, der Entdecker der Polarisation des Lichtes. Cauchy hatte seine Theoreme indirekt, also aus der Falschheit des Gegenteils, bewiesen. Legendre zeigte sich wiederum vom Talent des jungen Cauchy beeindruckt, Malus hingegen bezweifelte, daß Cauchy irgend etwas bewiesen habe. Man hielt den Physiker sicher für einen Querulanten. Hundert Jahre später drohte L. E. J. Brouwer mit dem gleichen Einwand den mächtigen Bau der Analysis zu erschüttern. Malus, dessen Ansichten etwa denen des heutigen Operationalismus entsprochen haben mochten, war wohl der erste, der eine Schlußweise der Mathematik ernstlich in Zweifel zog. In dieser Zeit erwachte ein kritisches Interesse der Mathematiker, zunächst an den Definitionen, dann an den Beweisen ihrer Theorien.

Das in der Mathematik zu realisierende Ideal der Exaktheit war seit der Antike aus einigen wenigen einleuchtenden Sätzen, den Axiomen, durch sichere Schlüsse aller übrigen Sätze der Mathematik als Theoreme zu gewinnen. Welche Schlußweisen zulässig seien, lehrten Intuition und die Kompendien der Logik. Die Bemühungen Cauchys und seiner Nachfolger im 19. Jahrhundert um einen strengeren Aufbau der Mathematik galten also naturgemäß zunächst der Klarheit der Definitionen und der Sicherheit der Grundsätze. Cauchys Definition des Grenzwertbegriffs bietet das klassische Beispiel.

Aber die Realisierung eines Wissenschaftsideals steht unter Voraussetzungen, über die meist nur Philosophen zu streiten Grund fanden. Schon Platon, seinen Zeitgenossen auch als Geometer bekannt, hatte es als grundlegende Einsicht angesehen, „daß diese Wissenschaft (eben die Mathematik) ganz anders ist, als die, welche sie bearbeiten, darüber reden. Sie reden nämlich . . ., als ob sie etwas täten und eines Geschäftes wegen ihre Überlegungen anstellten, wenn sie von Quadriren, Anlegen, Ansetzen sprechen, wo doch alles nur der Er-

kenntnis wegen betrieben wird“. In der Mathematik, so beschrieben die Philosophen die mathematische Methode, gelte ein Satz als wahr, wenn er aus gewissen als wahr angesehenen Prämissen, den Axiomen, nach den Regeln der Logik ableitbar sei. Von welcher Art Gegenstände das Theorem etwas aussage und worauf die Wahrheit der Axiome und die Kraft des Beweises beruhen, sei für die Mathematiker unwichtig. Diese eigentümliche Evidenz der mathematischen Wahrheit veranlaßte die Philosophen zu Theorien der Objektivität und der Prinzipien der mathematischen Erkenntnis. Es gibt, das lehrten die Philosophen, metaphysische und erkenntnistheoretische Prinzipien der Mathematik, deren Erkenntnis zwar durch die mathematische Methode nicht gefordert sei, die aber dennoch in jeder mathematischen Erkenntnis bestimmend sind.

Es gibt zu jeder Theorie verschiedene Begründungsmöglichkeiten. Logische Prävalenz besitzt die Grundlegung einer Theorie, die sie unter den einfachsten Voraussetzungen vollständig und einsichtig aufzubauen gestattet. Nach hundert Jahren mathematischer Grundlagenforschung konstatierte ein so renommierter Gelehrter wie A. Heyting: „Fast keine zwei Mathematiker stimmen in ihren Ansichten über die Grundlagen ihrer Wissenschaft vollständig überein.“ Es gibt keine Grundlegung einer Wissenschaft ohne ontologische oder wissenschaftstheoretische Voraussetzung. Die Geschichte der mathematischen Grundlagenforschung bestätigt dies. Dennoch ist die Auffassung verbreitet, daß die Philosophie in diesem Dilemma nicht weiterhelfe. „L'histoire“ — so resümiert Heyting in seinem Vortrag — „sur la tâche de la philosophie des mathématiques“ — die Entwicklung — „nous apprend que la science se moque de la prétention qua la philosophie de lui prescrire sa voie.“ Und es gibt Inhaber philosophischer Lehrstühle, die hieraus ihre Konsequenzen zogen. Die Pluralität der Standpunkte sei prinzipiell, in ihr komme nicht nur die Unzulänglichkeit des Denkens, sondern auch das metaphysische Wesen der Zahl zum Ausdruck. Womit denn wiederum die Philosophen das letzte Wort hätten.

Es sind vor allem zwei Einwände, mit denen die Versuche, die Mathematik ausdrücklich ontologisch oder erkenntnistheoretisch zu begründen, bekämpft werden. Der eine besagt, daß bei einer solchen Grundlegung zu viel vorausgesetzt werde, und daß die Voraussetzungen nicht hinlänglich einfach seien, der andere, daß sie überhaupt zirkelhaft sei, weil die Formulierung philosophischer Prinzipien mathematische Begriffsbildungen voraussetze. Der zweite Einwand fußt auf zwei Thesen, der, daß die Grundbegriffe der Mathematik einfacher und logisch früher seien als die der Philosophie, und der, daß es für sie „keine andere Quelle als eine Intuition“ gebe. Dem Intuitionismus läßt sich nur mit einer Theorie begegnen, durch die mehr erklärt wird als durch die Annahme einer produktiven Intuition. Die These fällt mit der ersten. Die erste These ist unhaltbar, einmal weil die elementarsten Begriffe, die des Seins, des Nichts u. ä., also philosophische Begriffe sind, zum anderen, weil es die Möglichkeit gibt, daß die Grundbegriffe der Mathematik zugleich als Grundbegriffe der Philosophie vorkommen. Der erste Einwand hingegen ist sinnlos, solange es nicht andere Begründungsweisen gibt, die zu einem vollständigen und einsichtigen Aufbau der Mathematik führen. Zudem ist aber eine Art der Begründung denkbar, in der im methodologischen Sinne überhaupt keine Voraussetzungen vorkommen. Statt Prinzipien zu formulieren, die keine Zahlbegriffe enthalten, und aus denen deduktiv die Sätze der Mathematik abzuleiten wären, ist es möglich, mathematische Grundbegriffe, wie Element, Menge, Existenz usw., als Kategorien, also als Begriffe, aufzufassen, die in der Kategorienlehre, im System aller Grundbegriffe der menschlichen Erkenntnis, durch ihre Relationen zu allen übrigen Begriffen dieser Art bestimmt sind. Es ist sicher sinnvoll, diejenigen Begriffe der Mathematik als Grundbegriffe zu wählen, die innerhalb des Systems der Kategorien bestimmbar sind. Und es ist ein sinnvolles Postulat, daß die Kategorienlehre die zu einem Aufbau der Mathematik notwendigen Begriffe enthalte. Ein Definitionssystem dieser Art ist die Logik Hegels. Der erste Teil dieses Systems, die Ontologie, enthält vorwiegend Begriffe der Mathematik. Dennoch wurde er selten als Grundlagentheorie der Mathematik aufgefaßt. Schon ein Nürnberger Kollege Hegels, der Mathematiker Pfaff, hatte es „unerträglich“ gefunden, daß es eine von der

ihm gewöhnten verschiedene Art, logisch mit den Begriffen der Mathematik umzugehen, geben solle. Und „für den nachgeborenen Mathematiker erscheint . . . manches bei Hegel kraus, was eben nur höchste Weisheit seiner Zeit war“ (R. Baer). Hinzu kam ein weitverbreitetes Mißverständnis der Hegelschen Methode. Russell formulierte es: „In Hegel's day the procedure of mathematicians was full of errors, which Hegel did not condemn as errors, but welcomed as antinomies.“ Im 19. Jahrhundert gab es nur einige ungeschickte Versuche, z. B. von Schwartz, die Logik Hegels zur Grundlegung der Mathematik heranzuziehen. Es gibt populärere Aspekte der Hegelschen Philosophie. Die Interpreten Hegels nahmen fast ausnahmslos an, daß Hegels Lehre von der Quantität als Kritik der Mathematik zu verstehen sei und daß Hegel den geringeren Erkenntniswert der Mathematik habe erweisen wollen (wobei stets übersehen wurde, daß Hegel alle wichtigen Theorien der Mathematik zur Philosophie zählte, so daß denn nur das elementare Rechnen übrig blieb). Gelegentlich beunruhigte die Frage, ob denn Irrtümer in der Lehre von der Quantität sich nicht auf das ganze System auswirken würden. McTaggart, durch seinen Mitfellow Bertrand Russell irritiert, entschied sie nicht ohne Kühnheit: Es könnten wohl in der Lehre von der Quantität manche Begriffe im Sinne der Mathematik falsch sein. Wenn die Ableitungen der Grundbegriffe jedoch bis zum Höchsten, der absoluten Idee, führten, so seien sie gleichwohl philosophisch wahr und notwendig.

In den letzten Jahrzehnten gab es jedoch vereinzelt Versuche, die Kluft zwischen der Mathematik und der Logik Hegels zu überbrücken, z. B. den didaktischen H. Glockners („Gedanken über eine neue Grundlegung des Rechenunterrichts nach Hegelscher Methode“, 1931) und den historischen R. Baers („Hegel und die Mathematik“, in: Verhandlungen des II. Hegel-Kongresses, 1932), der mit dem Urteil überrascht, daß Hegel, „hätte er nur nicht so treu seinen Zeitgenossen geglaubt, sondern gradlinig seine Gedanken zu Ende gedacht, manches antizipiert hätte, was höchste Errungenschaft der letzten achtzig Jahre ist“. Besonders bei der Begründung des Zahlbegriffs lasse sich zeigen, „daß Hegel seiner Zeit weit voraus war“. Dies wird besonders einsichtig durch den systematischen Versuch eines anderen namhaften Mathematikers, A. Speisers („Elemente der Philosophie und der Mathematik“, 1952), das System der Hegelschen Logik sachlich zu vervollständigen, von historisch bedingten Irrtümern zu befreien und so darzustellen, daß die Relation einer jeden Kategorie zu jeder anderen festliege. Die These, daß durch ein solches Definitionssystem eine Grundlegung der Mathematik erreicht werde, läßt sich auf dreierlei Weise beurteilen. Man kann die Mathematik als begründet betrachten, wenn alle zu ihrem Aufbau notwendigen Begriffe im Definitionssystem vorkommen. Dabei ist natürlich nicht auszuschließen, daß auch andere als die ausgewählten und definierten Begriffe zum Aufbau benutzt werden können. Gegen diese Auffassung, daß die Mathematik in der Kategorienlehre unmittelbar begründet werde, spricht zweierlei. Es ist der Einwand denkbar, daß es sich um bloße Äquivalenzen handle, und daß also die Begriffe des Einselements, des Unendlichen, der Funktion usw., in der Mathematik und in der Kategorienlehre nicht in gleicher Bedeutung vorkommen, sondern vielmehr nur den Namen gemeinsam haben. Es ist evident, daß in der Kategorienlehre in der Definition eines jeden Begriffs Elemente vorkommen, die in der Mathematik keinen Platz haben. Dennoch läßt sich dieser Einwand durch Einzelanalyse als dogmatisch erweisen, besonders schön am Beispiel der Hegelschen Begründung des Zahlbegriffes. Aber die These von der unmittelbaren Begründbarkeit ist dadurch noch nicht gesichert. Innerhalb der Kategorienlehre ist jeder Begriff eindeutig festgelegt. Bei der Formulierung solcher Begriffe innerhalb der Mathematik fallen viele ihrer Definitionselemente fort. Dennoch sollen diese Begriffe auch innerhalb der Mathematik eindeutig definiert sein. Und zu dieser Schwierigkeit treten weitere. Eine Grundlegung der Mathematik ist noch nicht durch Definitionen erreicht. Sie muß die Begriffe des mathematischen Satzes und der mathematischen Folgerung festlegen. Ein Definitionssystem wie das Hegels führt also nur dann zu einer Grundlegung der Mathematik, wenn es zu jedem seiner Begriffe Formulierungen gibt, die die logischen Eigenschaften der Deduzibilität,

also die eines Urteils, besitzen. Kant, dessen letzte Untersuchungen dem ähnlichen Problem der theoretischen Verbindung von Kategorienlehre und Physik galten, schrieb seinem Kollegen Garve hierüber, ihm bereite dies einen „tantalischen Schmerz“.

Für eine philosophische Begründung einer deduktiven Theorie, insbesondere der Mathematik, die nicht nur die notwendigen, sondern auch die zureichenden Bedingungen zu einem Aufbau dieser Theorie enthalten soll, bestehen nach allem zwei Möglichkeiten. Entweder es werden philosophische Grundsätze aufgestellt, aus denen die Sätze der Mathematik abzuleiten sind. Dann bleibt die Einordnung der mathematischen Grundbegriffe in das System der Grundbegriffe der menschlichen Erkenntnis unentschieden. Oder es werden die Grundbegriffe der Mathematik innerhalb der Kategorienlehre festgelegt. Dann bleibt das Problem des theoretischen Übergangs von dieser, vom implikativen (B. Bosanquet) zum deduktiven System. Die erste Schwierigkeit ist für den Mathematiker irrelevant, die zweite ist jedenfalls nicht unlösbar.

Wenn es richtig ist, daß die Begründung einer deduktiven Wissenschaft nicht ohne ontologische oder wissenschaftstheoretische Voraussetzungen möglich ist, dann besitzt die formale Möglichkeit einer ausdrücklichen philosophischen Begründbarkeit grundsätzliche Bedeutung, selbst dann, wenn andere Begründungsweisen zu einem formal einfacheren Aufbau führen sollten. Die Geschichte der Grundlagenforschung lehrt die Existenz solcher Voraussetzungen. Es gibt formalistische Theorien wie die Haskel B. Curry's, in denen konzediert wird, daß man stets irgendwelche Voraussetzungen dieser Art machen müsse. Es sei aber gleichgültig welche, so daß der formale Aufbau einer Theorie als von ihnen unabhängig gelten müsse. Ihre Prävalenz könne nur material, nie logisch sein. Aber nach dieser Theorie läßt sich der Sinn eines mathematischen Satzes nur als Behauptung seiner Beweisbarkeit bestimmen. Damit macht diese Theorie Voraussetzungen der genannten Art, deren materielle Prävalenz problematisch ist. Curry's Theorie geht davon aus, daß die meisten Differenzen in der Grundlagenforschung auf versteckte oder problematische philosophische Voraussetzungen zurückführbar seien. Wenn diese Tatsache gegeben, seine Theorie aber falsch ist, so wäre eine philosophische Grundlagentheorie nicht nur formal möglich, sondern sachlich gefordert.

Dies hat Konsequenzen für den Geltungscharakter der Metaphysik. Der geläufigste Einwand gegen die Metaphysik ist der des Dogmatismus. Die Wahrheit ihrer Aussagen gründe nur in der postulierten Evidenz der metaphysischen Erkenntnis und in der Widerspruchsfreiheit des Systems. Sie seien keiner empirischen Nachprüfung fähig, sondern vielmehr allesamt tautologisch. Dieser Einwand enthält eine Schwierigkeit. Wird nämlich die empirische Nachprüfbarkeit als Verifizierbarkeit, als Bestätigungsfähigkeit durch Erfahrungsdaten gefordert, so läßt sie sich auf die Physik ausdehnen. Die Geltung von Hypothesen kann zwar durch empirische Daten als mehr oder minder wahrscheinlich erwiesen werden und es ist sogar eine numerische Bewertung dieser Wahrscheinlichkeit, etwa durch Angabe des Grades der Falsifizierbarkeit und der Zahl der positiven Instanzen, möglich, aber es gibt keine Induktionslogik. Es ist als unmöglich, logisch von Einzelaussagen, etwa solchen über empirische Daten, zu allgemeinen wie Hypothesen zu gelangen. In der Philosophie galt dies meist als selbstverständlich, und auch große Forscher wie Galilei oder Justus von Liebig besaßen hierüber völlige Klarheit. Es besteht nur die logische Möglichkeit, allgemeine Aussagen durch weniger allgemeine, besonders durch singuläre, zu falsifizieren. In der Wissenschaftstheorie wurde denn auch der Versuch unternommen, eine empirische Theorie formal durch ihre Widerspruchsfreiheit, material durch ihre Falsifizierbarkeit zu charakterisieren. Die metaphysische Erkenntnis wäre in der Grundlagentheorie nicht vollständig realisierbar, aber wenn in der Metaphysik das Postulat der Deduzibilität, also die Forderung der Begründbarkeit der Mathematik und Physik, anerkannt wird, so ist damit auch die Möglichkeit einer Falsifikation der Metaphysik gegeben. In der Geschichte der Philosophie gibt es zwar viele Versuche, Mathematik und Physik metaphysisch

zu begründen, etwa bei Aristoteles, Roger Bacon, Hobbes oder Descartes. Aber die Geltung der zu begründenden Theorien stand dabei außer Frage. Die philosophischen Prinzipien etwa der Mathematik sollten zwar jede mathematische Erkenntnis bestimmen, ihre Erkenntnis sei jedoch durch die mathematische Methode nicht gefordert. So wurde denn mit dem Postulat der Deduzibilität nicht die Möglichkeit der Falsifizierbarkeit anerkannt. Umgekehrt fehlte es natürlich nie an Gegnern der Metaphysik, die metaphysische Theorien wegen ihrer Unverträglichkeit mit mathematischen oder physikalischen ablehnten und als falsifiziert betrachteten. Erst als die Metaphysik für die Grundlegung einer Theorie als wichtig anerkannt wurde, deren Grundsätze und Aufbau umstritten waren, gewann der Gedanke Bedeutung, daß das Postulat der Deduzibilität die Falsifizierbarkeit der Metaphysik einschließe. Die Geschichte der Mechanik gibt hierfür im 17. und besonders im 18. Jahrhundert das erste Beispiel.

Man kann natürlich in der Metaphysik das Postulat der Deduzibilität ablehnen, wie dies denn auch in der gegenwärtig an vielen deutschen Universitäten herrschenden Ontologie der Fall ist. Aber es ist sachlich gefordert und bezeichnet eine unabweisbare Aufgabe der philosophischen Erkenntnis. Mit der Anerkennung des Postulats aber ist zugleich ein Kriterium für die Geltung der Metaphysik gegeben. Daß die Metaphysik, wie die Mathematik oder die Physik, eine eigene Art der Erkenntnis voraussetze, schließt nicht die durch die Geschichte der Philosophie bestätigte Tatsache aus, daß jede Metaphysik, als begriffliches Modell der Wirklichkeit, auch dann, wenn sie nur die Dimension ihrer eigensten Problematik anerkennt, zu Aussagen kommen muß, über deren Verträglichkeit mit der Mathematik und Naturwissenschaft sich entscheiden läßt. Dies gilt auch für die Ontologie Heideggers. Und im Falle der Unverträglichkeit wird die These, daß dies die Wahrheit der metaphysischen Aussagen nicht ändere, mit Recht als dogmatisch gelten. So ist die Anerkennung des Postulats nicht nur aus Gründen der Einheit der theoretischen Erkenntnis gefordert, sondern sie erscheint ganz selbstverständlich. Dennoch scheinen kritische und dogmatische Philosophie auch heute unversöhnlich. Und die kritische Philosophie gilt gegenwärtig in Deutschland, wie kürzlich einer ihrer namhaften Verfechter schrieb, geradezu als eine „Philosophie des Auslands“.

Als Lagrange die langen Auseinandersetzungen um die Grundlagen der Mechanik vorerst zu einem Abschluß brachte, schrieb er, er habe die Mechanik von den „prekären, nicht in die Wissenschaft gehörigen metaphysischen Spekulationen“ befreien wollen. Heute ist bekannt, daß gerade zu den Grundlagen der Mechanik philosophische Voraussetzungen gehören, und nicht zufällig erwuchs die eigentlich kritische Philosophie aus jenen Auseinandersetzungen im 17. und 18. Jahrhundert. „Wenn ich auch überzeugt bin“, so schrieb Leibniz, „daß alles in der Körperwelt mechanisch vor sich geht, so kann ich doch nicht umhin zu glauben, daß die Prinzipien der Mechanik selbst, das heißt die Grundgesetze der Bewegung, einen höheren Ursprung haben als denjenigen, den ihnen die Mathematik bieten kann. Man wird sich klar, daß man irgendeinen metaphysischen Begriff hinzunehmen muß“. „Ich weiß, daß ich ein großes Paradoxon aufstelle, wenn ich beabsichtige, die alte Philosophie in gewisser Weise zu rehabilitieren . . ., aber vielleicht wird man mich nicht leichtthin verurteilen, wenn man wissen wird, daß ich genügend über die moderne Philosophie nachgedacht habe, daß ich gar viel Zeit den Experimenten der Physik und den Beweisen der Geometrie gewidmet habe, daß ich lange Zeit von der Hohlheit jener Gebilde überzeugt war und mich schließlich doch genötigt sah, sie wider Willen und gewissermaßen gezwungen wieder aufzunehmen.“ Die Überzeugung, daß die Mechanik nicht ohne metaphysische Voraussetzungen auskomme, die Metaphysik ihrerseits an der Mechanik einen Prüfstein besitze, gewann durch Leonhard Euler postulatorischen Charakter. Es ist nicht üblich, den Namen Eulers in philosophiehistorischem Zusammenhang zu erwähnen, obwohl Kant, der seine Lehrmeister und Quellen offenkundig ungern nannte, mehrfach und nicht ohne Emphase hervorgehoben hat, welche Bedeutung die Theorien Eulers für ihn besessen hätten. „Die mathematische Erkenntnis“, so schrieb Kant, „verbunden mit der Erkenntnis des Raumes, geben . . . viele Data an die Hand, um die meta-

Nachlässiger Nachlaß

„Große Männer“ täten offenbar immer gut daran, ihr Nachlaßwerk vor ihrem Tode zu vernichten. Das gilt nicht nur im Hinblick auf publikationsfreudige Witwen, sondern erst recht wegen der Verlage, die ihre Autoren bis aufs äußerste ausschöpfen. Was schon im Fall Karl Mannheim schlechterdings als geistiger Ausverkauf bezeichnet werden mußte, scheint sich nun bei der Nachlaßveröffentlichung Ortega y Gasset's zu wiederholen, deren erster Band uns vorliegt.

Was, aus konkretem Anlaß gesprochen, geistreich sein mochte, wirkt gedrückt und damit — seines ursprünglichen kommunikativen Stellenwertes beraubt — nur noch peinlich. Welcher Philosophiestudent würde sich nicht des Satzes schämen: „Nach Aristoteles tut Gott nichts anderes als über das Denken nachdenken — das heißt, Gott zu einem Intellektuellen oder, genauer gesagt, zu einem bescheidenen Philosophieprofessor machen“ (S. 46).

Angesichts solcher Wendungen neigt man zu übersehen, daß in diesem Band tatsächlich Ortega y Gasset's Gesellschaftstheorie enthalten ist, — wie viele seiner Werke ausgezeichnet durch präzise Beobachtungsgabe und einen weltmännisch souveränen Blick für kulturgeschichtliche Zusammenhänge, wie viele seiner Werke aber auch getrübt durch eine geradezu erstaunliche Überschätzung der eigenen intellektuellen Leistung und Originalität.

Dabei ist diese Gesellschaftstheorie nicht ungefährlich. Ortega y Gasset sieht durchaus zutreffend das Faktum der Selbstentfremdung der Menschen in der gegenwärtigen Gesellschaft, wie es uns etwa in den Begriffen der Kulturindustrie, der Konsumorientierung und — wie man nur allzu bequem sagt — des Managements geläufig ist. Geleitet von seiner Grundkonzeption des Sozialen als bloßer vorbewußter Konvention, verkennt er aber, daß diese Entfremdung zu gleich Ausdruck einer fortgeschritteneren Form der Vergesellschaftung ist. Aus dieser

die andern“ (S. 150). Er übersteigert sogar ein Durckheim'sches Motiv — welchen Soziologen er nahezu als einzigen anerkennt —, wenn er das Vorhandensein einer objektiv gegebenen identischen Welt erst durch die soziale Beziehung zu anderen Individuen vermittelt sein läßt.

Die Invariantenlehre, an der er trotzdem festhält, wird gefährlich aber erst durch die reaktionäre Wendung, die aus ihr folgt. Das wird am deutlichsten — neben der nicht zufällig damit zusammengehenden Feindschaft gegenüber der modernen Kunst — in den „natürlichen“ und somit invarianten Unterschieden zwischen weiblicher und männlicher Mentalität, die er statuiert: „Diese Innenwelt, die wir im weiblichen Körper entdecken und die wir dann als Frau bezeichnen, präsentiert sich uns sogleich als eine der männlichen unterlegene Form des Menschseins“ (S. 185); denn „neben der Verschwommenheit ist das zweite Hauptmerkmal im Erscheinungsbild der Frau ihr niedrigster vitaler Rang auf der menschlichen Ebene“ (S. 190); das ist aber kein Manko, denn „eher noch könnte es einen Sinn haben, dem Mann Flügel zu wünschen, wie die Geier (!) und die Engel sie besitzen, als der Frau zu wünschen, daß ihr diese wesenhafte Verschwommenheit abhanden komme. Denn das hieße, jenes hohe Entzücken zunichte machen zu wollen, das eben vermöge ihres verschwommenen Wesens die Frau dem Mann bedeutet. Der Mann hingegen besteht aus Klarheit“ — (S. 183/184); und vor allem: „Dank dieser Schwäche macht die Frau uns glücklich und ist selber glücklich, glücklich im Gefühl ihrer Schwäche; kann doch nur ein dem Mann unterlegenes Wesen dessen Grundwesen . . . rückhaltlos beständigen“ (S. 190). Man darf sich hier wohl damit begnügen, den Autor auf seine eigenen Worte an anderer Stelle hinzuweisen: „Was wir Frau nennen, ist kein Erzeugnis der Natur, sondern eine Erfindung der Geschichte, genau wie die Kunst“ (S. 189) —.

Im übrigen finden sich manche lesenswerte Einzelanalysen, vor allem von Sprachphänomenen, in diesem Buch. Im ganzen wird man aber doch sagen müssen, daß anscheinend die soziologische Kulturkritik, ähnlich wie ehemals Philosophie und Psychologie, das Refugium geistreicher Assoziationen geworden ist. Weil sich jeder beteiligt fühlt, glaubt jeder urteilen zu können. Wiederum gilt Ortega y Gasset's eigener — von ihm allerdings auf einen anderen Zusammenhang gemünzter — Ausspruch: „So haben die Dinge im Abendland ein Extrem erreicht, in dem, weil jedermann den Verstand verloren hat, schließlich alle glauben, ihn zu besitzen. Nur daß dann der Verstand, den ein jeder hat, nicht der seinige ist, sondern der, den der andere verloren hat.“

José Ortega y Gasset: „Der Mensch und die Leute.“ Nachlaßwerk. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1957. 275 Seiten, Leinen, DM 24,80.

Ähnlich kunstvolle Verschlingungen von Vergleichsebenen zeigt das Gedicht „Illusion“: Illusionen werden bunten Ballons gleichgesetzt:

„Der Mann am Eingang des Jahrmarkts
mit bunten Ballons.“

Es folgen logisch-poetische Erklärungen jener Ballons und mit ihnen der Illusionen:

„Gewendete Schwerkraft,
Flügel innen aus Luft,
und all den Wünschen
die Leine knapp um den Hals.“

Dieses Bild von den straffen Schnüren an den Ballonhälsen weckt aber nun den neuen Vergleichskomplex, mit Bezug auf die Metapher „Ballon“ und das Grundwort „Illusion“.

Die logische Funktion poetischer Bilder ist nicht neu; im Barock verwandte man Bilder in der Poesie überhaupt kaum anders. Aber für die subtile Vergleichstechnik Margot Scharpenbergs steht ein jüngerer Ahnherr; es ist Rilke. Auch das „Oh“ der „Duineser Elegien“, etwas von ihrem singenden Klage-ton, die Konkretisierung von Abstrakta wie das „Heile“, das „Zerstörte“, finden sich bei ihr wieder. Mitunter wird man an die Gestik Paul Celans erinnert; Imperative begegnen, wie sie seit Ingeborg Bachmanns „Gestundete Zeit“ Schule gemacht haben, vereinzelte Anklänge an Eliot, so in dem Gedicht „Flußmündung“.

Was aber als das Eigenste der Dichterin erscheint, ihren Versen lyrischen Charme und dem artistischen Sprachspiel Wärme gibt, ist die Einbeziehung von unauffälligen, selbstverständlichen Dingen des täglichen Lebens, des modernen Alltags: „Schon die gekreuzten Arme / unter dem stummen Gesicht / sind eine Lagerstatt.“ (Mensch), „Manchmal Telefonate / mit hastig gewählten Nummern . . . Bleib noch am Apparat, / sie stören die Leitung schon wieder.“ (Nachher), „Ich baue drüben. Dann sind wir Nachbarn.“ (Abschiedsbrief.)

Es gibt Entgleisungen bei diesem Spiel: Der Vergleich wird mechanisch, die Assoziation macht sich selbständig im Entstehungsprozeß des Gedichtes, oder ein etwas verhäkelter Tiefsinn wird penetrant. Aber in ihren besten Gedichten gelingt es Margot Scharpenberg, durch Subtilität und Suggestion des sprachlichen Ausdrucks eine neue Wirklichkeit unseres Bewußtseins entstehen zu lassen.

Britta Titel

Margot Scharpenberg: „Gefährliche Übung.“ Gedichte, Piper-Verlag, München 1957. 61 Seiten, gebunden, DM 6,50.

Bahnbrechend

neue Erkenntnisse für eine sinnvolle Lebensgestaltung

Selye

STRESS BEHERRSCHT UNSER LEBEN

364 Seiten, zahlreiche Abbildungen und Skizzen
kartoniert 13,80 DM · Leinen 16,80 DM

Freude, Ärger, seelische Erregung, körperliche Belastung, berufliche Anspannung erzeugen Stress. Prof. Selye hat dies in langjährigen Experimenten nachgewiesen. Er weist uns mit seinem Buch den Weg, wie wir die Belastungen unserer Zeit ertragen, frühzeitigem Verschleiß und Krankheiten entgegen können.

ECON VERLAG DÜSSELDORF

Moderne Legende

May I not write in such a style as this?
In such a method, too, and yet not miss
My end—thy good? Why may it not be done?
Dark clouds bring waters, where the bright bring none.
John Bunyan

Angesichts eines Buches wie dem vorliegenden Roman von Eva Mützel „Für dich blüht kein Baum“ werden literar-ästhetische Kriterien fragwürdig.

Eine Frau berichtet aus ihren Erfahrungen in russischen und ostzonalen Zuchthäusern. Es ist eine nicht zu unterschätzende Leistung, daß das Resultat kein Schauerroman ist, sondern ein lesenswertes Buch. Eine positive Wertung aber hat ihre Schwierigkeiten. In der modernen Dichtung hat — da es im Hinblick auf den Stoff kein Tabu mehr gibt — die Form das Übergewicht. Das alte Gesetz von der Übereinstimmung von Form und Inhalt ist damit nicht aufgehoben, nur der Akzent hat sich verlagert: in der Form konstituiert sich erst der Gehalt. Es hieße aber die Intention der Verfasserin verkennen und ihrem Buch Unrecht tun, wollte man es unter solchen Voraussetzungen betrachten. Hier ist die Sprache bloßes Vehikel dessen, was gesagt werden soll. Damit ist sie nicht degradiert, sondern lediglich auf ihre

wenn müde-dann **HALLGOLWACH**
überall in Apoth.+Drog.

ursprünglichsten Funktionen zurückgeführt: Mitteilung und Verständigung. Das Mitzuteilende, der Stoff, liefert den Antrieb zur Gestaltung und bestimmt die Sprache. Intention ist nicht dichterische Neuschöpfung, sondern möglichst genaue und möglichst eindringliche, ja sogar möglichst ergreifende Darstellung eines realen Tatbestandes zu einem bestimmten Zweck. Die Sprache, sachlich, knapp, sauber, lyrisch, wo es erforderlich ist, auch gelegentlich pathetisch, erfüllt ihre Aufgabe. Sie wird dem Stoff gerecht, unaufdringlich und ohne falsche Töne.

Bücher wie dieses pflegt man mit der Einordnung in die Rubrik „Tendenz-Literatur“ oder ähnliche Kategorien abzutun. Das ist gerechtfertigt, wenn man erstens den Begriff „Tendenz“ seines zweifelhaften Beigeschmacks entledigt, und wenn man zweitens solche Literatur nicht ohne weiteres „abtu“, sondern die Kategorie als Eingrenzung versteht. Das moralische Unbehagen, das der Roman Eva Mützel's erweckt, ist sein Zweck. Ein Zweck, der aus der unausgesprochenen Hoffnung auf Konsequenzen lebt. Dieses Unbehagen ist gesund und in steigendem Maße notwendig. Daß die Verfasserin darüber hinaus kein ästhetisches Unbehagen erweckt, daß sie Einseitigkeit vermeidet, ist ihr zu danken.

SS.

Eva Mützel: „Für dich blüht kein Baum.“ Roman. S. Fischer Verlag, Frankfurt 1957. 330 Seiten, Leinen, DM 13,30.

Zeitschriftenschau

Wir empfehlen unseren Lesern folgende Zeitschriftenaufsätze zur Lektüre:

Politik

Wer heute in Deutschland regiert. Die Regierung Adenauer und die Verfassung.

Anton Böhm in Die politische Meinung. 1957, H. 18.

Deutschland und die Weltrevolution. Linien und Perspektiven der deutsch-sowjetischen Politik.

Ernst Deuerlein in Die politische Meinung. 1957, H. 18.

Der christliche Politiker.

Eugen Kogon in Frankfurter Hefte. 1957, H. 11.

Der deutsche Soldat im Zwielficht der Ideologien.

Ulrich Lohmar in Frankfurter Hefte. 1957, H. 11.

Das Ende des militärischen Zeitalters. Der Primat der Politik über die Kriegskunst setzt sich durch.

Wilhelm Ritter von Schramm in Rheinischer Merkur vom 29. November 1957.

Wissenschaft

Philosophie und die geistige Führerschaft.

Marxismus und Eschatologie. Über die „Marxismusstudien der Evangelischen Akademie“.

Leo Kofler in Deutsche Universitätszeitung. 1957, H. 22.

Kultur

Die stimulierte Gesellschaft. Das Gewissen wird eingeschlafert. Joachim Bodamer in Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung vom 30. November 1957.

Medizinische Studienreform.

Fritz Hartmann in Deutsche Universitätszeitung. 1957, H. 22.

Rilke und die Dichtung der Gegenwart.

Hans Egon Holthausen in Universitas. 1957, H. 11.

Wie werden wir in Zukunft wohnen?

Ernst May in Universitas. 1957, H. 11.

A. S.

Für Studierende

Vorzugspreis mtl. DM 2,90

In den Semesterferien portofreier Versand an die Heimatanschrift

Bestellungen und kostenlose Probenummern beim AstA

VERLAG CURT E. SCHWAB G. M. B. H. · Stuttgart W · Silberburgstraße 193

Deutsche Zeitung
und Wirtschafts Zeitung



Graphik: Gerhard Hintschieh

DONALD KUSPIT

The present gull

It was on a quiet and crisp afternoon some days after the storm had uncovered the wreck that Amy saw the gull. "It's got gold feathers!" she cried, and the bird flew off, circled over the other gulls, settled between two waves, and darted off a sibilant crest, casting a shaking shadow over the hulk's prow.

"Pig's fodder," said Hutchins, "let's play death and wizzard and mourning." Hutchins lived in the manor, behind a lot of trees, with Danton, who was his greyhound, and Eithne, who was his guardian. Eithne was old and wore pantalettes and read to him from her book on devils. Danton was once a mastiff but he had grown lean eating chipmunk and marigold. Nobody fed him.

Danton had no teeth and when he barked it sounded like a hopeless sneeze.

"No". I said, "let's make castles on shells."

"Bourgeoise!" screamed Hutchins, "I'll whip you." He began to unbuckle his belt.

"Yur pants 'ill fall", said Marsh. Marsh was from the flats and had his box-kite with its tail of rags from his mother's slips. Marsh was very sensible and had bunions.

Breecon walked alone and watched the sand. When he found a shell he kicked it. When he found a butterfly, if he could rout it, he pulled out its antennae and split its closed wings. Sometimes he would shyly watch the hulk and then spit. He was fourteen and he wrote homages and his mother, Mrs. Merwin, said he was going to Eton and be a barrister. Breecon said he was going to hell and visit Hutchins.

"Wild bulls", yelled Hutchins, flapping his muffler, "Minotaurs attacked by dragoons. Lament for the wounded lancers. Charge, Breecon, charge, damn you!"

"The wizard with the wooden leg", said Breecon, and blew his nose.

"Oceans and hunger", bowed Hutchins. "Death. The augury. The baffled eyes." He raced down to the breakers and sped away.

"Shh", said Amy. "Look."

We saw a great yellow bird with a long beak and white claws and a streak of red in its tail and a strange green splendor in its eyes, dip and lay on the salt sea, and then, sprinkling surf off the tips of its wings, separate from the foam, intricately press its head upward, hew a path through its companion birds, and trumpet out a tired, harsh laughter; and crookedly wing away.

Then it was quiet and Amy got off her mound.

"Philip", she said to me, "it's a dream."

Hutchins came up and slapped my back. "Ain't that a corker? It's Cerberus himself come to haunt the sea-gate. Shall I leave him a sop?"

Hutchins had bread in his pocket and he threw some brittle crumbs on the sand. The wind rolled them away and I saw a piece of crust stick to the shore where the jellyfish crawled.

"There it is again", said Amy.

Distracted, the bird flew heavily around Marsh's kite, the beams of its eyes facing the carved wood. In seeming rhythm with the wind and the stripped clouds the bird attacked the kite, its naked strength exploding against the

paper, its poised talons scraping at the wood, ripping at the tail.

"Beast", yelled Hutchins. "Partial, dreadful beast", and he flung mud at the sky.

Then the bird desisted, apparently reconciled, and flew around the kite, now bobbing in its descent as Marsh worriedly hauled it out of the void. The bird followed it down for a while, sombrely swopped with the gulls, and then dived, dived, dived, and restlessly settled on a rock above us.

"I'll get it", said Breecon.

"Beat it!" called Hutchins from his dark throat as Breecon circled over the hills and then was beyond our sight. "Perpetual lancers to the charge! Stave the omen and reject the horoscope!"

"O pox!" said Amy. "Bloody mystic."

"To battle", shouted Hutchins. "O voyageurs on the Main, to battle, to battle, and kill the Spanish hawks." Hutchins was sweating in the chilled air, sweating faster than his breath came, and after a while he stopped, and watched the spectral battle on the hill.

"Breecon's got holt!" Marsh whispered.

Breecon jumped, dropped on the gull and sank to the rocks where the spiral pit convoluted into a halo, and the sand sunk between the wet dunes. Then the wind took Breecon's cap off and the bird's wings folded still.

"She's silent", Hutchins said. Then: "Kill her."

Breecon began to laugh wildly.

"Let's make a claw soup."

"Or a bouillabaisse", laughed Breecon.

"Amy's fled to the crop", Marsh said.

"Ha! Ophelia's gone to the crop!" roared Hutchins. "Let's chase her."

But Breecon just held the bird, his body suddenly extinguished, something quenched in him. Then he scrambled out of the hole with his bird.

"Let's kill it togheter", said Hutchins.

"Go kill yourself", said Breecon angrily.

A rocket fired down the shore. The gulls scattered and cowered and then pitched together in the wind. Amy was back with a deserted stem.

"Hallo, Amy", I said, "they haven't done anything yet."

She gave me the flower. "Oh, I don't care", she said hoarsely.

She stood over me. Her sullen brown hair seemed to have been devoured during the interval. It was curled and whipped up, like an owl's brows. She stared silently.

"Here's your flower, Amy", I said.

I gave her the flower and she sat down on the soiled dune.

"Let it go", yelled Breecon. He struggled free, threw the bird out of his arms, and tumbled after Hutchins into the pit.

"Don't let go your kite", Amy called.

Marsh was desperate. "They'll soak the'selves."

"O bother!" laughed Amy giddily. "Look."

Interieur

Vereint mit all den fremden Gedanken, die er von seinen Eltern wider Willen ererbt hatte, im Bauch eines schmuckvollen, vielstöckigen Hauses sitzt er vor einigen gelbfleckigen Kupferstichen und überlegt, ob die Welt ihn überleben wird.

Er sitzt, scharrt zuweilen mit den Füßen, um das Schweigen aufzuscheuchen. Eine Uhr schlägt nach ihm. Er duckt sich feindselig. Durch das Fenster tritt lärmend die Welt und überrascht mit ihrem stets gleichen Gesicht.

Die Phantasie wird ihm so lange einen Streich spielen, solange er sich eine Blöße gibt. Er trägt ein gutgeschnittenes Gesicht und einen englischen Anzug — mit der Nonchalance eines Lebemannes. Mitunter fragt er sich. Er hat stets besänftigende Antworten bereit, mit denen er sein Leben betrügt. Er lacht nicht mehr. Er kennt die Flecken an den Tapeten, die Exzercitien der Liebe, er kennt die Welt wie die Pferderennen. Er hat den gelangweilten Blick eines Bären, der an Besuchern leidet.

Oft träumt er von Frauen. Wenn er sie jedoch in Wirklichkeit erblickt, schaut er ihnen scheu auf die Brust, weil er es nicht wagt, ihnen in die Augen zu schauen.

Er liebt Boucher und den großen Alexander, seine Wohnung, seine unaufdringlichen Biedermeiermöbel, die Tür, durch die einmal ein Besucher eintreten wird. Bei diesen Gedanken überfällt ihn das Pathos jäter Menschenliebe. Er ruft seinen Hund und schenkt ihm zerstreute Zärtlichkeiten.

(Zu einem Holzschnitt Kirchners)

bitte

Zähne

... die tanze die helle gerieben — Könige fieder ... längst ihr um Flügel um

blühh die Felder. Rüben. Rote Kurven Wein um

Ruder Tiere die sich — Kraniche

über die Sonne ... hängen die Knie

*

Scheune Wein

vergeude schwere Brücken, Sträucher schüren dein goldenes Haar

düstere

wurzellose wir stoßen den Mond, an deiner zerrissenen Bluse schütten sie Ruder Krater grundlose

rufen

The bird was recovered in the sky and dashing itself at the kite. We heard creams from Breecon and Hutchins and then Marsh charged away across the sand, hauling in his kite. And the bird kept battering itself but nothing would fall and then Breecon ran out, fell in a stagnant pool, picked himself up, and in a frenzy ran to the hulk, above which the kite was dancing, bent by the distracted bird. And then Hutchins came tumbling after him, and Danton was there, ecstatically yapping, and we heard Eithne coming over the rocks, slashing with her cane, but Breecon was on the prow and Hutchins was yelling and Amy sat still.

Marsh was crying, his face transfixed and sodden with fright.

Then the fractured kite fell, and I, breathing like there was a mangled horse beneath my breath, started up. "Let it go", Amy said, "let it go ..."

The whole stone seemed to rumble and I saw a snake crawl out from under the wreck and a rat run after it and Danton chased them both along the hulk's awakening shadow; Eithne came on top of the hill and the whole hulk collapsed like a submarine in a bathtub. And then the bird was there, the lecherous bird, broken and floating into the breakers, and its slanted eyes seemed diseased with pride, and its beak with purity, and it churned away, the hooped master of the wave.

I ran from Amy, her arms left tight around her flat body, and I held Marsh. But his face was pressed against dusk's star.

Zum Problembereich Weihnachtspost

Vorausgesetzt, ich hätte Zeit, so lange an jeden zu denken, bis ich ihn vor mir sehe; vorausgesetzt ferner, ich wäre ehrlich; und schließlich vorausgesetzt, ich wäre ein Christ (wofür mich alle meine Freunde allerdings halten) — schreibe ich dann Weihnachtspost?

Vielleicht ja. Vielleicht schreibe ich dann zum Beispiel folgenden Brief:

Mein lieber Ferdinand! Es ist nicht wahr, daß ich, seitdem Du zur fünften Fakultät gegangen bist, etwas gegen Dich habe. Ich werde Dir nächstes Jahr aus ehrlichem Herzen zu Deinem Doktor gratulieren. Etwas anderes steht zwischen uns. Es will mir nicht einleuchten, daß man bei euch aufhören muß, Gott zu lieben. Ich finde, daß die Gottesliebe überhaupt erst interessant ist, wenn sie zwischen Bilanzen und Kursen anfängt riskant zu werden. Vorher war sie doch harmlos. Warum bist Du eigentlich zu der Überzeugung gekommen, daß man auf dem Altar seines Jobs (um mehr geht es Dir doch nicht in Deinem Studium, aber ich nehme Dir das nicht übel) auch sein Herz opfern muß? Voriges Jahr haben wir uns in der Stadt einmal gesehen, als gerade der Weihnachtsrummel anlief. Ein wenig bissig sagtest Du: „Geschäft mit Sentimenten, sonst nichts.“ Obwohl Du da vollständig recht hattest, hast Du vermutlich die eigentliche weihnachtliche Realität, die so gut wie nichts mit Verkaufspsychologie zu tun hat, aus dem Blick verloren. Du hast sie einmal gekannt. Könntest Du nicht wieder auf die Suche gehen? Vor langer Zeit wurde einmal in der Fremde und unter Verhältnissen, die hier sehr nebensächlich sind, ein Kind geboren, das aber Gott war. Du wirst einige Maulwurfshügel aufwerfen, Herr Doktor in spe, aber auf der großen Wiese der Weltwirtschaft wirst Du nicht viel ändern. Doch vielleicht hätte Dein Herz nötig, verändert zu werden. Vielleicht müßtest Du beginnen, einen Kontakt zu diesem Kind zu suchen. Nicht weil es ein Kind war (das wäre sentimental), aber weil es Dein Gott ist. Darf ich Dir sagen, daß ich darum bete, daß Dir dies gelingt? Es ist das von mir aus so eine Art Weihnachtsgeschenk. Einbruch in Deine Privatsphäre? Wenn Du es so empfindest, nehme ich das als Beweis, daß Du irgendwo schon wieder überzeugt bist, das Gebet und der zu uns gekommene Gott seien Realitäten.

Unter den gleichen Voraussetzungen erhalte auch mein allerchristlichster Bekannter, Weihnachtsfeiern- und Kinderbescherungsorganisator Herr O., einen Brief, den ich aber hier übergehe. Thema wäre: Genügt das? Ein dritter Brief würde sich an den kleinen Nihilisten richten, der mir hin und wieder sagt, daß er mich, er weiß nicht aus welcher

seltsamen Rührung, beneidet (er meint, wir Christen hätten alles so einfach):

Mein Lieber — so würde ich ihm schreiben —, Du wirst Dich sicher wieder betrinken, wenn Deine Eltern dann um Mitternacht zur Kirche gehen. Es ist in Deiner Lage wahrscheinlich das beste. Mein Weihnachtswunsch für Dich besteht darin, daß alles möglichst schnell vorübergeht. Ja, Du mußt das nun halt tragen, was Du vor einigen Jahren so nüchtern auf Dich genommen hast. Manchmal tust Du mir sehr leid. Das weißt Du ja. Aber vielleicht ahnst Du kaum, daß ich gar nicht so unzufrieden mit Dir bin. Zum Beispiel jetzt, ich habe mehrere Briefe geschrieben, ich habe einigen Leuten zu sagen versucht, was sie von Weihnachten trennt, sogenannten Christen, verstehst Du? Und dazwischen wollte mir nicht aus dem Sinn, was alles auch mich von Weihnachten trennt. Und dann erkannte ich, daß eigentlich Du uns allen der Wirklichkeit von Weihnachten am nächsten bist. Denn keiner von uns wird so schnell wie Du bereit sein zuzugeben, daß wir nur ein dunkles Loch sind, eine Art anthropologische Höhle, man könnte auch sagen: ein Stall. Ich beneide Dich um diese Erfahrung, von der wir Christen uns so leicht dispensieren. Sie ist die notwendige Voraussetzung der Weihnachtsbotschaft. Du glaubst gar nicht, wie nah Du ihr bist. Du müßtest nur auf diese verdammte Rührseligkeit verzichten, als sei solch ein Stall letztlich doch etwas Lobenswertes; auf diese Verliebtheit ins eigene Elend; diese völlig unangebrachte pathetische Geste. Ich glaube, wenn Du ganz schlicht den Stall als Stall bekenntest, dann würde sehr schnell die göttliche Barmherzigkeit in diesen Stall hineinkommen, Du würdest ihrer innerwerden und wärest alsbald der christlichste von uns allen. Denn allein deshalb sollen sich die Christen an diesem Tag freuen: Weil Gott in ihren Stall gekommen ist. Alle andere Weihnachtsfreude ist weniger wert als Deine Melancholie.

Derartige Briefe würde ich, wie gesagt, schreiben, wenn ich, wie gesagt, Zeit hätte, ehrlich wäre, ein Christ wäre. Nun sind aber alle drei Voraussetzungen mit einer gewissen Fraglichkeit behaftet. Daher kaufe ich mir dreißig Weihnachtspostkarten und schreibe unter dem vorgedruckten Grundtext („Ein gesegnetes Weihnachtsfest“) die Worte: „sendet Dein N.“ Ich lüge nicht, ich fasse mich nur kurz. Weil mein Gewissen mich wenig beunruhigt, schicke ich nicht nur Tannen im Schnee, sondern auch einige Rogier-van-der-Weyden-Kunstdruckkarten. Timotheus

Borchert schrie und heute klatscht man

Borchert ist zehn Jahre tot. Borchert: der heimkehrende Nichttheimgekehrte. Der ohne Abschied war und doch sich voller Ankunft glaubte. Der mit dem Pennenwollen. Der mit dem Manifest der Liebe. Man ehrte ihn: „Draußen vor der Tür“ im Theater, im Funk, im Fernsehen. Zeitungen gedachten seiner.

Mehr nicht. Man gedachte. Man schrieb von dem „Schrei“ Borcherts, der 47 der Schrei aller war. Aber man schrieb gleich dazu, daß Schreie am leichtesten verhallen. Und selten war etwas von Trauer oder Bitternis zu merken, wenn man das feststellte. Man schrieb aus der Position 57 heraus. Die Sicherheit, die wiedergewonnene, diktierte ihr Recht. Sie verbot zu sagen, daß die Wahrheit Borcherts vielleicht wahrer sein könnte als das, was man heute so nennt.

Das wäre ja auch Lüge. Wir haben ja alles wieder: Frauen, Berufe, Wohnungen. Wozu noch schreien? Wozu sich auch nur an Schreie erinnern zu lassen?

Das Gedenken an Borchert wurde zum Begräbnis, zum Epithaph, wie eine Zeitung sich ausdrückte. Und in Offentum im Theater klatschte man ... Da war es noch nicht einmal mehr Epithaph.



Photodruck
preisgünstig für alle
Drucksachen.
Dissertationsdruck.



Und wir?

Man ist zwanzig und träumt bisweilen noch von der Flucht. Von den langen Märschen, den Nächten im feuchten Heu, im Wald. Vom Hunger, vom Betteln. Vom Weinen der Kinder, vom Stöhnen der Alten. Von der toten Frau im Stroh, von ...

Das ist gut so. Denn jeder will das alles etwas vergessen, tagsüber schiebt es jeder von sich weg. Das darf aber nicht sein. Denn Menschlichkeit ist nicht möglich auf unseren Konjunkturbilanzen. Eher auf denen der Toten des Krieges. Eher auf dem Leid ...

Darum dürfen wir nicht vergessen. Auch den nicht mit dem häßlichen Brillengestell, den mit den schrecklichen Worten ... W. Dern



„Bildwelt und Glaube“ — Volkstümliche Kulte und Verehrungsformen — nennt sich eine Ausstellung des Instituts für Volkskunde an der Universität Frankfurt im Karmeliterkloster, in der eine reiche Auswahl verschiedenster Votivgaben, Hinterglasbilder und Ex-voto-Tafeln gezeigt wird. Für das Frankfurter Publikum eignete sich besser ein Titel wie: Auf Frobenius Spuren in Oberbayern.



Mit der Kraftpost in den Urlaub

Eine köstliche Erfrischung

Mousson Lavendel
Mit der Postkutsche
(Eingetragenes Warenzeichen)

Avantgarde am Bosphorus Deutsch-türkisches Festival der Studentebühnen

Die türkische nationale Studentenföderation lud ein zum II. International Theatre Festival nach Istanbul. Viele europäische Bühnen meldeten sich an — der Bosphorus ist ein lockendes Reiseziel —, aber viele sagten in letzter Minute wieder ab. Die Internationalität des Festivals wurde schließlich von drei deutschen und einer italienischen Bühne gewahrt. Da Venedigs Ca'Foscari Theatre schon kurz nach seiner Aufführung, einem Pasticcio aus Goldonis reichem Schaffen, abreiste, konnten die Türken nur noch mit den deutschen Studentebühnen wetteifern.

Sechzehn Vorstellungen waren angesetzt, davon bestritten die türkischen Studentebühnen die Hälfte. Das Programm umfaßte Plautus, Molière, Cocteau, Williams, Ghelderode, Neveux, Strindberg, Pirandello und Beckett — die ganze Vielfalt europäischer Dramatik, deren Aktualität durch das durchweg hohe Niveau der Aufführungen unterstrichen wurde. Besonders erreichten Becketts „Endspiel“ mit dem pantomimischen „Act sans parole“ und Plautus' „Amphitryus“ einen Grad an Perfektion, die dem Studententheater gewöhnlich fremd bleibt. Faszinierend vor allem die choreographischen und pantomimischen Elemente der Inszenierungen, die zum Teil der großen Tradition des türkischen Schattenspiels (Karagöz und Ortaoyunu) verbunden waren. Die Präzision und Homogenität von Wort und Bewegung schien erstes Anliegen der Türken zu sein, dabei mehr romanischem als germanischem Sinn für das Optische verhaftet.

Den Deutschen wurde dagegen alles problematisch. Münthers Studiobühne bemühte sich, das ursprüngliche Pathos des Goetheschen „Clavigo“ zu rekonstruieren, ein Versuch, der notgedrungen scheitern mußte; eine Umsetzung in gegenwärtiges Denken und Fühlen wäre angebracht gewesen; so aber wirkten Wort und Gebärde veräußert, hohl, bar des goetheschen Anspruchs.

Hamburgs Studententheater hatte sich leichtere Aufgaben gestellt. Kishons „Große Protektion“, die den an und für sich dankenswerten Versuch unternimmt, das Mißverhältnis zwischen mechanischer Bürokratie und Individuum anzuprangern, gedieh nicht zur konkreten Form. Als Stück weder Satire, noch Komödie, weder Märchen noch Angsttraum, hätte wenigstens die Regie sich auf eine dieser Aussagemöglichkeiten festlegen müssen. Dem gleichen Mangel verfiel zum Teil Heys „Tymian und Drachentod“, der zweiten Aufführung der Hamburger. Es soll bescheinigt werden, daß die Aufgabe, Heys Dialogen Leben abzugewinnen, selbst einem Berufstheater Schwierigkeiten bereiten dürfte — trotzdem hätte man hier doch mehr Gewicht auf die theatralischen Möglichkeiten des Stückes legen sollen.

Frankfurts Neue Bühne konnte den bereits in Saarbrücken bei der „8. internationalen theaterwoche für studentebühnen“ erzielten starken Erfolg mit Günter Grass' „Hochwasser“, in der Inszenierung der Uraufführung, wiederholen. Die Kritik der täglichen Aufführungen hob besonders die Dynamik des Ensemblespiels hervor, stand jedoch dem konsequent stilisierten Bühnenbild eines Stahlrohrgerüsts ziemlich fremd gegenüber.

Daß die wirtschaftlich aufstrebende Türkei kulturell keineswegs Hinterland ist, bewies zur Überraschung aller diese Festwoche. Die Kontaktnahme hat sich gelohnt — für Gäste und Gastgeber. Die Aufführungen und Diskussionen des II. International Theatre Festivals in Istanbul ermöglichten in herzlicher Atmosphäre das gegenseitige Sich-Verstehen und trugen viel zur Vertiefung der deutsch-türkischen kulturellen Beziehungen bei. Karl Heinz Braun

In der nächsten Nummer wird ein ausführlicher Bericht über das studentische Theater in der Universität abgedruckt.

Verschlafene Solidarität

Der größte Erfolg der jüngsten sowjetischen Machtdemonstrationen ist, läßt man die noch nicht abzusehenden Reaktionen im afro-asiatischen Raum einmal außer Betracht, die Krise der NATO, die wiederum nur die Störung des Selbstvertrauens der westlichen Nationen sichtbar ausdrückt. Die westliche Solidarität ist wieder auf das Stadium der Suezaktion zurückgeworfen. Welchen Sinn soll sie denn haben, wenn sie bei jeder ernststen Belastung zu zerbrechen beginnt, so muß gerade der fragen, der es mit der Freiheit der westlichen Völker ernst meint. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die NATO in ihrer derzeitigen Form eine sehr fragmentarische Notkonstruktion ist, zumindest in ihrer politischen Funktion mehr als Selbstzweck geeignet denn als Hilfsmittel zur Aktivierung schöpferischer Initiativen. Jedenfalls haben die Außenämter der europäischen Mächte in den vergangenen Monaten so gut wie keine Außenpolitik gegenüber dem Osten geführt. Das Bonner Auswärtige Amt zum Beispiel hat sogar auf die Auswertung der hoffnungsvollen und im ganzen gelungenen Kontakte der Studenten mit Polen verzichtet.

LICHTPAUSEN
schnell, preiswert,
erstklassig.
Botendienst---

Die **Photocopie**
Gesellschaft
WESTENDSTR. 47, Tel. 175441

Die Notwendigkeit eines Bündnisses der westlichen Staaten sei unbestritten. Es wird aber nur dann sinnvoll, wenn es den am meisten vom Ost-West-Gegensatz betroffenen Staat in die Lage versetzt, in seinem Namen und mit seiner Unterstützung politische Aktivität gegenüber dem Osten, sei es die Sowjetunion, sei es ein so interessantes Land innerhalb des Ostblocks wie Polen, zu entfalten.

Die NATO ist de facto für die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten der fragwürdige Überbau eigentlich einzelstaatlicher Militärbündnisse mit den Vereinigten Staaten von Amerika geblieben. Der politische Vertrauensmangel zwischen den Partnern, der die verbündeten Mächte schon zur Zeit der Polen-Krise und des ungarischen Aufstandes zu bloßen Zuschauern verdammt, hat jetzt in England und den Vereinigten Staaten Strömungen begünstigt, die, wie Taylor und Kennan in diesen Tagen bewiesen haben, den europäischen Mächten jede politische Initiative vorenthalten, ja sogar verbieten wollen. Wir sehen uns der Gefahr ausgesetzt, daß die politische Entwicklung — dadurch, daß die Großmächte, als mehr oder weniger selbsternannte Generalvollmächtigte der mittleren und kleineren Mächte, die Beseitigung der internationalen Spannungen vorzunehmen versuchen — eine Richtung nimmt, die uns keineswegs lieb sein kann.

Selbst bekannte und geachtete politische Autoritäten der Bundesrepublik sind geneigt, den Großen dazu eine Blankovollmacht zu überlassen, aber sogar eine beschränkte Vollmacht eines Landes von der Bedeutung der Bundesrepublik wird von einer Großmacht notfalls wie ein Blankoschein behandelt werden können. Diese Politik wird mit größter Wahrscheinlichkeit zu einem Verhandlungsergebnis hinführen, das ohne Widerspruch angenommen werden muß, denn niemand kann sich heute einer Übereinkunft der Großmächte widersetzen. Kaum weniger bemerkenswert wie die offensichtliche Besinnung der Großmächte auf ihren Status als Sieger des vergangenen Krieges ist die Reaktion mancher unserer Politiker, die, scheinbar von der Rolle gleichberechtigter Partner suspendiert, sich willig bereit erklären, sich mit jener Position zu begnügen, die sie vor der Wiederherstellung der deutschen Souveränität inne hatten.

Es gibt allerdings keinen Zweifel an der praktischen Unfähigkeit der kleineren Mächte, von sich aus und auf sich allein angewiesen, etwa in der Abrüstungsfrage sinnvoll mit dem Osten zu verhandeln. Um so mehr müßte aber die Bundesrepublik darauf bestehen, in der deutschen Frage, die ja mehr beinhaltet als die Wiedervereinigung, als erste Macht mit der Sowjetunion und mit Polen zu sprechen. Soll die atlantische Solidarität für uns eine mehr als nur militärische Bedeutung bekommen, dann muß sie uns ermächtigen

und in die Lage versetzen, endlich aus der ängstlichen Befangenheit bloß ideologischer Politik hervorzutreten, um realistisch und offen mit dem Osten zu verhandeln.

Es ist kein Geheimnis, daß das deutsche Außenamt, wie kaum ein anderes westliches, sachlich mit Ostfragen vertraut, aber nicht gerade viel Mut zeigt, den Schritt von der Theorie zur Praxis zu gehen. Zu einer aktiven Ostpolitik gehört aber Mut und Selbstvertrauen, das zusammen mit dem westlichen Vertrauen in unsere Ostpolitik schließlich den Erfolg möglich machen kann.

Obgleich die entscheidenden Verhandlungen mit Moskau geführt werden müssen, wird Warschau ein wichtiger Ort diplomatischer Aktivität sein, denn die Bereinigung des deutsch-sowjetischen Gegensatzes ist unlösbar verknüpft mit der Lösung des deutsch-polnischen. Der deutsch-polnische Streit wird aber nur dann glücklich überwunden werden können, wenn sich der polnische Staat aktiv daran beteiligt. Es dürfen weder in der deutschen Öffentlichkeit noch anderswo Zweifel darüber entstehen, daß Polen gleichberechtigt zwischen Deutschland und der Sowjetunion steht.

Viele Studenten, die in den vergangenen Monaten Polen besuchten, berichten übereinstimmend von der Entschlossenheit der polnischen Öffentlichkeit, über deutsch-polnische Streitfragen mit einem Minimum von politisch-historischen Reminiszenzen zu diskutieren. Man erwartet allerdings von Deutschland eine Demonstration der Versöhnlichkeit, allerdings eine Demonstration der Tat. Es wäre aber verfehlt,

(Fortsetzung von Seite 6)

Auf Seite 19 meldet Oesau einen gewissen Leutnant Bull wegen Nichtbefolgung eines dienstlichen Befehls seinem Vorgesetzten:

„Dieser Bull war ein unmöglicher Mensch. Er hätte weiter den Mist auf seinem Gut karren sollen. So etwas von einem Zivilisten in Leutnantsuniform war Oesau in seinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen. Keine Disziplin im Leibe, keine Zucht und Ordnung in seiner Staffel.“

Statt eines Kommentars muß man die Frage stellen, warum die „Fliegergeschichten“, die den Geist von früher pflegen, der aus dem Bundesheer verbannt bleiben soll, nicht auf den Index der jugendgefährdenden Schriften gesetzt werden — wenn man schon der Meinung ist, so ungebetenes Schrifttum unter Kontrolle halten zu müssen. Wenn es in der Fünf-Groschen-Literatur brutal und frivol zugeht, dann hat man schnell das Zauberwort von Schund und Schmutz zur Hand — und sie noch schneller verboten.

Hier liegt ein Fall von politischem Schund vor. Und keiner nimmt Anstoß. Sadismus und Sexualität — nein! Aber Verherrlichung gesellschaftlich legitimierten Tötens — ja! Militarismus fließt in die jungen Seelen ein, der Typus eines Soldaten wird beschrieben und auf den Schild gehoben, der einer der Ursachen des deutschen Chaos ist.

„Der Krieg mit Polen bricht aus ... Wie die meisten jungen Offiziere ist Oesau kein großer Politiker. Er kennt sich nicht aus auf diesem verfänglichen, glatten Parkett, ahnt nichts von den Mächten, die dahinterstehen und die Fäden ziehen. Er ist Soldat, nichts als Soldat, gewöhnt, seine Pflicht dort zu erfüllen, wo der Befehl ihn hinstellt.“

Pflichterfüllung schließt die Frage nach ihrem Sinn aus.

Noch etwas anderes an dieser Geschichte ist aufschlußreich, Ihr Verfasser will weismachen, daß der moderne Krieg gleichsam die Fortsetzung des mittelalterlichen Turniers ist, in dem der Schwächere nach den Regeln des Kampfes

wollte man dabei den Polen unterstellen, sie erwarteten von Deutschland eine Verzichtserklärung auf die umstrittenen Territorien. Eher schon verlangen sie diplomatische Anerkennung, auf alle Fälle aber eine wesentliche Erweiterung des Warenaustausches.

Angesichts der Schwäche der polnischen Volkswirtschaft wird jedoch ein bilaterales Handelsabkommen, mit den geforderten ausgeglichenen Zahlungsbilanzen, Polen keine ins Gewicht fallende Minderung seiner augenblicklichen wirtschaftlichen Misere bringen können, denn dieses Land ist ein großes Notstandsgebiet mit Verhältnissen, die weit schlimmer sind als die deutschen der Jahre 1945 bis 1948. Wenn Deutschland an einer politisch unabhängigen und innerlich einigermaßen stabilen polnischen Nation interessiert ist, dann muß es wohlwollend prüfen, inwieweit öffentliche Mittel in polnischen Aufbauprojekten investiert werden können, und zwar in einer Form, die den Vergleich mit imperialistischem Kapitalexport nicht zulassen.

Man darf sicher sein, daß die polnische Öffentlichkeit eine solche Politik „sichtbarer“ Teilnahme am Wiederaufbau des Landes positiv würdigen würde.

Zwar würde eine solche deutsche Politik dem Scheine nach keine weltpolitische Sensation ausmachen, aber endlich einen Ausgangspunkt für eine Entwicklung bieten, deren Ergebnis die Versöhnung der europäischen Völker sein müßte. Gerade in diesen Tagen vor Beginn der NATO-Konferenz werden wir uns wieder einmal bewußt, wieviel Friedenschancen eine freie, durch das Vertrauen der befreundeten Nationen gesicherte, deutsche Initiative in der Ostpolitik haben könnte.

Oscar Strobel

... fliegen im Geiste mit!

dem Stärkeren unterliegt. Und überhaupt sei Fliegen eine schöne Sache. Wohlan, aber dann nicht mehr, wenn sie in den Dienst von Zerstörung gestellt wird. Dieser Gedanke wird denn auch in dem Heftchen peinlich verdrängt. Registriert wird nur die Vernichtung der feindlichen Maschine:

„Haarscharf streicht die sprühende Garbe aller Waffen durch den Rumpf der Spitfire, Blechstücke fetzen nach hinten, eine dunkle Qualmfahne entwickelt sich.“

Die Materialschlacht feiert „literarische“ Urständ. Die Gegner heißen Ratas, Spitfires, Hurricanes, Lightnings. Die Reduktion des Krieges auf die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Flugzeugfabrikaten soll ihn als Bagatelle, als Zwischenfall ausweisen. Ein fairer Wettkampf, mehr nicht!

Da stellt sich leicht die Vorstellung vom Flieger als Beherrscher der Lüfte ein. Und wer ihm sein Revier streitig macht, den schießt er eben ab. Das sind die Spielregeln. Der Tod tritt allerdings nicht als Sensenmann in Erscheinung, vor dem man Angst haben könnte. Vielmehr hat er sich das Kostüm des Herbstes umgeworfen: wie die Bäume ihr Laub abwerfen, so purzeln Piloten, abgestorben, aus dem Altweibersommer-Himmel. E. Faßbender



Aller guten Dinge sind

3 gute Dinge sind

- BBC - Kühlschrank
- BBC - Küchenmaschine
- BBC - Elektroherd

BBC BROWN, BOVERI & CIE. AG., MANNHEIM
Büro Frankfurt a. M. · Weserstraße 26 · Tel. 30781

Brücken zur Praxis

Handelsblatt

Deutschlands große Wirtschaftszeitung

DER BETRIEB

Wochenschrift für Betriebswirtschaft,
Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht

Ermäßigter Bezugspreis für Studierende und Referendare: Handelsblatt DM 3,00 (statt 6,50), Der Betrieb DM 2,50 (statt 6,00)

Kostenlose Probeflieferung durch den Verlag, Düsseldorf, Pressehaus

Briefe an die Redaktion

Wichtig für Schweden-Praktikanten

Der schwedische Fiskus hat bisher die Bezüge, die deutsche Studenten im Rahmen des akademischen Praktikantenaustauschs erhielten, besteuert. Nunmehr wurde am 31. Mai 1957 eine deutsch-schwedische Vereinbarung über die Besteuerung dieser Bezüge getroffen: Deutsche Studenten, die im Rahmen des akademischen Praktikantenaustauschs bei Unternehmungen in Schweden beschäftigt werden, sind mit ihren Bezügen aus dieser Beschäftigung in Schweden nicht steuerpflichtig, wenn

1. die Beschäftigungsdauer in Schweden in einem Kalenderjahr nicht mehr als 100 Tage beträgt und
2. das Einkommen aus dieser Beschäftigung im Steuerjahr den Betrag von 2000 skr. nicht übersteigt.

Diese Regelung erstreckt sich auch auf Einkünfte, die schon nach dem 31. Dezember 1955 erworben wurden! Alle Praktikanten, die 1956 in Schweden arbeiteten und die die oben erwähnten Voraussetzungen erfüllen, haben also noch einen Anspruch auf die Rückzahlung einbehaltener Beträge. Es empfiehlt sich daher, unverzüglich mit den zuständigen AIESEC- oder AIESTE-Vertretern oder mit jenen Unternehmungen in Schweden Verbindung aufzunehmen, bei denen die Kommilitonen praktizierten.

Wolfgang H. Fischer

„Volontäre der Pädagogik“

Nur zur Sache: Es gibt keinen „Studienleiter“, der „ein persönliches Gutachten“ schiebe, das „über die künftige Verwendung“ des Studienreferendars „entscheidet“. Sondern wichtig ist:

1. Das Ergebnis der Pädagogischen Prüfung, die vor einer Kommission abgelegt wird. Diese Kommission verwertet unter dem Vorsitz des Vertreters des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung eingehend die Unterlagen aus zwei Jahren der Bewährung. Hinzu kommen die Ergebnisse der Prüfung selber: die Beurteilung einer auf lange Sicht geplanten Prüfungsarbeit, in der Theorie und Praxis einander innig ergänzen, die Ergebnisse von zwei Stunden Unterricht und die Ergebnisse der mündlichen Prüfung. Der gesamte Vorgang ist nicht nur eine „verwaltungstechnische Angelegenheit“, sondern ein gründliches gemeinsames Suchen und Bemühen von allen, die die Ausbildung betreiben. Deswegen gehören zur Prüfungskommission, außer dem Direktor des Studienseminars, der Direktor der ausbildenden Schule und die betreuenden Fachleiter, wissenschaftlich und methodisch besonders qualifizierte Lehrer; und an den Beratungen nehmen die Lehrer teil, die den Referendaren in der Alltagsarbeit geholfen haben, ebenfalls tüchtige Fachlehrer. Das Verhältnis aller dieser Kräfte zueinander ist erfreulich, weil ein jeder die Schule und ihren Nachwuchs fördern will.

2. Wichtig für die Verwendung ist die Antwort auf die Frage, ob der Bedarf für die Fachbereiche da ist, für die der Referendar seine wissenschaftliche Prüfung an der Universität und seine pädagogische Prüfung im Studienseminar abgelegt hat. Wenn z. B. nur Mangel an Biologen in einer Schule herrscht, kann kein Germanist dorthin kommen. Das Ministerium weist den neuen Assessor des Lehramts einem der drei Regierungspräsidenten in Hessen zu; dieser gibt der neuen Lehrkraft einen Beschäftigungsauftrag an einer der Schulen, die zum Regierungsbezirk gehören, nach den Erfordernissen, die an der Schule bestehen.

„Richtlinien der Studienseminare zur Methode und zur Beurteilung des Unterrichts der Seminare“ gibt es nicht; was sollte ein „Unterricht der Seminare sein? Gemeint sind die vorzüglichen Richtlinien, die das Studienseminar in Darmstadt vor Jahren entworfen hat. So vortreffliche Pädagogen wie der Physiker Martin Wagenschein und der Erziehungswissenschaftler Karl Müller haben m. W. dabei entscheidend mitgewirkt. Die Richtlinien dienen einer sinnvollen Förderung des Unterrichts der Referendare in den ausbildenden Schulen. Der Geist dieser Richtlinien ist nicht verstanden, wenn von einem „kontemplativen Begriff des Unterrichts“ gesprochen wird, einer angeblichen Orientierung an einer „mittelalterlich-scholastischen ‚visio‘“, und wenn eine seltsame Bemerkung über „ein aktives Moment der Vermittlung des Wissens durch Subjekt“ (sic!) hinzugefügt wird.

Daß auch die Erarbeitung „des lateinischen Gerundivs“ und eine Einführung in die Bruchrechnung „Frohsinn stiften“ kann, zeigt die Schulwirklichkeit immer wieder, bei Lehrern jeden Alters von 27 bis 65. Daß auch Grillparzers Drama „Weh dem, der lügt“, von Obertertianern gespielt, Freude schenkt, kann immer wieder erfahren werden. Es kommt auf die Art an, in der etwas nahegebracht wird, auf den Geist, der da rege wird.

Dr. R. Murtfeld

Direktor des Studienseminars II, Frankfurt/Main

Irgendwo im Hessischen

Es gibt Leute, die glauben, eine gewisse Technik des Polemiersens, einige vermeintlich wohlgesetzte und vielsagende Gänsefüßchen, Gedankenstriche und Parenthesen genügen, um eine treffsichere Glosse zu machen. Sie setzen eine inhaltlich nicht näher begründete Begriffsgleichung (z. B. Geländespiel = Wehertüchtigung) und glauben, damit schlagend demonstriert zu haben, daß „irgendwo im Hessischen“ Kräfte am Werke sind, die das Ziel haben, auf eine im tausendjährigen Reich erfolgreich erprobte Weise „Kinder und Jugendliche mit dem Wehgedanken, oder was man darunter versteht, vertraut zu machen“.

Herr Erich Faßbender scheint in dieser Taktik eine besondere Begabung zu sein. Leider ist er sich offensichtlich nicht darüber im klaren, daß er mit derartigen Publikationen wohl schwerlich ernst genommen werden kann — ausgenommen selbstverständ-

lich von den Leuten, bei deren Sprachregelung er starke Anleihen gemacht zu haben scheint.

Eine sachliche Entgegnung auf Herrn Faßbenders Artikel „Heidnische Sachsen“ im DISKUS vom November 1957 erscheint unter diesen Umständen wohl nur aus dem Gesichtspunkt gerechtfertigt, daß eine derartige Entstellung von Tatsachen und Begriffen Anlaß zu Mißverständnissen geben könnte. Ich halte es daher für nützlich, folgendes klärzustellen:

Geländespiele sind weder eine Erfindung christlicher Jugendbünde noch (um im heidnischen Rahmen zu bleiben) eine Erregung des kindlichen Spieltriebes in der Gemeinschaft. Diese Art des Spielens im Freien wurde von der Jugendbewegung und vom Pfadfindertum aufgegriffen, wobei sich Formen herausbildeten, die der Phantasie und der Erlebniswelt des Jungen am meisten entsprechen.

Wenn von einem Regime, das alles zu mißbrauchen verstand, auch diese Formen des Spiels mißbraucht wurden, so ist das genauso viel und genauso wenig die Schuld der Jugendbewegung oder des Christentums wie die des Herrn Faßbender.

Um „etwas ganz Neues“ handelt es sich also bei dem erwähnten Unternehmen nur insoweit, wie jedes Geländespiel etwas ganz Neues sein kann. Im übrigen dürfen wir Herrn Faßbender versichern, daß „Konfessionsarithmetik“ hierbei nie eine Rolle spielt, um es ganz barbarisch und heidnisch zu sagen: Es wird jeder verknopft, ob er nun evangelisch oder katholisch ist.

Und was den von ihm bezweifelten „tieferen Sinn des Unternehmens“ betrifft, so kann Herrn Faßbender vielleicht mit der allerdings nur in der Praxis gefundenen und zu findenden Erfahrung gedient werden: Oft ist es besser, man klopft sich die Birnen mit Fäusten im Spiel weich als mit Worten im Ernst, was übrigens keine Einladung an Herrn Faßbender sein soll; denn er könnte sich dabei — o, ihr Götter, o Gott („um im christlichen Rahmen zu bleiben“), welche Grausamkeit! — „wenn's nötig ist, auch noch das Gesicht verschmieren“.

Werner Czaja

Vom Übel der Macht

Auf die Zuschrift „Macht über Macht“ von Dr. Alexander Böhm zu meinem Artikel „Vom Übel der Macht“, möchte ich erwidern: Der von Herrn Dr. Böhm angeführte Vergleich zwischen der Macht des Kanzlers und der eines Geschäftsmannes scheint mir angesichts der Größenverhältnisse und der ungleichen Aufgaben nicht einmal zu hinken, sondern lahm zu sein.

Die von Herrn Dr. Böhm angezogene Gegnerschaft Adenauers zum Nationalsozialismus und Kommunismus ist Vorbedingung, aber kein Beweis für das Denken und Handeln eines Demokraten. Wenn die Bewohner der Bundesrepublik, die weder Kommunisten noch Nationalsozialisten sind, allesamt Demokraten wären, dann brauchte man sich um das Blühen und den Bestand unserer Demokratie keine Sorge zu machen. Ohne die großen Verdienste Adenauers schmälern zu wollen, beharre ich auf meiner „von zahlreichen Journalisten der Bundesrepublik abgelesenen“ Ansicht, daß Adenauer ein schlechter Demokrat ist, der viele Sünden wider die Demokratie begangen hat. Ich will mich auf drei Beispiele beschränken: 1950 wurde das Memorandum zum Wehrbeitrag von Adenauer an die Westmächte gegeben, ohne daß sein Kabinett davon Kenntnis hatte. So wie der Premierminister Churchill in Krisen — sogar im Krieg — das Parlament um ein vote of confidence ersuchte, hätte auch Adenauer nach Artikel 68 des Grundgesetzes den Bundestag um ein Vertrauensvotum bitten sollen — etwa nach dem 30. August 1954, als die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu Fall kam. Schließlich möchte ich an Adenauers eigenartige Praxis mit dem Vizekanzler erinnern, die besonders augenfällig wurde, als der Kanzler Besuche im Ausland abstattete oder im Urlaub weilte. Diese Praxis ist bis in die jüngste Zeit fortgeführt worden, indem die Frage nach der Person des Vizekanzlers bei der Bildung des dritten Kabinetts zunächst offengelassen wurde.

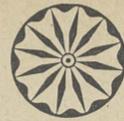
Bei der Frage, ob die Macht durch das Grundgesetz eine ausgewogene Verteilung erfahren hat, wollte Herr Dr. Böhm nicht von der Person Adenauers abstrahieren. Aber sie ist in diesem Zusammenhang nicht sonderlich wichtig. Vielleicht bewegen Adenauer selbst einige Sorgen bei dem Gedanken an seine Nachfolger, unter denen sich einer finden könnte, der die große, Adenauer wohlvertraute Macht des Kanzleramtes ausweiten und mißbrauchen könnte.

Ulrich Keitel

☆

Etwas zu leicht machte es sich Alexander Böhm in seinem Leserbrief „Macht über Macht“ (November-DISKUS), in welchem er Ulrich Keitel's Behauptung, daß das Grundgesetz immer mehr Macht auf das Bundeskanzleramt häufe (cf. „Vom Übel der Macht“ in der Oktober-Ausgabe) zu widerlegen versuchte. Besonders die Entgegnung, das Grundgesetz gebe „dem Kanzler nicht einen Bruchteil der Macht, die jeder Geschäftsmann in seinem Betrieb“ habe, war wohl nicht ernst gemeint. Ganz abgesehen davon, daß der Vergleich äußerst unpassend ist: Kabinett oder Parlament sind schließlich keine Ladengeschäfte.

Konrad Adenauer wurde einmal der Mann der einsamen Entschlüsse genannt; er war es in der Tat, besonders, als er auf eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag blicken konnte. Und später, als der BHE in die Opposition ging (am 23. Juli 1955) und die Koalition mit der FDP (am 24. Februar 1956) aufgekündigt wurde, hatte er immer noch eine absolute Mehrheit im Parlament hinter sich, auf die er sich stets verlassen konnte. (Nur in der Saarfrage waren sich der Kanzler und der größte Teil seiner Anhängerschaft nicht einig.) Heute ist das nicht viel anders. Er



MARCO - POLO - REISEN

Carl-Ernst Fischer

Frankfurt/M., Zeil 47

Studentische Studienreise nach Ägypten 495,— DM, incl. Halbpension, Termin: 7. März bis 2. April 1958 (27 Tage). Reiseroute: Freiburg — Genua — Piräus (Athen) — Alexandria — Kairo — Luxor — Assuan und zurück.

Studentische Studienreise Ägypten — Hl. Land 665,— DM, Termin: 14. März bis 16. April 1958 (34 Tage). Reiseroute: Freiburg — Genua — Piräus (Athen) — Alexandria — Kairo — Luxor — Kairo — Jerusalem (Flug) — Jericho — Totes Meer — Damaskus — Baalbeck — Beirut — Port Said und zurück.

Indien-Ceylon-Vortrag, am 20. Dez. 1957, um 20.30 Uhr, im großen Hörsaal des Senckenbergmuseums. Unkostenbeitrag für Studenten 0,50 DM.

braucht nicht zu versuchen, „die Mehrheit für seine Idee zu gewinnen“; er hat es wirklich nicht nötig; außerdem ist er Chef seiner Partei, und die hat die Mehrheit.“

Alle Bundesbürger — nicht nur Journalisten —, die den Bundeskanzler genau beobachten und kennen, wissen, wie es um seine „demokratische Gesinnung“ bestellt ist. In einer Fraktions-sitzung der CDU/CSU zum Beispiel trug der Bundestagsabgeordnete Kiesinger eine dem Kanzler entgegengesetzte Ansicht vor. Adenauer antwortete ihm mit den Worten: „Herr Kiesinger, was ham Se nur für 'ne komische Krawatte an!“ Kiesinger war durchgefallen. T o l e r a n z wird bei ihm kleingeschrieben. Eine gegnerische Meinung hält er ja für grundfalsch; er respektiert sie auch nicht, wie es sich für einen guten Demokraten ziemt. Seine Alternative, die er vor der Wahl von Bamberg aus über Nürnberg in der ganzen Bundesrepublik verkündete, ist ein beredtes Zeugnis. Man kann auch i n d i r e k t jemanden zwingen, eine bestimmte Politik für richtig zu halten. „Faule Kompromisse“ muß niemand schließen, auch nicht der Kanzler. Nur, so meine ich, erst aus der Dialektik der politischen Auseinandersetzung sollte sich die richtige und gültige Handlungsweise herauskristallisieren.

Arbeitet der Kanzler wirklich „nur mit demokratischen Mitteln?“ Auch dann, als er sich — wie im Februar dieses Jahres auf Palais Schaumburg — mit prominenten Vertretern der Industrie über die Finanzierung des Bundestagswahlkampfes beraten hat? Keine Frage, daß er diese Unterredung „souverän beherrscht“ hat.

In einem hat Alexander Böhm vollkommen recht: „Ein Vergleich mit dem Präsidenten der USA ist nicht am Platze“; der Kanzler erfreut sich nämlich nach wie vor bester Gesundheit. Und sein Schnupfen läßt die Börsenkurse kalt.

Waldemar Kunath

Sport

Anlässlich des Aufenthaltes der Fußballmannschaft der Universität Warschau trugen auch die Frankfurter Studenten ein Spiel gegen die Polen aus. Die Warschauer Mannschaft ist polnischer Hochschulfußballmeister und nimmt als eingetragener Verein an den Punktspielrunden der polnischen 3. Division teil.

Beim Empfang der Gäste auf dem Frankfurter Hauptbahnhof überreichte Dr. Münther, der Direktor des Instituts für Leibesübungen, einen Strauß rot-weißer Nelken (Rot-Weiß sind die Farben Polens und auch der Stadt Frankfurt).

Das Spiel selbst wurde am 21. 11. 1957 im Frankfurter Waldstadion ausgetragen und stand auf einem für Universitätsmannschaften hohen Niveau. Die Warschauer waren sehr schnell, ehrgeizig und in der Ballbehandlung überlegen. Die Frankfurter zeigten eine bessere taktische Einstellung und konsequente Deckung. Die Polen gingen 1 : 0 in Führung, doch wurde schon in der ersten Halbzeit durch Boffo der Ausgleich erzielt. Nach der Pause ging Frankfurt durch zwei Tore Wielands (des besten Frankfurter Spielers) mit 3 : 1 in Führung. Durch ein etwas glückliches Freistoßtor und einen mit dem Schlußpfiff verhängten Handelfmeter gelang den Gästen der verdiente Ausgleich.

Die Frankfurter Sportler erwarten noch vor Weihnachten eine Basketballauswahl der Warschauer Studentinnen. Im Januar folgt dann die Reise einer Basketballmannschaft der Frankfurter Studenten nach Warschau. Die Fußballmannschaft der Universität Frankfurt ist für Pfingsten nach Polen eingeladen worden.

Schwierigkeiten bereitet noch die Finanzierung der Rückspiele von Warschauer Mannschaften in Frankfurt. Man ist auf Spenden angewiesen, da der karge Etat des Sportreferenten zur Bestreitung der hohen Kosten nicht ausreicht. Die Fahrten der Frankfurter Studenten nach Polen verursachen nur geringe Kosten, da alle Unkosten ab Frankfurt/Oder von den Gastgebern getragen werden.

Klaus Heymann

☆

Vom 2.—9. Januar 1957 wird eine Auswahl der Frankfurter Universität zu einem Hockeyturnier nach Spanien fahren. Geplant sind Spiele gegen die spanische Hockey-Nationalelf sowie gegen eine südafrikanische Studenten-auswahl.

Am 7. Dezember um 9.30 Uhr findet in der Wintersporthalle im Stadion das Hallenhandball-Vorturnier um die deutsche Hochschulmeisterschaft statt. Es nehmen teil die Universitäten Gießen, Mainz, Marburg und Frankfurt.

Am 11. Dezember finden die Rundenspiele im Handball und Fußball (13.15 Uhr Stadion), Tischtennis (15.30 Uhr Mensa des Studentenhauses) und Basketball (14.00 Uhr Kuhwaldschule) statt. Gegner bei allen Begegnungen ist die Universität Marburg.

COMMERZ- UND CREDIT-BANK

A K T I E N G E S E L L S C H A F T

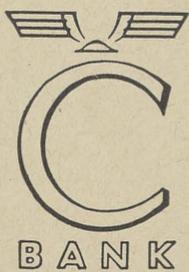
früher
COMMERZBANK

HAUPTSITZ FRANKFURT A. M.

Neue Mainzer Straße 32-36 · Fernruf 20431, 20441

Über 190 Geschäftsstellen der COMMERZBANK-GRUPPE im Bundesgebiet und in West-Berlin

Eigene Vertretungen in Amsterdam · Beirut · Madrid · Rio de Janeiro · Windhoek



Und

da neme ich einen Stiffs
und mahle gleich...



Das ist der Otto, er ist so dick, weil er immer ißt. Sein Mund ist so groß, weil er soviel hineinschiebt. Den ganzen Tag hat er Hunger, von morgens bis abends. Alles mag er, Brei und Kartoffeln, Fleisch und Wurst. Und erst den Kuchen, da stopft er fürchterlich. Er kann auch gut hauen weil er vom vielen Essen soviel Kraft hat. Bloß Springen kann er nicht gut, weil er so dick ist. Drum springe ich ihm gleich davon, wenn er mich hauen will.

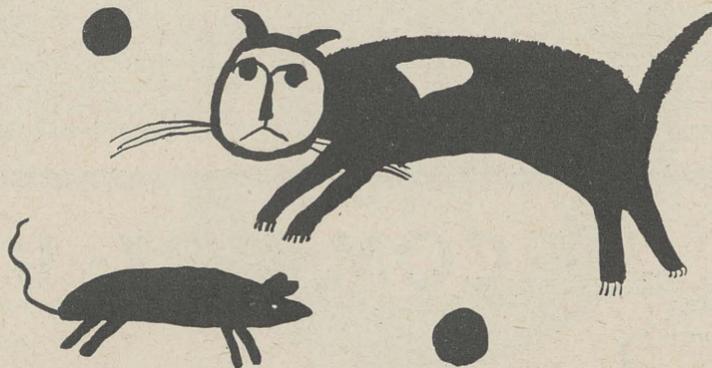
Hilde, 8

Bilder und Texte dieser Seite wurden dem Sammelband „Schwarze, Rote und Menschen wie wir“ entnommen, der 1956 im Prestel-Verlag, München, erschienen ist.

Frau Schulze hat dem kleinen Waldi auch einen Luftballon angehängt, denn er soll auch etwas vom Jahrmarkt haben. Er winselt und springt vor Freude. Herr Schulze geht zur Welt-Schau. Hier sieht er das Neueste aus aller Welt. Hier tanzen die Neger und dort kämpfen die Rothäuter. Das dauert zwei Tage und am dritten ist alles wieder beim Alten. Nur das Geld ist weg. Wienfried, 13



Auf diesem Bild sehe ich das es ein Neger ist. Die Neger sind in Schleswig-Holstein nicht mehr so häufig wie sie früher waren. Die Neger haben alle krauses Haar. Siegrid, 12



Es gab da eine Maus, die wußte die Katze immer naszuführen. Sie konnte so gut fliehen, daß die Katze ihre Koffer packen mußte und in den Tierschutzverein trat.

Friedrich, 12